

Stenographischer Bericht

38. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VIII. Periode — 1. März 1978

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind die Landesräte Bammer und Prof. Jungwirth, Präsident Gross sowie die Abgeordneten Haas, Gratsch und Prof. Dr. Eichtinger.

Fragestunde:

Anfrage Nr. 209 des Abgeordneten Gerhard Heidinger an Landesrat Dr. Christoph Klausner, betreffend Ausfallhaftung für einen Betriebsmittelkredit der Firma Lehner & Putz Betriebsges. m. b. H.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Klausner (2150).

Anfrage Nr. 215 des Abgeordneten Aichhofer an Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend bauliche Maßnahmen an der Radlpaß-Bundesstraße zwischen Lieboch und Eibiswald.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Doktor Krainer (2151).

Anfrage Nr. 211 des Abgeordneten Buchberger an Landesrat Dr. Krainer, betreffend Grundablöse und Baubeginn der Umfahrung von Weiz.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Doktor Krainer (2151).

Anfrage Nr. 212 des Abgeordneten Marczik an Landesrat Dr. Krainer, betreffend den weiteren Ausbau der Murtal-Schnellstraße.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Doktor Krainer (2152).

Anfrage Nr. 213 des Abgeordneten Prandkh an Landesrat Dr. Krainer, betreffend Verkehrsbehinderung im Zuge der Murtal-Bundesstraße (B 96).

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Doktor Krainer (2152).

Anfrage Nr. 214 des Abgeordneten Ritzinger an Landesrat Peltzmann, betreffend die Arbeitslosigkeit in den ersten Wintermonaten.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Peltzmann (2153).

Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 931/1, der Abgeordneten Doktor Dorfer, Feldgrill, Pölzl, Dipl.-Ing. Fuchs, Ing. Stoisser, Dr. Piaty, Kollmann und Lußmann, betreffend Anfechtung des 2. Abgabenänderungsgesetzes beim Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit (2153);

Antrag, Einl.-Zahl 932/1, der Abgeordneten Doktor Maitz, DDr. Stepantschitz, Jamnegg, Buchberger und Ritzinger, betreffend Einsatz des AKL-Testwagens der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz;

Antrag, Einl.-Zahl 933/1, der Abgeordneten Schrammel, Lind, Dipl.-Ing. Schaller und Neuhold, betreffend ehesten Baubeginn zur Erweiterung des Bundesrealgymnasiumgebäudes in Fürstenfeld;

Antrag, Einl.-Zahl 934/1, der Abgeordneten Kollmann, Prof. Dr. Eichtinger, Dr. Dorfer und Lußmann, betreffend die geplante Zusammenlegung der Gebietsbauleitung Mürz- und Oberes Salztal mit der Gebietsbauleitung Leoben der Wildbach- und Lawinenverbauung;

Antrag, Einl.-Zahl 935/1, der Abgeordneten Kollmann, Dr. Dorfer, Pölzl, Dipl.-Ing. Fuchs, Feldgrill

und Ing. Stoisser, betreffend den Aufbau einer Recycling-Forschung für Folgeprodukte der Mineralrohstofftechnologie an der Montanuniversität Leoben;

Antrag, Einl.-Zahl 936/1, der Abgeordneten Kollmann, Prof. Dr. Eichtinger, Marczik und Lußmann, betreffend den Neubau eines Zentralpostamtes in Leoben;

Antrag, Einl.-Zahl 937/1, der Abgeordneten Kollmann, Lußmann, Lackner, Prof. Dr. Eichtinger und Dr. Dorfer, betreffend die Erarbeitung und Realisierung eines Entwicklungsprogrammes für die Region „Eisenwurz“;

Antrag, Einl.-Zahl 938/1, der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichtinger und Lußmann, betreffend die Wiedergewährung der einfachen bzw. doppelten Familienbeihilfe an die Eltern behinderter Kinder, die diesen durch das neue Sozialhilfegesetz des Landes gestrichen wurde;

Antrag, Einl.-Zahl 939/1, der Abgeordneten Ritzinger, Prandkh, Marczik und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend eine Verbesserung des Fernsehempfangs im Bereich der Gemeinden Krakaudorf, Krakauhintermühlen und Krakauschatten;

Antrag, Einl.-Zahl 940/1, der Abgeordneten Sebastian, Brandl, Loidl, Laurich und Genossen, betreffend die Erteilung eines Forschungsauftrages zur Wiederverwertung von Altreifen als Energiespender bei Fernheizwerken;

Antrag, Einl.-Zahl 941/1, der Abgeordneten Heidinger, Klobasa, Laurich, Kohlhammer und Genossen, betreffend die kostenlose Grippeimpfung der Pflichtschullehrer in der Steiermark;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/35, zum Beschluß Nr. 405 des Steiermärkischen Landtages vom 3. 12. 1976, betreffend Aufnahme eines Voranschlagsansatzes mit dem Titel „Förderungsbeiträge an die Kraftfahrerorganisationen (OAMTC und ARBO)“, der diese Organisationen auch weiterhin in die Lage versetzt, ihre so wichtige Mitwirkung an Maßnahmen, die der Verkehrssicherheit und der Verkehrsüberwachung dienen, sicherzustellen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 942/1, betreffend Bericht an den Steiermärkischen Landtag über die erfolgten Übernahmen von Ausfallhaftungen im Jahre 1977;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 944/1, betreffend Bestätigung der Wahl des Oberkuratorstellvertreters der Landeshypothekenbank für Steiermark durch den Steiermärkischen Landtag;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 945/1, betreffend Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 121, KG. Kreuzberg, Gerichtsbezirk Voitsberg, an den Landesbediensteten Franz Kidl zu einem Kaufpreis von 100.000 Schilling (Gesamtausmaß 2855 m²);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 946/1, betreffend den Ankauf eines 1766 m² großen Grundstückes, Grundstück Nr. 579/3, KG. Rottenmann;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/36 zum Beschluß Nr. 412 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Dezember 1976, betreffend die Errichtung von Betriebskindergärten, besonders eines Betriebskindergartens für das Landeskrankenhaus Graz;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/37, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Prof. Doktor Eichinger, Jamnegg, Buchberger und Ing. Turek, Beschluß Nr. 410 vom 3. Dezember 1976, betreffend Dienstpostenbewirtschaftung an höheren berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/34, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Ritzinger, Karrer, Aichholzer und Wimmeler, Beschluß Nr. 407 vom 1. Dezember 1976, betreffend erhöhten Versicherungsschutz für Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 708/6, zum Antrag der Abgeordneten Lackner, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Prantch und Jamnegg, betreffend den Ausbau der Erziehungsberatungen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 943/1, Beilage Nr. 87, Gesetz über das Dienst- und Besoldungsrecht der vom Land Steiermark oder von den Gemeinden mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz anzustellenden Kindergärtnerinnen und Horterzieher;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 833/6, zum Beschluß Nr. 581 des Steiermärkischen Landtages vom 7. 12. 1977, betreffend Kosten-Nutzen-Rechnung für neue Landesgesetze;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 833/5, zum Beschluß Nr. 610 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1977, betreffend Aufforderung der Steiermärkischen Landesregierung, bei der Generaldirektion für das Post- und Telegraphenwesen dahingehend vorstellig zu werden, daß die durch Landesmittel geförderten Telefonanschlüsse im ländlichen Raum nach ihrer Fertigstellung nicht monatelang auf den tatsächlichen Anschluß zufolge technischer Schwierigkeiten (Spleißen) warten müssen (2154).

Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 931/1, 932/1, 933/1, 934/1, 935/1, 936/1, 937/1, 938/1, 939/1, 940/1 und 941/1 der Landesregierung (2153).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 648/35, 942/1, 944/1, 945/1 und 946/1 dem Finanz-Ausschuß (2154).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 648/36 und 648/37 dem Volksbildungs-Ausschuß (2154).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 648/34 und 708/6 dem Sozial-Ausschuß (2154).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 943/1 und 833/6 dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß (2154).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 833/5, dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß (2154).

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Dr. Dorfer, Haas, Marczik, Jamnegg und Lußmann, betreffend die Verwendung der Arbeitsmarktförderungsmittel (2154);

Antrag der Abgeordneten Dr. Dorfer, Marczik, Jamnegg, Nigl und Kollmann, betreffend die verfassungsrechtliche Neuregelung der Zuständigkeiten im Energiewesen;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prantch und Kollmann, betreffend die Weiterverwendung der zu schließenden Kohlengrube in Fohnsdorf als Lagerstätte für die Bevorratung in Krisenzeiten und im Verteidigungsfalle;

Antrag der Abgeordneten Aichhofer, Pinegger, Trummer, betreffend Kasernenbau im Grenzlandbezirk Deutschlandsberg;

Antrag der Abgeordneten Marczik, Dr. Dorfer, Prantch, Ritzinger, betreffend die Schaffung entsprechender Ersatzbetriebe und Ersatzarbeitsplätze im VEW-Werk Judenburg;

Antrag der Abgeordneten Marczik, Dr. Dorfer, Ritzinger, Prantch und Kollmann, betreffend den raschen Ausbau der Umfahrung Weißkirchen in Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Hammerl, Dr. Strenitz, Zdarsky, Sponer und Genossen, betreffend die Vorlage eines ergänzenden Berichtes über die Auswirkungen des Vertragsbedienstetenstatuts;

Antrag der Abgeordneten Sponer, Laurich, Loidl, Erhart und Genossen, betreffend die rasche Projektierung des Abschnittes „Brodjäger-Hohentauern“ der Triebener Bundesstraße B 114;

Antrag der Abgeordneten Heidinger, Prensberger, Loidl, Laurich und Genossen, betreffend die Errichtung einer Sporthalle beim Berufsschulzentrum Graz, Hans-Brandstetter-Gasse;

Antrag der Abgeordneten Sebastian, Loidl, Hleschitz, Prensberger und Genossen, betreffend die Vorziehung von Hochbauten zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft (2154).

Verhandlungen:

Abstimmung über den Antrag, die Tagesordnungspunkte 1 bis 9 gemeinsam zu behandeln (2154).

1. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 629/5, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichinger und Dr. Dorfer, betreffend die durch das Finanzministerium in Auftrag gegebene Studie der Prognos AG Zürich über die regionalen Aspekte einer Strategie zur längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums in der Republik Österreich unter besonderer Berücksichtigung der sich daraus ergebenden Struktur- und Entwicklungsprobleme für den Raum Tamsweg — Murau.

Berichterstatte: Abg. Dr. Dorfer (2155).

Redner siehe Tagesordnungspunkt 9.

Annahme des Antrages (2185).

2. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 182/10, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Hleschitz, Gross, Prensberger und Genossen, betreffend die Ansiedlung eines Betriebes in Pöfing-Bergla.

Berichterstatte: Abg. Prensberger (2155).

Redner siehe Tagesordnungspunkt 9.

Annahme des Antrages (2185).

3. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 497/7, zum Antrag der Abgeordneten Karrer, Brandl, Bischof, Fellinger und Genossen, betreffend die sinnvolle Verwendung der mit Landesförderung errichteten Betriebsstätte in Mürtzsteg.

Berichterstatte Abg. Brandl (2155).

Redner siehe Tagesordnungspunkt 9.

Annahme des Antrages (2185).

4. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/28, zum Beschluß Nr. 422 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Dezember 1976, betreffend die Lage der Bauwirtschaft.

Berichterstatte Abg. Brandl (2155).

Redner siehe Tagesordnungspunkt 9.

Annahme des Antrages (2185).

5. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 693/4, betreffend den Bericht über das Ergebnis der Vorstellungen beim Bundesministerium für Finanzen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Dr. Dorfer, Koerner und Ritzinger, betreffend Gebührenfreistellung für geförderte Kredite.

Berichterstatte: Abg. Ritzinger (2155).

Redner siehe Tagesordnungspunkt 9.

Annahme des Antrages (2185).

6. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl

713/4, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Kollmann, Ritzinger und Schrammel, betreffend Beschaffung von Lehrstellen für Jugendliche.

Berichterstatte: Abg. Ing. Stoisser (2156).

Redner siehe Tagesordnungspunkt 9.

Annahme des Antrages (2185).

7. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 740/3, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Lackner, Kollmann und Marczik, betreffend die Einbeziehung des oberen Paltentales in die Bergbauförderung sowie Unterstützung für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben.

Berichterstatte: Abg. Lackner (2156).

Redner siehe Tagesordnungspunkt 9.

Annahme des Antrages (2185).

8. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 709/4, betreffend den Antrag der Abgeordneten Schrammel, Dr. Piaty, Lind und Ing. Stoisser, betreffend Absicherung der Arbeitsplätze bei der Tabakfabrik Fürstenfeld.

Berichterstatte: Abg. Schrammel (2156).

Redner siehe Tagesordnungspunkt 9.

Annahme des Antrages (2185).

9. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 741/4, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichinger und Dipl.-Ing. Doktor Eberdorfer, betreffend eine umfassende Untersuchung aller mit dem Pendlerproblem zusammenhängenden Fragen in der Steiermark.

Berichterstatte: Abg. Ritzinger (2157).

Redner: Abg. Dipl.-Ing. Schaller (2157), Abg. Loidl (2161), Abg. Dr. Dorfer (2163), Abg. Karrer (2167), Abg. Ritzinger (2168), Abg. Ing. Turek (2170), Abg. Pörtl (2172), Abg. Prensberger (2173), Abg. Kollmann (2175), Abg. Sponer (2176), Abg. Marczik (2178), Landesrat Peltzmann (2181).

Annahme des Antrages (2186).

10. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 477/7, betreffend den Antrag der Abgeordneten Dr. Strenitz, Hammerl, Zinkanell, Zoisl und Genossen, bezüglich der Erhaltung kulturell wertvoller Bausubstanzen im ländlichen Raum.

Berichterstatte: Abg. Laurich (2186).

Redner: Abg. Dr. Strenitz (2186), Abg. Schrammel (2187).

Annahme des Antrages (2187).

11. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 785/3, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Prantkh, Marczik und Prof. Dr. Eichinger, betreffend eine rasche Hilfe für die Betroffenen der Unwetterkatastrophe in den Gemeinden St. Lambrecht, St. Blasen und Teufenbach.

Berichterstatte: Abg. Ritzinger (2188).

Annahme des Antrages (2188).

12. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 511/8, über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Feldgrill, Dr. Maitz und Dr. Schilcher, betreffend die besondere Berücksichtigung der Wohnumwelt bei Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln in der Steiermark und Einführung eines Vorprüfungsverfahrens.

Berichterstatte: Abg. Dipl.-Ing. Schaller (2188).

Redner: Abg. Brandl (2188), Landeshauptmann Dr. Niederl (2188).

Annahme des Antrages (2189).

13. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl

864/1, über den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1976.

Berichterstatte: Abg. Nigl (2189).

Annahme des Antrages (2189).

14. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 777/1, über die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse des Landes Steiermark für die Rechnungsjahre 1971—1974.

Berichterstatte: Abg. Ing. Stoisser (2189).

Annahme des Antrages (2189).

15. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 732/4, zum Antrag der Abgeordneten Nigl, Jamnegg, Dr. Maitz und DDr. Stepantschitz, betreffend die Verminderung von Dienstposten im Bereiche der Buchhaltung der Post- und Telegraphendirektion für Steiermark.

Berichterstatte: Abg. Nigl (2189).

Annahme des Antrages (2190).

16. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 791/3, zum Antrag der Abgeordneten Schön, Laurich, Fellingner, Aichholzer und Genossen, betreffend die Vorlage eines Berichtes an den Hohen Landtag, nach welchen Richtlinien und in welchem Ausmaß Ausnahmegenehmigungen gemäß § 42 der Straßenverkehrsordnung (BGBl. Nr. 412/1976) erteilt werden.

Berichterstatte: Abg. Karrer (2190).

Annahme des Antrages (2190).

17. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 734/4, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Pözl, Dipl.-Ing. Schaller und Pörtl, betreffend die Verselbständigung des Naturwissenschaftlichen Realgymnasiums Birkfeld und die Errichtung eines notwendigen Schulgebäudes.

Berichterstatte: Abg. Pörtl (2190).

Annahme des Antrages (2190).

18. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 786/3, betreffend den Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Doktor Schilcher, Nigl, Buchberger und Pözl, betreffend die Einrichtung eines Schulversuches Gewerbeakademie.

Berichterstatte: Abg. Dr. Schilcher (2190).

Annahme des Antrages (2191).

19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 278/12, zum Antrag der Abgeordneten Pichler, Brandl, Laurich, Fellingner, Sponer, Karrer, Klobasa und Genossen, betreffend den Ersatz von 50 Prozent der Personalkosten der Lehrer an den Volksmusikschulen an die Schulerhalter.

Berichterstatte: Abg. Laurich (2191).

Annahme des Antrages (2191).

20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 744/4, zum Antrag der Abgeordneten Koiter, Buchberger, Lackner, Prantkh, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Trummer, Pörtl, Haas, Neuhold und Schrammel, betreffend Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Budget 1978 für die Bergbauernförderung.

Berichterstatte: Abg. Prantkh (2191).

Annahme des Antrages (2191).

21. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 857/1, betreffend den käuflichen Grunderwerb des Landes Steiermark von den Verkäufern Josef und Maria Koren in der KG. Hörgas.

Berichterstatte: Abg. Nigl (2191).

Annahme des Antrages (2192).

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 858/1, betreffend Ankauf der Grundstücke Nr. 1431/7 und 1431/8, KG. Adendorf, im Ausmaß von 2800 m² von Ing. Rudolf Görner im Betrage von 160.000 Schilling sowie des Grundstückes Nr. 1526/1, KG. Adendorf, im Ausmaß von 5953 m² von Ernst Maier im Betrage von 250.000 Schilling (im Vogelschutzgebiet Furtner-teich) durch das Land Steiermark.

Berichterstatte: Abg. Ritzinger (2192).

Annahme des Antrages (2192).

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 860/1, über den Ankauf der Liegenschaft Lieboch, Feldriegelstraße 34, EZ. 939, KG. Lieboch, Gerichtsbezirk Graz, von den Ehegatten Dr. Wolfgang und Sylvia Dobnig, beide Angestellte, wohnhaft in 1060 Wien, Windmühlengasse 11/2.

Berichterstatte: Abg. Ileschitz (2192).

Annahme des Antrages (2192).

24. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 861/1, über den Ankauf der Liegenschaft EZ. 332, KG. Deuchendorf, Gerichtsbezirk Bruck a. d. Mur, mit Wohnhaus Kapfenberg, Amselweg 16.

Berichterstatte: Abg. Brandl (2192).

Annahme des Antrages (2192).

25. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 862/1, über den Ankauf der Liegenschaft 8600 Bruck a. d. Mur, Blumen-gasse 3, EZ. 204, KG. Berndorf, Gerichtsbezirk Bruck a. d. Mur.

Berichterstatte: Abg. Brandl (2192).

Annahme des Antrages (2192).

26. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 863/1, betreffend den Ankauf des Edlacher Moores (Pflanzenschutzgebiet) durch das Land Steiermark zu einem Gesamtbetrag von 647.000 Schilling.

Berichterstatte: Abg. Prandkh (2192).

Annahme des Antrages (2193).

27. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 865/1, betreffend den Abverkauf eines landeseigenen, zum Gutsbestand des Landesgutes Wagna gehörenden Grundstückes Nr. 250/21, KG. Leitring, im Ausmaß von 2400 m² zu einem Kaufschilling von 200 Schilling pro Quadratmeter an Alfred Konrad, 8093 St. Peter a. O.

Berichterstatte: Abg. Ing. Stoisser (2193).

Annahme des Antrages (2193).

28. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 866/1 bis 928/1, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektseinschlüssen für den Landesstraßenbau von 126 Grundabläsen im Gesamtbetrag von 43.810.397,93 Schilling.

Berichterstatte: Abg. Schrammel (2193).

Annahme des Antrages (2193).

29. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 929/1, betreffend Pyhrnautobahn AG, finanzielle Mehrbelastung des Landes durch

a) Erweiterung der Gesellschaftsstrecke (Halb-ausbau Rottenmann—Gaishorn und Vollausbau Friesach—Graz/Nord),

b) Kostensteigerung beim Bosruck-Tunnel.

Berichterstatte: Abg. Laurich (2193).

Redner: Abg. Dr. Heidinger (2193), Abg. DDr. Stepantschitz (2194), Abg. Loidl (2194), Landesrat Dr. Krainer (2195).

Annahme des Antrages (2196).

1. März 1978

Beginn: 9.30 Uhr

Präsident Univ. Prof. Dr. Koren: Hohes Haus!

Ich eröffne die 38. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden VIII. Gesetzgebungsperiode und begrüße alle Damen und Herren des Hohen Hauses sowie die Mitglieder der Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl an der Spitze. Ebenfalls begrüße ich die Damen und Herren des Bundesrates recht herzlich.

Entschuldigt sind heute die Herren Landesräte Bammer und Prof. Jungwirth, der Herr Präsident Gross sowie die Herren Abgeordneten Haas, Gratsch und Professor Dr. Eichinger.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zu dieser Sitzung zugegangen. Wird gegen diese ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Da mit der heutigen Sitzung die Herbsttagung 1977/78 beendet wird, hat diese gemäß § 58 a der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages mit einer Fragestunde zu beginnen. Ich gehe sogleich zur Aufrufung der eingelangten Anfragen über.

Anfrage Nr. 209 des Herrn Abgeordneten Gerhard Heidinger an Herrn Landesrat Dr. Christoph Klauser, betreffend Ausfallhaftung für einen Betriebsmittelkredit der Fa. Lehner & Putz, Betriebs-ges. m. b. H.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Gerhard Heidinger an Herrn Landesrat Dr. Christoph Klauser.

Können Sie, Herr Landesrat, mitteilen, ob das Land für einen Betriebsmittelkredit der Firma Lehner & Putz Betriebs-ges. m. b. H. eine Ausfallhaftung übernommen hat?

Ich bitte Herrn Landesrat Dr. Klauser um die Beantwortung dieser Anfrage.

Landesrat Dr. Klauser: Herr Abgeordneter, Hohes Haus!

Zur Anfrage teile ich mit, daß mit Regierungsbeschluß vom 30. 1. 1978 das seinerzeit von der Firma Lehner & Putz, Baugesellschaft, vorgelegte Sanierungskonzept, das die Übernahme einer Ausfallhaftung des Landes für einen Betrag von 70 Millionen Schilling beinhaltet hat, auf Grund der gegebenen Situation abgelehnt werden mußte. Gleichzeitig wurde aber die Rechtsabteilung 10 im Einvernehmen mit der Abteilung für Wirtschaftsförderung und der Creditanstalt beauftragt, zu klären, welche Möglichkeiten für ein Überleben des Holzunternehmens der Firma gegeben sind. Die Steiermärkische Landesregierung hat gleichzeitig beschlossen, dem Sanierungskonzept bezüglich einer zu gründenden Firma Lehner & Putz, Betriebsgesellschaft in Rohrbach, das die Übernahme einer Ausfallhaftung des Landes für einen Betriebsmittelkredit bis zu einer Höhe von 20 Millionen Schilling gegenüber einem inländischen Geldinstitut beinhaltet, zuzustimmen, falls der In-

dustrieförderungsbeirat einen gleichlautenden Antrag stellt. Dieser Beirat hat in seiner Sitzung am 2. 2. 1978 dieses Sanierungskonzept grundsätzlich genehmigt. Er hat allerdings die Auflage erteilt, daß der verlustbringende Sägebetrieb einzustellen ist.

Die Steiermärkische Landesregierung hat sodann am 6. Februar 1978 beschlossen, im Sinne des Gutachtens des Industrieförderungsbeirates eine Ausfallshaftung bis zu einer Höhe von 20 Millionen Schilling gegenüber einer inländischen Bank zugunsten der zu gründenden Betriebsgesellschaft unter der Bedingung zuzustimmen und zu übernehmen, daß mit dem Ausgleichsverwalter der Firma das Einvernehmen über die Pachtung des Betriebes erzielt wird und der Betriebsmittelkredit im wesentlichen durch Eigentumsvorbehalte und Forderungszessionen gesichert werden kann. Außerdem wurden noch andere Bedingungen gestellt, wie etwa die Einstellung eines Kontrollorganes. Am 13. Februar 1978 wurde der Ausgleich der Firma Lehner & Putz Ges. m. b. H., nämlich des Holzunternehmens, angemeldet und Dr. Poleschinski in Hartberg zum Ausgleichsverwalter bestellt. Sowohl der Ausgleichsverwalter als auch der Ausgleichskommissär haben sofort nach der Ausgleichseröffnung der Verpachtung des Holzunternehmens an die neu gegründete Betriebsgesellschaft zugestimmt. Es wurden somit die formalen Voraussetzungen für die Durchführung des Sanierungskonzeptes erfüllt und seitens des Landes sind sowohl an das kreditgewährende Institut als auch an die neu gegründete Gesellschaft die entsprechenden Haftungsangebote abgegangen.

Ich hoffe daher, daß das Sanierungskonzept durchzuführen und das Holzunternehmen in Rohrbach weiterzuführen ist, das hängt vom positiven Ausgang der Gespräche mit der Creditanstalt-Bankverein ab, die noch nicht abgeschlossen sind.

Präsident: Eine Zusatzfrage wird nicht gestellt.

Anfrage Nr. 215 des Herrn Abgeordneten Johann Aichhofer an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend bauliche Maßnahmen an der Radlpaß-Bundesstraße zwischen Lieboch und Eibiswald.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Johann Aichhofer an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer.

Der Ausbau der Grenzland-Bundesstraße im Abschnitt Soboth hat zu einer starken Verkehrsverlagerung geführt, wodurch die Radlpaß-Bundesstraße zwischen Lieboch und Eibiswald zusätzlich belastet wurde.

Eine weitere Zunahme des Verkehrsaufkommens ist durch den Ausbau des Radlpasses zu erwarten.

Können Sie, Herr Landesrat Dr. Krainer, mitteilen, welche baulichen Maßnahmen an der Radlpaß-Bundesstraße zwischen Lieboch und Eibiswald vorgesehen sind, damit das erhöhte Verkehrsaufkommen bewältigt werden kann?

Herr Landesrat Dr. Krainer, ich bitte um die Beantwortung dieser Anfrage.

Landesrat Dr. Krainer: Die Anfrage des Abgeordneten Aichhofer beantworte ich wie folgt:

Die Bedeutung der Radlpaß-Bundesstraße, die einerseits dem überregionalen Verkehr zwischen dem steirischen Zentralraum und den Nachbarländern Kärnten und Slowenien sowie andererseits dem Regionalverkehr innerhalb des weststeirischen Wirtschaftsraumes dient, nimmt ständig zu. Dieser Entwicklung wurde durch einen sukzessiven Ausbau dieser Bundesstraße in den letzten Jahren Rechnung getragen. So konnte mit dem Bau der Umfahrung Stainz, der Umfahrung von Frauental und Deutschlandsberg sowie mit dem Ausbau des Abschnittes Teipl mit der Abzweigespur nach St. Josef eine beachtliche Qualitätsverbesserung dieses Straßenzuges erreicht werden. Auch der Ausbau des Grenzüberganges am Radlpaß konnte in Abstimmung mit den jugoslawischen Dienststellen abgeschlossen werden. Das schlechteste Teilstück an der gesamten Bundesstraße bildet derzeit ohne Zweifel die Durchfahrt durch Lannach mit der niveaugleichen Bahnkreuzung. Wie bekannt, sind die Brücken für die Umfahrung von Lannach im Bau und wird auch heuer noch mit dem Erdbau begonnen werden, sodaß wir hoffen, Ende 1979 verkehrswirksam zu sein. Im heurigen Bauprogramm sind für diesen Ausbau insgesamt 10,5 Millionen Schilling veranschlagt. Für weitere Ausbauten an der Radlpaß-Bundesstraße sind eine Reihe von Projekten abgeschlossen oder in Planung. So liegt für den Neubau der GKB-Brücke beim Spitzwirt in Lieboch ein fertiges und auch genehmigtes Detailprojekt vor. Dasselbe gilt für den Abschnitt Aibl und auch für das Kriechspurenprojekt im Bereich Teipl—Stainz. Der Vollständigkeit halber soll auch noch das Detailprojekt Radl erwähnt werden, das ebenfalls projekts- und verfahrensmäßig komplett abgeschlossen ist. Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß entsprechend der Bedeutung dieser Straße laufend Verbesserungen vorgenommen und Ausbauten durchgeführt werden sowie zahlreiche fertige Projekte vorliegen, die bei Vorhandensein entsprechender Mittel in absehbarer Zeit realisiert werden könnten.

Präsident: Zusatzfrage?

Anfrage Nr. 211 des Herrn Abgeordneten Rupert Buchberger an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend Grundablöse und Baubeginn der Umfahrung von Weiz.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Rupert Buchberger an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer.

Die Planung der Umfahrung von Weiz ist von seiten des Landesbauamtes seit Anfang 1977 abgeschlossen. Auch die betroffenen Gemeinden haben schon im Herbst 1977 die jetzige durch ihr jeweiliges Gemeindegebiet führende B 72 beschlußmäßig in ihr Eigentum übernommen.

Herr Landesrat, bis wann wird mit der Grundablöse und mit dem Bau dieser Umfahrung begonnen?

Ich bitte, Herr Landesrat Dr. Krainer, diese Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dr. Krainer: Auf Grund der fertigen Planungen konnte ein erster finanzieller Ansatz für den Ausbau der Umfahrung Weiz bereits im Bundesstraßenbauprogramm 1977 untergebracht werden.

Der Ankauf eines Grundareals für eine Erweiterung des Elin-Werkes — wir haben ja auch einen persönlichen Augenschein vorgenommen — und die damit zusammenhängende Frage eines Anschlusses an die Umfahrungsstraße machte allerdings eine Überprüfung des Projektes ebenso notwendig wie die neuerlich aufgerollte Frage einer niveaugleichen oder niveaufreien Eisenbahnkreuzung. Nachdem sowohl mit dem Vorstand der Elin Einigung erzielt werden konnte als auch die Gemeinde Weiz eine nochmalige Erklärung für die Beibehaltung des niveaugleichen Bahnüberganges abgegeben hatte, konnte das Anhörverfahren gemäß § 4 des Bundesstraßengesetzes fortgesetzt und auch abgeschlossen werden. Die Verordnung des Bautenministers, die ja die rechtliche Voraussetzung für die Grundeinlösung und den Baubeginn ist, wurde im Februar dieses Jahres erlassen. Selbstverständlich hat das Land Steiermark auch für das Jahr 1978 im Entwurf zum Bundesstraßenbauprogramm den Bau der Umfahrung Weiz vorgesehen. Ich habe erst gestern auch über dieses Thema in Wien mit dem Herrn Bautenminister ein ausführliches Gespräch geführt. Der Herr Minister Moser hat erklärt, sich ganz besonders dafür zu verwenden, daß es doch noch zu einer Zusatzdotierung im heurigen Jahr kommt.

Präsident: Zusatzfrage?

Anfrage Nr. 212, des Herrn Abgeordneten Adolf Marczik an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend den weiteren Ausbau der Murtal-Schnellstraße.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Adolf Marczik an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer.

Die Bevölkerung der Region Aichfeld-Murboden fordert mit Recht, daß nach der bereits erfolgten Verkehrsfreigabe der Umfahrung Judenburg der weitere Ausbau der Murtal-Schnellstraße unverzüglich fortgesetzt wird, damit ehestmöglich die unzumutbaren Verkehrsverhältnisse auf der ehemaligen B 17 beseitigt werden.

Können Sie mitteilen, ob noch im heurigen Jahr mit dem Beginn der Bauarbeiten für die an die Umfahrung Judenburg anschließende Umfahrung Aichdorf begonnen wird und bis wann mit dem Abschluß der Bauarbeiten gerechnet werden kann?

Herr Landesrat Dr. Krainer, ich bitte um die Beantwortung dieser Anfrage.

Landesrat Dr. Krainer: Das Gesamtnetz an Schnellstraßen beträgt in der Steiermark 228 km. Davon sind 38,6 km oder 17 Prozent mit Ende 1977 verkehrswirksam. Das ist nicht einmal ein Fünftel des gesamten Schnellstraßennetzes. Allein entlang der Mur-Mürz-Furche betragen die erforderlichen Mittel für den Ausbau der Schnellstraßen rund 8 Millionen Schilling. Obwohl ein Großteil der Schnellstraßenabschnitte in eine hohe Dringlichkeit gereiht worden ist lassen die gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten keinen der Dringlichkeit entsprechenden Vollausbau erwarten. Von dieser Tatsache ausgehend hat die Fachabteilung IIa der Landesbaudirektion gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik ein Ausbaukonzept dieser

für die Wirtschaft so wichtigen Schnellstraßenachse Mürzzuschlag-Judenburg ausgearbeitet. Dieses Konzept geht von der Zielsetzung aus, mit einem äußerst sparsamen Einsatz der Mittel größtmögliche verkehrliche Effekte zu erzielen. Dabei sollten gut ausgebaute Bundesstraßenabschnitte und neue Schnellstraßenbereiche zueinander in Wechselbeziehung gebracht werden und ein Halbausbaue der Schnellstraßen dort angestrebt werden, wo die Entwicklung des Verkehrs dies zuläßt. Die Umfahrung von Aichdorf ist in diesem Konzept jedenfalls an vorderster Stelle enthalten, wobei auch hier ein Halbausbaue vorgesehen ist. Zwischen unseren Beamten und den zuständigen Stellen des Bautenministeriums laufen gegenwärtig Verhandlungen über den Ausbauquerschnitt. Wir hoffen, daß wir in dieser Frage mit dem Ministerium in Wien bald zu einer Lösung kommen werden. Die Grundablösung für diesen Bereich ist jedenfalls weitgehend abgeschlossen. Im Bauprogramm für die Errichtung der Brücken ist ein Betrag von 3,5 Millionen Schilling vorgesehen. Mit den Bauarbeiten wird nach endgültiger Feststellung des Querschnittes noch heuer begonnen werden.

Präsident: Anfrage Nr. 213 des Herrn Abgeordneten Georg Pranch an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend Verkehrsbehinderung im Zuge der Murtalbundesstraße.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Georg Pranch an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer.

Seit längerer Zeit ist durch eine Rutschung am Rantenbach der zügige Verkehr im Zuge der B 96 (Murtalstraße) am Hammer nordwestlich vom Orts- eingang Murau stark behindert. Es ist an dieser Stelle wiederholt zu Unfällen gekommen. Schon im Vorjahr hieß es, dieses Projekt sei ausgeschrieben.

Herr Landesrat, bitte können Sie mitteilen, bis wann durch den Ausbau dieser Engstelle mit einer Beendigung der Verkehrsbehinderung zu rechnen ist?

Nochmals darf ich Herrn Landesrat Dr. Krainer um die Beantwortung dieser Anfrage bitten.

Landesrat Dr. Krainer: Ich beantworte die Anfrage des Herrn Abgeordneten Pranch wie folgt:

Die sogenannte Hammerkurve am Ortsausgang von Murau bedarf dringend einer Sanierung. Darüber besteht allseits absolute Einigkeit. Nicht nur, daß die Bundesstraße gerade in diesem Bereich außerordentlich kurvig und eng ist; durch eine Rutschung, die einen Teil der Stützmauer einbrechen ließ, mußte die Straße zusätzlich abgeschränkt und daher weiter eingeeengt werden.

Das Projekt, das die Sanierung dieses Abschnittes beinhaltet, ist fertig und die Grundeinlösung abgeschlossen.

Obwohl es in den bisherigen Verhandlungen mit dem Bund noch nicht möglich war, eine Aufnahme in das Bauprogramm 1978 zu erreichen, werde ich mein Bestes tun und mich beim Bautenministerium sehr dafür einsetzen, daß diese dringende Baumaßnahme noch im heurigen Jahr in Angriff genommen werden kann.

Präsident: Anfrage Nr. 214 des Herrn Abgeordneten Hermann Ritzinger an Herrn Landesrat Anton Peltzmann, betreffend die Arbeitslosigkeit in den ersten Wintermonaten.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Hermann Ritzinger an Herrn Landesrat Anton Peltzmann.

In den letzten Wochen gab es Meldungen über die verhältnismäßig hohe Arbeitslosenzahl in den ersten Winterwochen des Jahres 1978.

Herr Landesrat, sind Ihnen die genauen Zahlen bekannt, und wie verteilen sich diese auf die einzelnen steirischen Bezirke?

Ich bitte Herrn Landesrat Peltzmann um die Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Anton Peltzmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Hermann Ritzinger wie folgt beantworten:

Laut Mitteilung des Landesarbeitsamtes für Steiermark setzt sich die Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen steirischen Bezirken Ende Jänner 1978 folgendermaßen zusammen:

Bezirk	männlich	weiblich
Bruck	532	491
Deutschlandsberg	1290	437
Feldbach	1001	229
Fürstenfeld	274	62
Graz (inkl. Graz-Umgebung)	2461	1642
Hartberg	878	271
Judenburg	461	222
Knittelfeld	242	107
Leibnitz	1455	418
Leoben	505	493
Liezen	690	324
Murau	820	145
Mureck	673	90
Mürzzuschlag	236	218
Voitsberg	638	268
Weiz	1083	405

Präsident: Eine Zusatzfrage wird nicht gewünscht. Damit sind die Anfragen erledigt.

Es liegen heute folgende Geschäftsstücke auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

Antrag, Einl.-Zahl 931/1, der Abgeordneten Doktor Dorfer, Feldgrill, Pölzl, Dipl.-Ing. Fuchs, Ing. Stoisser, Dr. Piaty, Kollmann und Lußmann, betreffend Anfechtung des 2. Abgabenänderungsgesetzes beim Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit;

Antrag, Einl.-Zahl 932/1, der Abgeordneten Doktor Maitz, DDr. Stepantschitz, Jamnegg, Buchberger und Ritzinger, betreffend Einsatz des AKL-Testwagens der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz;

Antrag, Einl.-Zahl 933/1, der Abgeordneten Schrammel, Lind, Dipl.-Ing. Schaller und Neuhold, betreffend ehesten Baubeginn zur Erweiterung des Bundesrealgymnasiumsgebäudes in Fürstenfeld;

Antrag, Einl.-Zahl 934/1, der Abgeordneten Kollmann, Prof. Dr. Eichinger, Dr. Dorfer und Lußmann, betreffend die geplante Zusammenlegung der Gebietsbauleitung Mürz- und Oberes Salztal mit der Gebietsbauleitung Leoben der Wildbach- und Lawinenerverbauung;

Antrag, Einl.-Zahl 935/1, der Abgeordneten Kollmann, Dr. Dorfer, Pölzl, Dipl.-Ing. Fuchs, Feldgrill und Ing. Stoisser, betreffend den Aufbau einer Recycling-Forschung für Folgeprodukte der Mineralrohstofftechnologie an der Montanuniversität Leoben;

Antrag, Einl.-Zahl 936/1, der Abgeordneten Kollmann, Prof. Dr. Eichinger, Marczik und Lußmann, betreffend den Neubau eines Zentralpostamtes in Leoben;

Antrag, Einl.-Zahl 937/1, der Abgeordneten Kollmann, Lußmann, Lackner, Prof. Dr. Eichinger und Dr. Dorfer, betreffend die Erarbeitung und Realisierung eines Entwicklungsprogrammes für die Region „Eisenwurzen“;

Antrag, Einl.-Zahl 938/1, der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichinger und Lußmann, betreffend die Wiedergewährung der einfachen bzw. doppelten Familienbeihilfe an die Eltern behinderter Kinder, die diesen durch das neue Sozialhilfegesetz des Landes gestrichen wurde;

Antrag, Einl.-Zahl 939/1, der Abgeordneten Ritzinger, Prandkh, Marczik und Prof. Dr. Eichinger, betreffend eine Verbesserung des Fernsehempfanges im Bereich der Gemeinden Krakaudorf, Krakauhintermühlen und Krakauschatten;

Antrag, Einl.-Zahl 940/1, der Abgeordneten Sebastian, Brandl, Loidl, Laurich und Genossen, betreffend die Erteilung eines Forschungsauftrages zur Wiederverwertung von Altreifen als Energiespeicher bei Fernheizwerken;

Antrag, Einl.-Zahl 941/1, der Abgeordneten Heindinger, Klobasa, Laurich, Kohlhammer und Genossen, betreffend die kostenlose Grippeimpfung der Pflichtschullehrer in der Steiermark;

dem Finanz-Ausschuß:

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/35, zum Beschluß Nr. 405 des Steiermärkischen Landtages vom 3. 12. 1976, betreffend Aufnahme eines Voranschlagsansatzes mit dem Titel „Förderungsbeiträge an die Kraftfahrorganisationen (OAMTC und ARBO)“, der diese Organisationen auch weiterhin in die Lage versetzt, ihre so wichtige Mitwirkung an Maßnahmen, die der Verkehrssicherheit und der Verkehrsüberwachung dienen, sicherzustellen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 942/1, betreffend Bericht an den Steiermärkischen Landtag über die erfolgten Übernahmen von Ausfallhaftungen im Jahre 1977;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 944/1, betreffend Bestätigung der Wahl des Oberkuratorstellvertreters der Landeshypothekenbank für Steiermark durch den Steiermärkischen Landtag;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 945/1, betreffend Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 121,

KG. Kreuzberg, Gerichtsbezirk Voitsberg, an den Landesbediensteten Franz Kidl zu einem Kaufpreis von 100.000 Schilling (Gesamtausmaß 2855 m²);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 946/1, betreffend den Ankauf eines 1766 m² großen Grundstückes, Grundstück Nr. 579/3, KG. Rottenmann;

dem Volksbildungsausschuß:

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/36, zum Beschluß Nr. 412 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Dezember 1976, betreffend die Errichtung von Betriebskindergärten, besonders eines Betriebskindergartens für das Landeskrankenhaus Graz;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/37, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Prof. Dr. Eichinger, Jamnegg, Buchberger und Ing. Turek, Beschluß Nr. 410 vom 3. Dezember 1976, betreffend Dienstpostenbewirtschaftung an höheren berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen;

dem Sozial-Ausschuß:

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/34, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Ritzinger, Karrer, Aichholzer und Wimmmler, Beschluß Nr. 407 vom 1. Dezember 1976, betreffend erhöhten Versicherungsschutz für Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 708/6, zum Antrag der Abgeordneten Lackner, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Prandkh und Jamnegg, betreffend den Ausbau der Erziehungsberatungen;

dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß:

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 943/1, Beilage Nr. 87, Gesetz über das Dienst- und Besoldungsrecht der vom Land Steiermark oder von den Gemeinden mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz anzustellenden Kindergärtnerinnen und Horterzieher;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 833/6, zum Beschluß Nr. 591 des Steiermärkischen Landtages vom 7. 12. 1977, betreffend Kosten-Nutzen-Rechnung für neue Landesgesetze;

dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß:

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 833/5, zum Beschluß Nr. 610 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1977, betreffend Aufforderung der Steiermärkischen Landesregierung, bei der Generaldirektion für das Post- und Telegraphenwesen dahingehend vorstellig zu werden, daß die durch Landesmittel geförderten Telefonanschlüsse im ländlichen Raum nach ihrer Fertigstellung nicht monatelang auf den tatsächlichen Anschluß zufolge technischer Schwierigkeiten (Spleißen) warten müssen;

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Eingebracht wurden folgende Anträge:

Antrag der Abgeordneten Dr. Dorfer, Haas, Marczik, Jamnegg und Lußmann, betreffend die Verwendung der Arbeitsmarktförderungsmittel;

Antrag der Abgeordneten Dr. Dorfer, Marczik, Jamnegg, Nigl und Kollmann, betreffend die ver-

fassungsrechtliche Neuregelung der Zuständigkeiten im Energiewesen;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prandkh und Kollmann, betreffend die Weiterverwertung der zu schließenden Kohlengrube in Fohnsdorf als Lagerstätte für die Bevorratung in Krisenzeiten und im Verteidigungsfalle;

Antrag der Abgeordneten Aichhofer, Pinegger, Trummer, betreffend Kasernenbau im Grenzlandbezirk Deutschlandsberg;

Antrag der Abgeordneten Marczik, Dr. Dorfer, Prandkh, Ritzinger, betreffend die Schaffung entsprechender Ersatzbetriebe und Ersatzarbeitsplätze im VEW-Werk Judenburg;

Antrag der Abgeordneten Marczik, Dr. Dorfer, Ritzinger, Prandkh und Kollmann, betreffend den raschen Ausbau der Umfahrung Weißkirchen in Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Hammerl, Dr. Strenitz, Zdarsky, Sponer und Genossen, betreffend die Vorlage eines ergänzenden Berichtes über die Auswirkungen des Vertragsbedienstetenstatuts;

Antrag der Abgeordneten Sponer, Laurich, Loidl, Erhart und Genossen, betreffend die rasche Projektierung des Abschnittes „Brodjäger—Hohentauern“ der Triebener Bundesstraße B.114;

Antrag der Abgeordneten Heidinger, Prensberger, Loidl, Laurich und Genossen, betreffend die Errichtung einer Sporthalle beim Berufsschulzentrum Graz, Hans-Brandstetter-Gasse;

Antrag der Abgeordneten Sebastian, Loidl, Ilse, Prensberger und Genossen, betreffend die Vorziehung von Hochbauten zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft.

Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

Infolge des sachlichen Zusammenhanges der Tagesordnungspunkte eins bis neun schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien vor, diese Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie diesem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle Ihre Zustimmung fest.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt eins.

1. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 629/5, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichinger und Dr. Dorfer, betreffend die durch das Finanzministerium in Auftrag gegebene Studie der Prognos AG Zürich über die regionalen Aspekte einer Strategie zur längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums in der Republik Österreich unter besonderer Berücksichtigung der sich daraus ergebenden Struktur- und Entwicklungsprobleme für den Raum Tamsweg-Murau.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Leopold Johann Dorfer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es liegt Ihnen hier der Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichinger und Dr. Dorfer, betreffend die durch das Finanzministerium in Auftrag gegebene Studie der Prognos AG Zürich über die regionalen Aspekte einer Strategie zur längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums in der Republik Österreich unter besonderer Berücksichtigung der sich daraus ergebenden Struktur- und Entwicklungsprobleme für den Raum Tamsweg-Murau, vor.

Diese Regierungsvorlage ist im Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß sehr ausführlich diskutiert worden, und ich stelle namens dieses Ausschusses den Antrag auf Genehmigung dieser Regierungsvorlage.

Präsident: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt zwei.

2. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 182/10, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Ileschitz, Gross, Preamberger und Genossen, betreffend die Ansiedlung eines Betriebes in Pöfing-Bergla.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Anton Preamberger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Preamberger: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Vorlage hat folgenden Wortlaut:

Durch die in absehbarer Zeit erfolgende Auskohlung des Bergbaues in Pöfing-Bergla ist es notwendig, für die derzeit dort Beschäftigten Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Die VOEST-Alpine beabsichtigt, eine Wolframhütte mit dem Standort Pöfing-Bergla zu errichten. In diesem Betrieb würden in der Endphase 120 Arbeitskräfte untergebracht werden können. Von den 300 dort Beschäftigten werden ungefähr 35 die Frührente durch Maßnahmen des Sozialministeriums erhalten. Für die übrigen 150 Bediensteten müßte ein für dieses Gebiet geeigneter Betrieb seitens des Landes angesiedelt werden. Im Juli 1977 beschäftigte die Firma Wolfram, Bergbau- und Hütten Ges. m. b. H., bereits 171 Arbeitnehmer durch die Gewährung eines Zinsenzuschusses in der Höhe von 15 Millionen Schilling. Von 1967 bis 1976 sind Förderungsmittel in der Höhe von 173 Millionen Schilling im politischen Bezirk Deutschlandsberg zum Einsatz gelangt.

Im Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß wurde diese Vorlage eingehend behandelt, und ich darf namens dieses Ausschusses den Antrag um Annahme dieser Vorlage stellen.

Präsident:

3. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 497/7, zum Antrag der Abgeordneten Karrer, Brandl, Bischof, Fellinger und Genossen, betreffend die sinnvolle Verwendung der mit Landesförderung errichteten Betriebsstätte in Mürtzsteg.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hans Brandl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung ist nach eingehender Prüfung zur Ansicht gelangt, daß eine sinnvolle Verwendung der Liegenschaft nur im Zuge einer zwangsweisen Verwertung möglich ist, da bisher vorstellig gewordene Interessenten die Preisvorstellungen Dr. Mohillas nicht akzeptieren konnten. Es wurde daher am 25. Juli 1977 das Ersuchen an die Rechtsabteilung 10 gerichtet, die zwangsweise Verwertung raschestmöglich einzuleiten. Ich ersuche um Kenntnisnahme dieser Regierungsvorlage.

Präsident:

4. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/28, zum Beschluß Nr. 422 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Dezember 1976, betreffend die Lage der Bauwirtschaft.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hans Brandl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Sozialistische Landtagsabgeordnete haben die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag einen Bericht über die Lage der Bauwirtschaft in der Steiermark vorzulegen, der insbesondere darüber Aufschluß zu geben hätte, wieviele Baufirmen es in der Steiermark gibt, wie hoch die Zahl der Beschäftigten bei diesen Firmen ist, und der auch die Probleme der Baustoffindustrie mitzubehandeln hätte. Die Steiermärkische Landesregierung hat hierüber einen Bericht der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung mit Beschluß vom 26. September 1977 zur Kenntnis genommen. In diesem Bericht wurde festgehalten, daß zum gegenständlichen Problem die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark und das Landesarbeitsamt für Steiermark gebeten wurden, Stellung zu nehmen. Beide Stellungnahmen sind in dieser Regierungsvorlage verarbeitet, und ich bitte um Kenntnisnahme dieser Vorlage.

Präsident:

5. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 693/4, betreffend den Bericht über das Ergebnis der Vorstellungen beim Bundesministerium für Finanzen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Doktor Dorfer, Koiner und Ritzinger, betreffend Gebührenfreistellung für geförderte Kredite.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hermann Ritzinger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die OVP-Abgeordneten Dr. Heidinger, Dr. Dorfer, Koiner und Ritzinger haben vor etwas mehr als

einem Jahr einen Antrag eingebracht, alle Förderungskredite des Landes im Hinblick auf die Vergütung der Kredite genauso zu behandeln, wie der Bund die Exportförderungskredite und sonstigen Förderungskredite des Bundes gebührenrechtlich behandelt. Die Steiermärkische Landesregierung legt nun hierzu einen Bericht vor, und zwar ist sie auf Grund dieses Antrages an das Bundesministerium für Finanzen antragstellend herangetreten, um auch für die Förderungskredite des Landes eine Gebührenbefreiung zu erhalten. Das Bundesministerium für Finanzen teilt mit, daß es derzeit den Vorschlag der Landesregierung auf Grund des Antrages der vorgenannten OVP-Abgeordneten nicht aufgreifen kann. Der Raumordnungs- und Wirtschaftsförderungs-Ausschuß hat sich mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt, und zwar am 21. Februar 1978, und ich darf Sie um die Annahme dieses Berichtes ersuchen.

Präsident:

6. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 713/4, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Kollmann, Ritzinger und Schrammel, betreffend Beschaffung von Lehrstellen für Jugendliche.

Berichterstatte ist Abgeordneter Ing. Hans Stoisser, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Diese Vorlage hat einen Antrag der Abgeordneten Stoisser, Kollmann, Ritzinger und Schrammel zur Grundlage und beinhaltet den Ersatz der Fahrtkosten für Lehrlinge zu ihren Ausbildungsplätzen. Die Steiermärkische Landesregierung hat in Würdigung der von den Initiatoren des gegenständlichen Antrages angedeuteten Motive für ein neuerliches Einschreiten zur Erwirkung eines Fahrtkostenersatzes für die Fahrten von Jugendlichen im Rahmen des Besuches eines Lehrplatzes beschlossen, an das Bundesministerium für Finanzen folgendes auf eine im Gegenstand ablehnend gehaltene seinerzeitige Note des Herrn Bundesministers für Finanzen vom 15. September 1975 zurückkommendes Schreiben zu richten, welches vom Herrn Landeshauptmann von Steiermark unterzeichnet und bereits abgesandt wurde. Es sind in diesem Schreiben nochmals alle Gründe aufgezählt, die die Gleichstellung bei den Fahrtkostenersätzen von Schülern mit den Lehrlingen sein sollten. Es wird nun das Schreiben des Herrn Ministers für Finanzen abgewartet. Ich stelle den Antrag, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident:

7. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 740/3, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Doktor Eberdorfer, Lackner, Kollmann und Marczik, betreffend die Einbeziehung des oberen Paltentales in die Bergbauförderung sowie Unterstützung für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben.

Berichterstatte ist Abgeordneter Karl Lackner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Lackner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage 740 beinhaltet einen Antrag, der noch vom Kollegen Dr. Siegfried Eberdorfer eingebracht wurde, dem auch wir, die Kollegen Marczik und Kollmann, beigetreten sind. Dieser Antrag begründet sich hauptsächlich damit, daß das Gebiet des oberen Paltentales mit dem Zentralort Trieben aus strukturellen Gründen, neuen technischen Entwicklungen und Rationalisierungen einen zunehmenden Mangel an Arbeitsplätzen aufweist. In den letzten 10 Jahren haben sich die Arbeitsplätze um 313 verringert. Es ist besonders schwierig in diesem Gebiet, für Jugendliche geeignete Arbeitsplätze zu finden. Es hat sich daraufhin unser Landeshauptmann Dr. Niederl an den Herrn Bundesminister Staribacher gewendet und ihn gebeten, er möge auch das obere Paltental in die Bergbauförderung miteinbeziehen. Die Antwort ist leider negativ ausgefallen, und zwar können auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen des Bergbauförderungsgesetzes Beihilfen nur an Unternehmen für Bergbaubetriebe gewährt werden, die überwiegend mit der Gewinnung von Kohle, Kupfer und Blei beschäftigt sind.

Der Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt, und ich darf namens dieses Ausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dr. Eberdorfer, Lackner, Kollmann, Marczik, betreffend die Einbeziehung des oberen Paltentales in die Bergbauförderung sowie Unterstützung für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben, zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident:

8. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 709/4, betreffend den Antrag der Abgeordneten Schrammel, Dr. Piaty, Lind und Ing. Stoisser, betreffend Absicherung der Arbeitsplätze bei der Tabakfabrik Fürstenfeld.

Berichterstatte ist Abgeordneter Josef Schrammel, dem ich das Wort erteile.

Abg. Schrammel: Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß hat sich mit der Vorlage zum seinerzeitigen Antrag der OVP-Abgeordneten beschäftigt, der die Absicherung der Arbeitsplätze bei der Tabakfabrik Fürstenfeld beinhaltet. Begründet wurde dieser Antrag dahingehend, daß seinerzeit mehr als 2000 Beschäftigte bei der Tabakfabrik Fürstenfeld berufstätig waren und die Beschäftigtenzahl bis 1976 auf etwa 200 zurückgegangen ist. Herr Landeshauptmann Doktor Niederl ist bei der Generaldirektion der Austria Tabakwerke auf Grund dieses Antrages vorstellig geworden, und die Generaldirektion berichtete im Oktober 1977 wie folgt: „Der Zigarrenkonsum ist rückläufig, und zwar wurden 1976 57 Millionen Stück verbraucht, während es 1960 noch 100 Millionen Stück waren.“ Es mußte daher eine Umstruk-

turierung innerhalb der Tabakwerke Österreichs erfolgen und die Produktionszweige auf die einzelnen Werke in Österreich aufgeteilt werden. Die Zigarrenproduktion wurde zur Gänze nach Fürstenfeld verlegt und der Tabakanbau verstärkt auf die Oststeiermark konzentriert. Dabei hat die Generaldirektion der Austria Tabakwerke Investitionen von rund 10 Millionen Schilling für den Bau einer neuen Produktionshalle investiert. Die Zigarettenhüllenerzeugung Altesse wurde ebenfalls nach Fürstenfeld verlegt, und damit konnten wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ich darf um Annahme des Berichtes ersuchen.

9. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 741/4, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichtinger und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, betreffend eine umfassende Untersuchung aller mit dem Pendlerproblem zusammenhängenden Fragen in der Steiermark.

Berichtersteller ist Abgeordneter Hermann Ritzinger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die OVP-Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichtinger und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer haben einen Antrag eingebracht mit dem Ersuchen, daß die Landesregierung alle mit dem Pendlerproblem in der Steiermark zusammenhängenden Fragen einer eingehenden Untersuchung unterzieht. Nunmehr liegt dieser Bericht vor. Sie haben ihn alle. Er ist sehr umfangreich und wurde vom Referat Landesplanung und Raumforschung von der Landesamtsdirektion erstellt. Die Grundlage für diesen Bericht ist eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen verschiedener Stellen des Landes, aber auch wissenschaftlicher Institutionen außerhalb des Landes Steiermark.

Im wesentlichen wird zusammenfassend zu diesem Bericht ausgesagt, daß an Hand der vorliegenden Studie der Schluß zulässig ist, daß bei der Betrachtung des Pendlerproblems in der Steiermark zunächst nicht der Eindruck einer besonderen Problemsituation entsteht. Die zeitliche Belastung der Pendler erscheint im Durchschnitt tragbar, da zwar rund ein Viertel aller Tagespendler einen Zeitaufwand von über 30 Minuten für den Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte auf sich nehmen müssen, aber bei nur knapp zehn Prozent aller Tagespendler übersteigt dieser Zeitaufwand mehr als 45 Minuten, und nur sieben Prozent aller Beschäftigten in der Steiermark können von ihrer Arbeitsstätte nicht täglich zu ihrem Wohnort zurückkehren.

Der Wirtschafts- und Raumordnungsausschuß hat sich sehr eingehend in seiner letzten Sitzung mit dieser Studie befaßt, und ich darf Sie namens dieses Ausschusses um die Kenntnisnahme dieses Berichtes und der Vorlage ersuchen.

Präsident: Meine Damen und Herren!

Wir haben vereinbart, daß wir wegen des inneren Zusammenhanges der ersten neun Tagesordnungspunkte die Verhandlungen darüber gemeinsam füh-

ren, die Debatte darüber gemeinsam abführen und erst nach Abschluß der Debatte einzeln über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt abstimmen. Ich eröffne die Debatte.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mir ist im Verlauf so vieler Debatten im Landtag als sogenanntem Experten in Raumordnungsfragen immer wieder aufgefallen, daß wir uns auf unterschiedlichen Ebenen bewegen. Eine Ebene ist die Diskussion über Fragen der Wirtschaftspolitik, Strukturprobleme, Arbeitsplatzsicherung, und die andere Ebene betrifft Fragen der Planung und Raumordnung. Ich empfinde dieses Nebeneinander als einen Mangel. Ich sehe in der heutigen Diskussion, wo neun Tagesordnungspunkte zusammengezogen worden sind, wo Fragen der Raumordnung, Arbeitsplatzsicherung und Pendlerprobleme diskutiert werden, eine Chance, eben diese Probleme der Wirtschafts- und Strukturpolitik mit jenen von Raumordnung und Regionalplanung zusammenzuknüpfen. Ich sehe meinen Beitrag auch darin, zu diesem Thema eine Klammer abzugeben oder, wenn man es anders ausdrückt, von einem Thema zum anderen eine Brücke zu schlagen.

Die heutige Debatte wird durchaus auch die Raumordnung als solche, sozusagen zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in den Mittelpunkt stellen. Ich möchte versuchen, diesen Anspruch der Wirklichkeit gegenüberzusetzen und immer wieder auch Fragen der Wirtschafts- und Regionalpolitik mit Zielvorstellungen der Landesentwicklung zu verbinden.

Der § 1 Abs. 3 des im Juli vergangenen Jahres von der Landesregierung verabschiedeten Landesentwicklungsprogrammes hat als zentrales Thema, das sich immer wieder durchzieht, die Beseitigung von Ungleichgewichten in den Mittelpunkt gestellt. Solche Ungleichgewichte, meine Damen und Herren, gibt es viele — wirtschaftliche, kulturelle, soziale oder aber auch Ungleichgewichte etwa in der Gesundheitsversorgung, in der Bildung und viele andere.

Im Landesentwicklungsprogramm heißt es im § 1 Abs. 3, den ich Ihnen kurz in Erinnerung rufen darf:

„Ziele der Landesentwicklung sind unter anderem die Schaffung der Voraussetzungen für einen Ausgleich des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gefälles innerhalb des Landes und zu anderen Bundesländern.“

Das ist die Zielvorstellung, wie sie das Landesentwicklungsprogramm an die Spitze aller Bemühungen stellt. Die Realität, meine Damen und Herren, zeigt uns aber, daß es beträchtliche Ungleichgewichte gibt. Ich möchte nur ein solches Beispiel herausarbeiten. Sie finden im übrigen die Unterlagen in der heutigen Tagesordnung zum Punkt eins, und zwar Ungleichgewichte am Beispiel der Einkommenssituation. Ich stütze mich dabei auf eine Arbeit des Österreichischen Instituts für Raumordnung unter dem Titel „Unterschiede für die privaten Einkommen in den politischen Bezirken der Steiermark.“

Ich werde zwei Faktoren herausheben — einmal das Volkseinkommen. Das Volkseinkommen ist bekanntlich die Summe aller jener Einkommen, die aus der Produktion eines Gebietes fließen, das heißt Löhne, Gehälter, die Gewinne der Kapitalgesellschaften und der öffentlichen Unternehmungen. Es ist, glaube ich, ein sehr brauchbarer Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Gebietes, wenngleich es die Einkommenssituation der Erwerbstätigen nicht exakt wiedergibt.

Wenn Sie das Volkseinkommen in der Steiermark im Jahr 1971 analysieren, so können Sie feststellen, daß an der Spitze aller Bezirke der Bezirk Bruck mit einem Volkseinkommen von 106.900 Schilling je Beschäftigten und Arbeitsbevölkerung liegt, gefolgt vom Bezirk Leoben mit 104.900 Schilling, Bezirk Mürzzuschlag mit 101.000 Schilling. Das sind erwartungsgemäß jene potenten und sehr leistungsfähigen Industriegebiete des obersteirischen Industrieraumes. Ganz hinten rangieren die Bezirke Leibnitz an 13. Stelle mit 56.000 Schilling, Feldbach mit 51.000 Schilling, Hartberg mit 50.000 Schilling, Radkersburg mit 46.000 Schilling.

Was heißt das? Wenn wir das Volkseinkommen des Bezirkes Radkersburg mit jenem des Bezirkes Bruck vergleichen, so ist es in Bruck mehr als doppelt so hoch als im südsteirischen Grenzland. In den Bezirken Radkersburg, Hartberg und Feldbach kommen wir auf gerade 50 Prozent des österreichischen Durchschnittes. Nur in den Bezirken Bruck, Leoben und Mürzzuschlag liegen wir hinsichtlich des Volkseinkommens über dem österreichischen Schnitt. Das ist ein Faktum, das uns einigermaßen beunruhigen muß, wenngleich feststellbar ist, daß im Vergleich zu den Jahren 1961 bis 1971 ein leichtes Aufholen der extrem ungünstigen Bezirke der Südsteiermark feststellbar ist, während an der Spitze eine Abflachung zu verzeichnen ist. Wenn man 1961 mit 100 setzt, dann hat am stärksten zugenommen der Bezirk Feldbach mit 248, Leibnitz mit 267, Radkersburg mit 265 und Hartberg mit 258, während die relativ geringeren Zunahmen in den Bezirken Mürzzuschlag, Leoben und Bruck liegen. Tatsache ist, daß wir hinsichtlich des Volkseinkommens doch einen beträchtlichen Unterschied zwischen dem obersteirischen Industriegebiet und dem südsteirischen und oststeirischen Grenzland vorfinden.

Wenn man die individuellen Einkommensverhältnisse der unselbständig Erwerbstätigen abstellt, dann ist hier der Unterschied nicht so kraß wie im Volkseinkommen, aber es ist immerhin hier so, daß der Arbeitnehmer im Bezirk Leoben im Jahr 1971 89.700 Schilling im Durchschnitt verdient hat, gefolgt vom Arbeitnehmer im Bezirk Bruck mit 88.500 Schilling und Mürzzuschlag ebenfalls mit 88.500 Schilling, während wiederum die Bezirke Leibnitz, Radkersburg, Fürstenfeld und Hartberg ganz rückwärts rangieren, wobei der geringste Wert in Hartberg mit 59.300 Schilling feststellbar ist.

Hier zeigt sich, daß die Veränderungen zwischen 1961 und 1971 nicht so verlaufen sind, wie etwa beim Volkseinkommen. Wenn man wiederum das Jahr 1961 mit 100 als Basis nimmt, dann hat die stärkste Steigerung der Bezirk Murau mit 288, der Bezirk Liezen mit 263, Leibnitz mit 247 und am

Schluß der Bezirk Voitsberg mit 206 und Radkersburg mit 203. Gesamtösterreichisch gesehen gibt es nur drei Bezirke, die stärker zugenommen haben als Österreich insgesamt.

Resümee: Hier ist die Kluft zwischen den einkommensstarken Bezirken und den einkommensschwachen Bezirken nicht kleiner, sondern eher größer geworden. Der Arbeiter hat im Jahre 1971 in Hartberg im Jahr und Schnitt um 40.000 Schilling weniger bekommen als jener im Bezirk Leoben. Das heißt, wenn wir nunmehr diese zwei Faktoren Volkseinkommen als Ausdruck der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Kaufkraft eines Bezirkes, und die Lohnsumme, also das individuelle Einkommen, vergleichen und diese beiden Faktoren zusammen sehen mit zwei oder drei anderen, die ebenfalls aus dieser Arbeit heraus deutlich feststellbar sind, dann können wir einen ausgesprochenen Zusammenhang sehen, und zwar einen negativen Zusammenhang zwischen Einkommen auf der einen Seite und Agrarquote, das heißt Anteil der bäuerlichen Bevölkerung beziehungsweise Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung und Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung. Mit anderen Worten: Je höher die Agrarquote, je höher der Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung und je höher der Anteil der Frauen an der Berufstätigkeit, umso geringer ist das Einkommen und umso geringer die Kaufkraft. Das ist doch eine Feststellung, die einen eigentlich nicht sehr gut schlafen läßt, ein Faktum, mit dem wir uns, gerade von der Raumordnung her, auseinandersetzen müssen, weil wir hier ein massives Ungleichgewicht zwischen einzelnen Regionen der Steiermark feststellen.

Das Ziel ist uns klar: Beseitigung möglichst aller Ungleichgewichte. Die Realität, und darüber machen wir uns durchaus keine falschen Vorstellungen, ist nun einmal, daß es wahrscheinlich nie ganz möglich sein wird, diese Einkommensunterschiede voll auszugleichen, weil es eben in den Ballungszentren, in den Städten, in den Industriegebieten, bessere Erwerbsmöglichkeiten, bessere Startbedingungen für junge Menschen, besser bezahlte Arbeitsplätze und bessere Bildungsmöglichkeiten gibt, wenngleich, und auch das muß gesagt werden, umgekehrt, in den ländlich strukturierten Räumen eine höhere Lebensqualität etwa hinsichtlich Wohnen, hinsichtlich des Erholungswertes, hinsichtlich der Umwelt und hinsichtlich eines noch mehr oder minder intakten Naturraumes gegeben ist. Tatsache ist also, daß die besseren Chancen auf der einen Seite allerdings auch mit einem relativ hohen Preis erkauft werden müssen, nämlich mit dem Verlust von Qualität.

Ich denke hier an die schlechte Luft, den Lärm, den dichten Verkehr, die zermürbende Hektik, wie wir sie heute in den städtischen Ballungsräumen vorfinden. Der Preis für diese höhere Qualität ist kein ganz geringer. Ich möchte nicht einfach resignieren und sagen, es ist einmal so, die einen haben die gute Luft und die anderen haben das hohe Einkommen. Das wäre sicher der völlig falsche Weg. Ich glaube, daß wir hier einfach einen Auftrag haben, diese Ungleichgewichte einigermaßen zu beseitigen. Ich komme hier wiederum zurück auf den § 1 Abs. 3 des Landesentwicklungsprogrammes. Es heißt in der

Ziffer 2, daß möglichst wertgleiche Lebensbedingungen im Hinblick auf die Summe der Daseinsgrundfunktionen Wohnen, Arbeiten und Erholen anzustreben sind. Hier liegt vielleicht einer jener Schlüssel, die uns bei der Lösung dieses Problems weiterhelfen, daß wir einfach wertgleich vorzugehen haben und mitzubeurteilen haben, eben die Summe jener Lebensqualitäten, die alle zugleich heute nicht zu haben sind oder nicht erreichbar sind.

Wir haben für benachteiligte Gebiete einen Ausgleich durch eine bessere Verkehrsinfrastruktur anzustreben, damit die Zentren günstiger und schneller erreicht werden können. Ein besseres Angebot an Erwerbs- und Bildungsmöglichkeiten draußen zu schaffen, damit eben dieses kulturelle Ungleichgewicht beseitigt werden kann, die Wirtschaftskraft der Regionen so zu stärken, daß Arbeitsmöglichkeit und höher bezahlte Arbeitsplätze nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch draußen in den zentralen Orten zur Verfügung stehen. Dieser Ausgleich, den wir anzustreben haben, kann nicht etwa durch eine weitere Zentralisierung, durch eine weitere Agglomeration, durch eine weitere Konzentration aller Bestrebungen auf die Ballungsräume erreicht werden, sie würden eher das Gegenteil bewirken und dazu führen, daß gerade jene Räume, die heute zu den benachteiligten zählen, noch weiter benachteiligt würden. Die Lösung kann nur über Dezentralisation, über die Stärkung der Regionen, über eine bessere Ausstattung der regionalen Zentren mit Dienstleistungseinrichtungen, mit Arbeitsplätzen und verschiedenen Einrichtungen des Gesundheits- und Bildungswesens erreicht werden; mit einer besseren Versorgung der entlegenen Gebiete, eben über voll funktionierende regionale Zentren.

Nun, wo liegt der Beitrag der Raumordnung zur Lösung dieser Probleme. Nicht irgendwo im luftleeren Raum, sondern sehr konkret in Form von Planung, im Versuch, die Probleme der Regionen in der Steiermark und des Landes zusammenzuschauen, zu untersuchen, nach Zielvorstellungen Ausschau zu halten, Lösungsmodelle zu entwickeln und dann jenen anzubieten, die die Verantwortung zu tragen haben. Das ist nun einmal die Politik, das sind wir alle, das ist die Regierung und der Landtag.

Den ersten Schritt, meine Damen und Herren, haben wir mit dem Landesentwicklungsprogramm gemacht. Gerade dieser erste Schritt ist ein sehr wichtiger insoweit gewesen, als er sehr bedeutende Entscheidungen für das Land getroffen hat. Ich nenne hier beispielsweise die Festlegung der Planungsregionen in der Steiermark, also jener Gebiete, in denen sich nun Planung vollzieht, die Festlegung der zentralen Orte, das sind jene Punkte, die besonders zu entwickeln sind und dann mehr oder minder die Versorgung der Räume draußen zu gewährleisten haben. Es sind die Entscheidungen auch getroffen worden hinsichtlich des zeitlichen Rahmens, den wir uns gesteckt haben, nämlich innerhalb der nächsten fünf Jahre für alle Regionen in der Steiermark Entwicklungsprogramme aufzustellen.

Der zweite Schritt liegt vor uns. Er ist vielleicht noch ungleich mühsamer und schwieriger. Er ist vor

allem konfliktreicher, da er uns ganz hautnah in die konkreten Probleme und Fragen der Regionen, Gemeinden und Gebiete hineinführt. Der Schwerpunkt dieser künftigen Planung muß und wird daher in der Regionalplanung liegen. Auch hier sind — wenn man das ganz kurz erwähnen darf — die wichtigsten Entscheidungen durch den Beschluß der Landesregierung getroffen, in allen Regionen der Steiermark mit der Planung zu beginnen. Dieser Beschluß ist am 16. Jänner gefaßt worden. Es sind nunmehr von den verschiedenen Abteilungen der Landesregierung die Bezirkshauptmannschaften informiert worden. Der nächste Schritt ist die Konstituierung der regionalen Planungsbeiräte. Wir hoffen, daß die Mitglieder bald nominiert sein werden, so daß wir mit den Konstituierungen im April vielleicht fertig sein können.

Der nächste Schritt wird sein, die Regionalplaner zu bestellen. Auch hier gibt es Vorstellungen, die allerdings mit den zukünftigen Planungsbeiräten abgestimmt werden müssen. Das ist alles relativ einfach. Das größte Problem ist die Frage der Priorität. Wo sollen wir mit den Planungen zuerst beginnen? Wir werden sicher dort anzufragen haben, wo die Probleme am größten sind. Das ist sehr einfach gesagt, ist aber in Wirklichkeit leider ungeheuer vielschichtig.

Wo sind die Probleme in der Steiermark am größten? Ist es der Industrieraum des Mur- und Mürztals mit den Schwierigkeiten, in die die Eisen- und Stahlindustrie hineingeraten ist beziehungsweise die der Eisen- und Stahlindustrie heute zur Lösung aufgegeben sind? Ist es der Voitsberger Raum mit seinen großen Strukturproblemen? Ich nenne die Glasindustrie, Kohle. Ist es der Eisenerzer Raum? Zweifellos sind die von mir genannten Gebiete Brennpunkte. Aber neben diesen gibt es zahlreiche andere.

Wenn man versucht, eine Reihe von verschiedenen Kriterien für die Beurteilung der Dringlichkeit heranzuziehen, dann verlagern sich die Gewichte unter Umständen sehr beträchtlich.

Ich möchte hier die Arbeitsplatzproblematik nennen. Primär bestimmt die Diskussion in der Arbeitsplatzproblematik eben die internationale Eisen- und Stahlkrise — nachdem wir ein Land mit sehr viel Eisen und Stahl sind vordergründig —, neuerdings ist aber auch die Lage der Bauwirtschaft sehr, sehr vordringlich geworden. Wenn Sie die Prognose des Arbeitsmarktes in der Steiermark für das Jahr 1981 vor sich haben — es ist die Prognose, die die Österreichische Konferenz für Raumordnung in den Beiträgen zum Raumordnungskonzept Österreichs für 1981 vorgelegt hat —, so müssen wir in der Steiermark bis zum Jahr 1981 — wenn man die Variante zwei nimmt — mit einem zusätzlichen Bedarf von etwa 36.000 Arbeitsplätzen rechnen. Wenn Sie die Frage stellen, wo dieser Bedarf am größten sein wird, so kommen Sie zu sehr verblüffenden Ergebnissen. Wir haben das größte Defizit an Arbeitsplätzen nicht in den Industriegebieten, sondern wiederum in jenen Zonen, die ich früher genannt habe und die zu den benachteiligten sowohl hinsichtlich Volkseinkommen als auch Lohnsummen zählen. Das größte Defizit erwartet uns im Bezirk

Radkersburg mit einem Minus von 2751 Arbeitsplätzen. Wenn Sie dieses Minus den gegenwärtigen Arbeitsplätzen gegenüberstellen, dann sind dies 60 Prozent der jetzigen Arbeitsplätze. Wir müssen um 60 Prozent mehr Arbeitsplätze schaffen, als es gegenwärtig im Bezirk Radkersburg gibt. Das ist eine ungeheure Aufgabe. Wenn man weiß, daß wir uns heute damit beschäftigen, den Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern, erscheint es fast unlösbar.

An der zweiten Stelle hinsichtlich des Defizits liegt der Bezirk Murau mit einem Minus von 2424 Arbeitsplätzen oder 38 Prozent des Standes der jetzigen Arbeitsplätze.

An dritter Stelle der uns ohnedies bekannte Problembereich Deutschlandsberg mit einem Minus von 4461 Arbeitsplätzen oder umgelegt auf die gegenwärtigen Arbeitsplätze 37 Prozent; gefolgt vom Bezirk Leibnitz mit einem Minus von 5308 oder 36 Prozent und Hartberg mit einem Minus von 4771 oder 33 Prozent. Hinsichtlich dieses Defizits liegen wir etwa im Bezirk Voitsberg relativ günstig. Wir haben dort allerdings auch einen Fehlbestand von 2548, aber gemessen an der Zahl der jetzigen Arbeitsplätze sind es immerhin „nur“ 16 Prozent. Aber verglichen mit der Problematik, die uns im Grenzland und im Bezirk Murau ins Haus steht, ist das noch erträglicher als in den anderen Gebieten.

Umgekehrt haben wir eine relativ günstige Situation im Bezirk Leoben. Hier haben wir ein Minus von fünf Prozent. In Bruck gibt es sogar einen Überhang von 1042 Arbeitsplätzen — in Graz natürlich ebenfalls.

Das Problem, das ich schon angedeutet habe, sehe ich darin, daß sich die verschiedenen Schwierigkeiten mehr oder minder addieren, akkumulieren. Wir haben nicht nur mit einer Frage zu kämpfen, etwa mit dem Problem der geringen Einkommen, der schlecht bezahlten Arbeitsplätze. Gerade in den Gebieten, die uns von der Wirtschaftskraft her stark belasten, haben wir auch das größte Defizit an Arbeitsplätzen. Wenn Sie noch die Pendleranalyse, die heute auch zur Diskussion steht und für die wir der Landesamtsdirektion, Landesplanung, weil sie diese Frage herausgestellt hat, sehr dankbar sein können, untersuchen und diese Pendlerfrage miteinbeziehen, dann können Sie auch hier wieder feststellen, daß wir den höchsten Anteil an sogenannten Fernpendlern, die mehr als eineinhalb Stunden im Autobus oder Zug sitzen, ebenfalls in den Bezirken Deutschlandsberg, Leibnitz, Weiz und Feldbach vorfinden. Also in jenen an sich problematisch strukturierten Räumen. Wir finden den höchsten Anteil an Nichttagespendlern, also jenen, die am Montag nach Wien fahren und am Freitag zurückkommen, auch wiederum in den Bezirken Hartberg und Murau vor. In diesen beiden Bezirken ist jeder sechste Arbeitnehmer die ganze Woche von seiner Familie weg. Meine Damen und Herren, was das für eine Familie, für die Kinder und für die Frau bedeutet, kann gar nicht ernst genug bewertet werden. Resümee: Gerade jene Regionen, die die niedrigsten Einkommen, die geringste Wirtschaftskraft, die meisten Pendlerprobleme haben, werden in Zukunft auch am stärksten von der Problematik der Arbeitslosigkeit beherrscht werden.

Wo liegt ein Ausweg, ein Versuch eines Ausweges? Einmal in einem forcierten Planungsprozeß, um jene Grundlagen, jene Entscheidungskriterien herauszuarbeiten, die es dann für den Politiker, für das Land und für den Bund möglich machen, hier gezielt und konzentriert zu helfen.

Nachdem fast überall kritische Punkte vorliegen, ist es richtig, mit der Regionalplanung in allen Bezirken zu beginnen, die Planungsbeiräte einzurichten. Das Tempo, meine Damen und Herren, dieses Planungsprozesses wird dann sicherlich vor allem von der Region her bestimmt werden müssen, vom Engagement, vom Einsatzwillen, von der Mitarbeit aller jener, die sich für dieses Gebiet, für die Region verantwortlich fühlen, von der Dynamik des regionalen Planungsbeirates. Wenn mit dieser Aussage der Eindruck entstehen sollte, daß damit das Problem auf die Bezirksebene abgeschoben werden soll, so möchte ich das klar und deutlich verneinen. Es ist diese Vorgangsweise vielmehr die Konsequenz jener Grundsätze, die wir etwa auch in der Landesplanung realisieren wollen, nämlich die Konsequenz, die Betroffenen mit in die Planung einzubeziehen, die Verantwortung möglichst dorthin zu verlagern, wo ein überschaubarer Bereich gegeben ist, wo Betroffenheit herrscht zu dezentralisieren, Subsidiarität dort zu verantworten, wo der Überblick und die Möglichkeit besteht, Entscheidungen auch zum Tragen zu bringen.

Das heißt nicht, daß sich das Land der Verantwortung entziehen kann. Im Gegenteil, wir werden sehr wohl, und zwar sehr entscheidend in diesem Prozeß mitdabei sein, mitbeschließen und nicht nur die Verantwortung im Lande mittragen, sondern auch sehr viel an Mitteln aufwenden müssen. In diesem Planungsansatz einer partnerschaftlichen Planung geht es um eine möglichst hohe Beteiligung der Betroffenen, der Bürgermeister der Regionen, der Interessensvertretungen, des Gewerkschaftsbundes, der Bauernkammer, der Arbeiterkammer, aber auch der Meinungsträger, in diesem Planungsansatz einer partnerschaftlichen Planung sehe ich überhaupt einen der wertvollsten Ansätze moderner Planung, weil sie dazu beizutragen vermag, die Dinge ein wenig durchschaubarer zu machen.

Am Schluß noch eine kritische Anmerkung, auch zu einzelnen Initiativen, wie wir sie vom Bund her haben. Der Bund hat sich gemeinsam mit dem Land in der Region Aichfeld-Murboden sehr engagiert und hat auch angekündigt, dies in einzelnen anderen Regionen zu tun, in Köflach, Voitsberg, Eisenerz. Ich glaube, wir können darüber sehr froh sein, weil beispielsweise gerade in der Region Aichfeld-Murboden ungeheuer viel investiert worden ist. Es sind immerhin runde 2,5 Milliarden Schilling an Bundes- und Landesmitteln investiert worden. Das sind die höchsten Investitionen, die es in einer Region in Österreich je gegeben hat. Ich begrüße das sehr. Wenn ich aber trotzdem sage, daß diese Art von Planung gerade deshalb kein Modellfall ist, so möchte ich das kurz begründen: Aichfeld-Murboden ist deshalb kein Modellfall, weil es diese Form von Planung, diesen massiven Einsatz, in einer ungeheuer aufwendigen Weise, aufwendig im Sinne von Einsatz vieler Mittel, nirgends ein zweites Mal geben wird können. Es ist vielleicht ein Beispiels-

fall, der aber in dieser Form nicht wiederholbar ist, vielleicht auch gerade deshalb, weil wir mit diesem massiven Einsatz von Mitteln eine Tendenz verstärkt haben, die eigentlich gar nicht in die Zielvorstellung der Landesentwicklung passen, nämlich die Tendenz zur Konzentration. Mit dieser geballten Ladung, wenn man es so nennen darf, sind eigentlich die Entwicklungschancen der anderen Regionen doch etwas eingeengt worden. Ich denke hier etwa an den Bereich Murau, der uns durchaus auch viel Kopferbrechen bereitet und der zweifellos eine jener Regionen sein wird, die in der nächsten Phase in die Planung einzubeziehen sind. So gesehen ist Aichfeld-Murboden als punktueller Ansatz zu verstehen, als Konzentration auf einen Punkt, auf eine Region, allerdings mit dem Problem, daß die Zusammenschau, das Überblicken auch mit den anderen Gebieten doch stark in den Hintergrund getreten ist, daß eben alle Scheinwerfer mehr oder minder auf einen Punkt gerichtet worden sind.

Ein Zweites: Ich glaube, daß das Modell, das praktiziert worden ist, stark technokratisch beeinflusst war, technokratisch insoweit, als von oben her geplant worden ist, auch wenn, und das möchte ich gerne anerkennen, die Initiative aus dem Raum Aichfeld-Murboden gekommen ist und von dort mitgetragen worden ist. Aber es ist immerhin auch eine Tatsache, daß dieser Verband der Gemeinden, als jenes partnerschaftliche Prinzip, das wir in der Regionalplanung eigentlich an die Spitze stellen möchten, relativ spät gegründet wurde, die Entwicklungsgesellschaft, die Gemeinden, jedenfalls die Masse der Gemeinden, eigentlich erst in einem relativ späten Stadium in den Beteiligungsprozeß einbezogen hat. So lange der warme Geldregen geflossen ist, war das sicher kein Problem. Die Bewährung beginnt in dem Augenblick, wo eben diese Ströme zu versiegen beginnen und dann jede Region und jede Gemeinde ihre eigenen Probleme selbst lösen muß. Dann ist diese Zusammenarbeit dringlich notwendig. Diese Schwäche wird heute durchaus auch von den Verantwortlichen erkannt. Das Gesagte ist durchaus keine Kritik im Sinne von Besserwisserei, sondern eine Kritik in dem Sinn, daß wir aus solchen Schwächen lernen und solche Fehler nicht wiederholen sollten.

Ich möchte daher am Schluß an den Bund einen Wunsch richten. Wir können die vielen Probleme, die ich heute versucht habe aufzuzeigen, vom Land her allein niemals lösen. Auch die Gemeinden können sie genausowenig allein lösen wie die Region. Wir können es nur in einem Miteinander von Bund, Land, Gemeinden. Wir werden in all diesen Fragen sehr stark zusammenrücken müssen. Wir werden eine starke Brücke der Partnerschaft brauchen, aber diese Partnerschaft, meine Damen und Herren, setzt Zusammenarbeit voraus. Es ist in der jüngsten Debatte zur Frage des Föderalismus das Wort vom kooperativen Bundesstaat gefallen. Ich glaube, dieser Planungsprozeß könnte ein Modellfall einer solchen Kooperation von Bund, Land und Region werden, wobei auch der Bund sich selbstverständlich zu integrieren und abzustimmen hat mit den Zielvorstellungen, die vom Land und von der Region herkommen. Sonst müßte eine solche Planung von oben durchaus ein Fremdkörper sein und als solcher

empfunden werden. Ich möchte hier auch eine vorsichtige Hoffnung an die Tatsache knüpfen, daß der nunmehrige Staatssekretär, Herr Professor Nußbaumer, die Steiermark recht gut kennt und ja nicht zuletzt auch in einer Phase der Entstehung des Landesentwicklungsprogrammes mitgewirkt hat. Ich erhoffe mir von ihm, daß er sich sehr wohl in die Vorstellungen des Landes zu integrieren vermag.

Meine Damen und Herren, der Weg, der vor uns liegt, ist ein mühsamer und langer. Die Probleme, denen wir heute begegnen, sind so zahlreich, daß einen fast ein wenig der Mut verlassen könnte. Ich habe aber einen gesunden Optimismus und möchte am Schluß einen polnischen Aphorismus zitieren, der unsere Situation sehr treffend umschreibt: „Wir sollten uns mit großen Problemen beschäftigen, solange sie noch klein sind.“ Ich danke Ihnen. (Beifall bei der OVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich dem Problemkreis — das werden Sie auch von mir erwarten —, der im Punkt vier der Tagesordnung angezogen ist, der Lage in der Bauwirtschaft, zuwenden.

Ich glaube, daß der gemeinsame Antrag, die Landesregierung aufzufordern, dem Landtag einen Bericht über die Lage in der steirischen Bauwirtschaft vorzulegen, als Beweis dafür gewertet werden kann, daß der Landtag diesem Wirtschaftszweig eine besondere Bedeutung beimißt. Ich habe, meine Damen und Herren, sooft sich die Gelegenheit geboten hat, auf den sogenannten Multiplikationseffekt hingewiesen, der sich von jedem einzelnen in der Bauwirtschaft beschäftigten Arbeiter auf sehr viele Wirtschaftszweige auswirkt. Dieser Effekt ist es gewiß auch, warum die Bundesregierung bei ihren Bemühungen, ein möglichst hohes Maß an Beschäftigung zu halten, die Konjunkturbelebungsmaßnahmen im ganz besonderen Maße in der Bauwirtschaft eingesetzt hat und auch weiter einsetzen wird.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß in nahezu allen westeuropäischen Industriestaaten die immer noch anhaltende große Arbeitslosigkeit von einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenrate bei den Bauarbeitern ihren Ausgang genommen hat. Selbst die Schweiz steckt derzeit noch in einer unglaublichen Strukturkrise mit ihrer Bauwirtschaft. Dort hat die Zahl der Beschäftigten im gesamten Baugewerbe seit 1973 von rund 255.000 um nicht weniger als 96.000 abgenommen, ist also auf 159.000 gesunken. Die Zahl der Betriebe hat im gleichen Zeitraum um 19 Prozent abgenommen. Eine solche Entwicklung würden wir hier als ausgesprochen katastrophal bezeichnen.

Ich möchte damit keineswegs davon ablenken oder in Abrede stellen, daß wir berechtigte Sorgen über die gegenwärtige Situation auch in der steirischen Bauwirtschaft haben. Im Gegenteil, ich möchte auch diese Gelegenheit wieder wahrnehmen, darauf aufmerksam zu machen. Aber infolge der vielen Besonderheiten und Eigenschaften, welche die Bauwirt-

schaft zum Unterschied von den meisten anderen Wirtschaftszweigen hat, scheint es mir doch notwendig, über den Inhalt der gegenständlichen Vorlage hinaus, eine Betrachtung über einen etwas längeren Zeitraum anzustellen. Ich will mich dabei auf die Bauwirtschaft im eigentlichen Sinn, das heißt auf jene Betriebe und Arbeitnehmer beschränken, die dem Bauarbeiterurlaubsgesetz unterliegen, weil mir hier ganz präzise und unanfechtbare Zahlen zur Verfügung stehen. Ich nehme hierzu den Zeitraum von November 1970 bis November 1977. Da sind schon zwei Feststellungen außerordentlich bemerkenswert. Die Anzahl der Betriebe des Bauhaupt- und -nebgewerbes ist unglaublich stabil geblieben in diesen sieben Jahren. Im November 1970 waren es 976 Betriebe, im November 1977 waren es 956. In den Jahren dazwischen ist lediglich eine ganz geringfügige Schwankung aufgetreten. Ich hätte die Zahlen ja hier. (Abg. Ing. Turek: „Bitte vorlesen!“)

Die zweite, auch sicher nicht von jedem so ohne weiteres angenommene Tatsache ist, daß die Zahl der in diesen Betrieben des Bauhaupt- und -nebgewerbes beschäftigten steirischen Arbeitskräfte während dieses siebenjährigen Zeitraumes ebenfalls nahezu konstant geblieben ist. Im November 1970 waren es genau 21.639 Steirer, im November des vergangenen Jahres waren es 23.010. Überraschenderweise war dies sogar der Höchststand — wo wir schon von der Krise gesprochen haben — an steirischen Bauarbeitern, die wir überhaupt beschäftigt hatten. Die konjunkturabhängigen Schwankungen der vergangenen Jahre wurden ausschließlich mit Gastarbeitern ausgeglichen. Diese Schwankungen waren allerdings nicht unerheblich. Die Zahl der insgesamt in der steirischen Bauwirtschaft Beschäftigten war im November 1970 24.890, ist dann, als sich die Konjunktur erhitzt hat, auf den Höchststand von 29.073 gestiegen und ist jetzt wieder bis zum November des Vorjahres auf 26.276 abgesunken. Wir hatten aber immerhin im Jahr 1977 noch um fast 2000 mehr Beschäftigte als im Jahr 1970, zu einem Zeitpunkt, wo man überhaupt nicht davon gesprochen hat, daß es besondere Sorgen in der Bauwirtschaft gibt.

Aus diesen Ziffern, meine Damen und Herren, ließe sich ableiten, daß hinsichtlich der Zahl und hinsichtlich der Beschäftigten — und das war die Frage des Landtages an die Landesregierung — alles in bester Ordnung sei. Mehr noch, man müßte sagen, daß trotz der umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen, welche in der Bauwirtschaft in den vergangenen Jahren durchgeführt wurden, keine Arbeitsplätze, wie das anderswo der Fall war, wegrationalisiert wurden; zumindest was unsere Landsleute betrifft.

Aber leider ist das nicht ganz so. In den Jahren 1973/74 wurde infolge der herrschenden Hochkonjunktur das Bauarbeiterpotential um 7000 Gastarbeiter aufgestockt — 3000 waren im Dezember des vergangenen Jahres immer noch da. Wir glaubten während dieser zwei, drei Jahre, daß das Problem Nummer eins, das wir immer hatten, nämlich die starke Winterarbeitslosigkeit, überwunden sei. In diesen Jahren ist die Zahl von über 10.000 Arbeitslosen im Winter auf 2000 bis 3000 abgesunken. Es

ist interessant, daß wir im Jänner 1968 11.233 — in Ihrer Regierungszeit — Arbeitslose, 1969 11.839 hatten. Ich kann mich nicht erinnern, daß dies als eine besondere Krisenerscheinung bezeichnet wurde. Man hat oft gesagt, die wollen im Winter sowieso nicht arbeiten. Mit dem Absinken auf 2000 bis 3000 ist bewiesen, daß das nicht richtig war.

Seit 1975 ist die Winterarbeitslosigkeit in unserem Land wieder ansteigend; und wir halten am 31. Jänner dieses Jahres bei 7392. Das ist gewiß eine Zahl, die in den Sechzigerjahren für uns, zumindest in der Baugewerkschaft, noch eine Traumvorstellung war.

Nun meine Damen und Herren, was sind die Ursachen dieser trotzdem keineswegs erfreulichen Entwicklung? In der überhitzten Baukonjunktur der Jahre 1972/1973/1974 sind die Baupreise explodiert. Die Unternehmer haben, da sie die Aufträge mit diesen wunderbaren Preisen nicht bewältigen konnten, stark investiert und die Baukapazität wesentlich ausgeweitet. Infolge der überhitzten Baupreise mußte die Baubremse gezogen werden, und in der Folge kam dann die weltweite Rezession dazu. Und jetzt, meine Damen und Herren, steht einem durch die Maßnahmen der Bundesregierung durchaus noch immer normale Bauvolumen diese überhöhte Baukapazität gegenüber und das führt natürlich zu einem ganz besonders scharfen Konkurrenzkampf. Jene Firmen, welche in der Hoffnung, daß es immer so weitergehen wird, mit Fremdkapital gar zu schnell groß oder noch größer werden wollten, kämpfen jetzt um das Überleben. Nachdem in der Regel der Billigstbieter den Auftrag bekommt, wird dieser Preiskampf manchmal geradezu selbstmörderisch. Zwei prominente Opfer dieser Situation gibt es ja in unserem Lande, obwohl allerdings dort auch noch eine Reihe anderer Faktoren eine Rolle spielen. Aber mit den schlimmen Folgen für die vielen Betroffenen müssen wir ja gegenwärtig fertig werden. Daß diese schlechtere Ertragslage auf die Effektivverdienste, vor allem auf die Prämien und Akkorde der Arbeitnehmer durchschlägt, ist für einen Gewerkschafter nichts Unerwartetes.

Meine Damen und Herren, das ist nach meiner Meinung ganz grob gesagt die derzeitige Lage der steirischen Bauwirtschaft. Damit wäre eigentlich die Frage, welche der Landtag gestellt hat, zumindest von meiner Sicht aus, beantwortet. Sie werden aber verstehen, meine Damen und Herren, daß ich mich als Vertreter der Bauarbeiter mit einer bloßen Darstellung der gegebenen Lage nur dann zufriedengeben würde, wenn alles in bester Ordnung und kein Anlaß zu irgendwelchen Befürchtungen und Sorgen wäre. Ich möchte aber betonen, daß bei uns für eine Katastrophenstimmung, wie sie von Zweckpessimisten zu verbreiten versucht wird, nicht die geringste Veranlassung besteht. Andererseits darf man aber Bedenken und Befürchtungen nicht ohne weiters wegwischen. Da ist einmal die harte, aber realistische Tatsache, daß es in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, meine Damen und Herren, das Bauvolumen der öffentlichen Hand wieder an die vorhandene Baukapazität anzugleichen, sondern, daß der umgekehrte, aber ohne Zweifel schmerzliche Prozeß vor sich gehen wird. Jedermann weiß, daß der Umfang des Bauvolumens weitgehend davon

abhängt, welchen finanziellen Spielraum die Gebietskörperschaft, der Bund, das Land, die Gemeinden für Bauinvestitionen aller Art haben. Wenn das Geld nicht reicht, werden zuerst, das ist ja die Praxis, Bauwünsche überhaupt gestrichen oder zurückgestellt. Wem es also um die Beschäftigung der Bauwirtschaft und alles was damit zusammenhängt wirklich ernst ist, der muß vermeiden, daß der finanzielle Spielraum weiter eingeengt wird, ja sogar im Gegenteil, der müßte dafür eintreten, daß Finanzierungsmöglichkeiten für im öffentlichen Interesse gelegene Bauinvestitionen erschlossen werden. Der heute von uns eingebrachte Antrag, daß das Land Hochbauaufträge, die ja besonders arbeitsintensiv sind, so weit als möglich vorziehen möge, geht in diese Richtung. Vom Ergebnis wird sich ableiten lassen, wie ernst es um die wirkliche Hilfe bestellt ist. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, meine Damen und Herren von der OVP, möchte ich Ihnen sagen, wo in den Industriestaaten um uns Hunderttausende, auch Bauarbeiter, arbeitslos sind, erscheint uns die Erhaltung der Arbeitsplätze durch zusätzliche öffentliche Investitionen um sehr, sehr vieles wichtiger und richtiger, als Ihrem aus parteipolitischen Gründen vorgebrachten Verlangen nach einer Lohnsteuersenkung um 50 oder 60 Schilling pro Monat nachzugeben.

Meine Damen und Herren, ich habe anlässlich der letzten Wohnbaudebatte schon darauf hingewiesen, daß wir uns gegenwärtig gerade in diesem arbeitsintensiven Zweig der Bauwirtschaft, im Wohnbau, in einem Engpaß befinden. Wir sind in diesen Engpaß geraten, obwohl die Mittel — das möchte ich mit allem Nachdruck und ganz deutlich sagen, weil das manchmal so hingestellt wird —, die der Bund für die Wohnbauförderung zur Verfügung stellt, von Jahr zu Jahr ansteigen und größer werden. Die Gründe für diesen Engpaß sind ja im allgemeinen bekannt. Das ist die Einbringung der Vorgriffe, das ist — und darüber wurde ja auch schon gesprochen — das zwangsläufige Ansteigen der Mittel, welche für die Mietenbeihilfen aufgewendet werden müssen und aus dem bauwirksamen Topf entnommen werden. Eine Entwicklung, die nicht ohne weiteres abzusehen ist, die aber irgendwie besorgniserregend ist. Da ist auch — und das möchte ich kritisch bemerken —, daß bei manchen Bauvorhaben mit unnötigen hohen Aufwendungen gearbeitet wird, es gibt in Graz ein Beispiel dafür (Abg. Ing. Turek: „Die Gebietskrankenkasse?“), daß man viele, viele Millionen bauwirksamer einsetzen könnte.

Meine Damen und Herren, zumindest eine vorübergehende Verbesserung könnten wir uns durch das wiederholt verlangte Zuführen der 30 Schilling Wohnungsbeihilfe, welche ihrem seinerzeitigen Zweck ohnehin nicht mehr gerecht wird, vorstellen. Es wären dies immerhin rund eine Milliarde Schilling; umgesetzt in Förderung des Wohnbaues wäre das sicher wirkungsvoll. Erwähnen möchte ich auch noch, daß in unserem Lande nicht wenige, darunter auch sehr große und bedeutende bereits finanzierte und fertig geplante Bauvorhaben durch verschiedene Bürgerinitiativen, durch Rechtsfragen, zur Zeit blockiert sind.

In dem Zusammenhang drängt sich mir ganz spontan auch die Frage auf, bezüglich der neuesten Ereignisse beim Plabutsch-Tunnel. Ich will den Teufel nicht an die Wand malen, aber da müßte man schon fragen, wenn es wirklich nicht geht, wo sind die Alternativmöglichkeiten, nicht nur, das werden die Grazer Abgeordneten schon tun, wegen der Bevölkerung, sondern auch wegen der Inangriffnahme eines Bauvorhabens, welches finanziert ist, wo die Gelder bereitliegen. Es ist eine harte Sache, hinnehmen zu müssen, daß irgendwo Gelder für Pläne und Gelder für Bauvorhaben bereitliegen und aus irgendwelchen Gründen nicht in Angriff genommen werden.

Meine Damen und Herren, abschließend sei nochmals festgestellt, daß wir in Österreich, aber auch in der Steiermark, in den letzten so schweren Jahren, wirtschaftlich so schweren Jahren, um sehr, sehr vieles besser über die Runden gekommen sind als die meisten, oder man kann fast sagen als alle anderen europäischen Länder. Und das ist gewiß nicht von selbst gekommen. Vielleicht kann man die Gesinnung und die Absicht, die hinter den erfolgreichen Bemühungen der Bundesregierung, die Arbeitsplätze vor allem auch in der Bauwirtschaft zu erhalten, stehen, an dem bekannten Ausspruch unseres Bundeskanzlers erkennen und ermessen, daß wir in Österreich und auch in der Steiermark nicht so reich sind, um uns eine größere Arbeitslosigkeit leisten zu können. Ich habe eingangs gesagt, daß eine solche überall ihren Ausgang von der Bauwirtschaft genommen hat und auch bei uns nehmen würde. Daher muß eine solche Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter verhindert werden — auch in Zukunft verhindert werden. Solchen Bemühungen kann und darf sich niemand verschließen. (Beifall bei der SPO und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident, Hohes Haus!

Zu den Regierungsvorlagen, betreffend die Gebührenfreistellung für geförderte Kredite und betreffend die Lage in der Bauwirtschaft in der Steiermark, möchte ich einige Bemerkungen anbringen, wobei ich zum zweiten Thema sehr vieles weglassen kann, weil in bemerkenswerten Ausführungen der Kollege Loidl, vor allem was die Beschäftigungsstatistik, die Gefahren und dergleichen betrifft, schon sehr vieles vorweggenommen hat.

Ich glaube aber, daß mir gestattet sei, am Beginn einer wirtschaftspolitischen Diskussion darauf hinzuweisen, daß in den vergangenen Jahren auch in diesem Hohen Haus wirtschaftspolitische Fragen immer mehr zu einem Reizthema geworden sind. Zu einem Reizthema offenbar deswegen, weil das Versagen der Bundesregierung in ihrer wirtschaftspolitischen Grundkonzeption immer mehr zum Vorschein kommt und weil, was ich durchaus verstehe, wenn sozialistische Abgeordnete die Linie dieser Wirtschaftspolitik loben, sie doch immer weniger von der breiten Masse unserer Bevölkerung geglaubt wird. Ich bin mir voll darüber im klaren, daß die Wirtschaftspolitik keine exakte Wissenschaft ist. Es ist sicher auch Ihre Meinung, daß es hier sicher nicht

so einfach ist, daß zwei mal drei sechs ist, sondern daß Probleme von verschiedenen Standpunkten durchaus anders gesehen werden und man bei niemandem, der hier redet, sagen kann, der kann oder ist in der Lage, die absolute Wahrheit zu verkünden. Das ist bei wirtschaftspolitischen Fragen einfach nicht möglich. Trotzdem sollte es Ziel einer wirtschaftspolitischen Diskussion bei aller Meinungsverschiedenheit doch sein, daß wir uns gegenseitig die Überzeugung sagen. Was richtig ist, ich betone noch einmal, das ist wirklich eine Wissenschaft für sich. Gerade die Gescheitesten unter den Wissenschaftlern streiten sich über diese Fragen. Nur eines glaube ich, ist sicher zu wenig, was sich bei wirtschaftspolitischen Diskussionen in diesem Hohen Haus in den vergangenen Jahren mehrmals gezeigt hat, daß man einfach Ausführungen damit abtut, daß man sagt, der oder der hat geschief geredet, aber in Wahrheit gibt es viele Gründe mehr, warum die Entwicklung so oder so läuft. Ich möchte dazu sagen: „Selbstverständlich, für jede Entwicklung gibt es nicht nur zwei, drei oder vier Gründe, sondern wahrscheinlich hunderte.“ Wir alle sind nicht in der Lage, in einer solchen Diskussion alle Gründe für bestimmte Entwicklungen im Großen wie im Kleinen aufzuzeigen. Schlimmer ist es nur, wenn bei solchen Diskussionen als Antwort überhaupt nur Gags kommen, die gar nicht darauf aus sind, eine exakte Erwiderung zu geben oder zu widerlegen, sondern mit Gags die Dinge möglichst ins Lächerliche zu ziehen. Noch schlimmer ist es, Hohes Haus, wenn man zu unwahren Behauptungen greift, was gelegentlich auch geschieht, wobei unwahre Behauptungen in wirtschaftspolitischen Fragen natürlich sehr oft Fragen offen lassen, weil eben sehr oft die Unterlagen dazu fehlen, um entsprechend entgegen zu können.

Für mich ist es jedenfalls nicht uninteressant und die Ursache eines Landtagsantrages, den ich heute mit anderen Kollegen gestellt habe, daß etwa während der Budgetdebatte im Dezember des vergangenen Jahres — und das spielt sehr wesentlich zum Tagesordnungspunkt „Lage der Bauwirtschaft“ herein — der Landessekretär des Gewerkschaftsbundes Präsident Gross gemeint hat, über 90 Prozent der Arbeitsmarktförderungsmittel werden in der Steiermark an die privaten Betriebe gegeben; wobei ich keinen Wert darauf lege, hier zu feilschen, wieviel an die private, verstaatlichte oder halbstaatliche Wirtschaft geht. Es geht um die Wirtschaft und nicht um eine Gruppe. Nur sagen mir Leute, die in diesem Beirat sitzen, das kann unmöglich stimmen. Aber keiner, obwohl sie dabeisitzen, ist in der Lage, eine Statistik auf den Tisch zu legen. Ich frage mich nur, warum kann das der Präsident Gross. Im Nationalrat fragt der Abgeordnete Doktor Wolfgang Blenk den Sozialminister, wie die Aufteilung der Arbeitsmarktförderungsmittel erfolgt zwischen privater Wirtschaft, verstaatlichter und halb verstaatlichter. Die Antwort des Sozialministers ist, eine solche Statistik gibt es nicht. Ich frage mich noch einmal, warum weiß diesen Prozentsatz Präsident Gross und niemand anderer weiß ihn sonst? Ich kann ihn auch nicht widerlegen. Ich bin nur seit Wochen dahinter, diese Auskünfte zu bekommen; ich bekomme sie nicht. Ich glaube daher, daß,

wenn schon von Transparenz gesprochen wird, sie allgemein gelten soll. Deswegen auch dieser heutige Landtagsantrag. Ich bin neugierig, was dabei herauskommen wird.

Wenn wir uns in wirtschaftspolitischen Diskussionen mit Meinungsverschiedenheiten gegenüberstehen, so geht es auch nicht, wie es bei aller Liebesswürdigkeit der Kollege Loidl wieder nur ein bißchen angedeutet hat, daß es Leute gibt, die eine Katastrophenstimmung erzeugen wollen. Das sind Zweckpessimisten und, und, und. Erstens müßte man wissen, wer diese Zweckpessimisten sind (Abg. Brandl: „Dreimal raten!“) und zum zweiten, heraus mit der Farbe. Ich kann, Herr Kollege Loidl, nur eines sagen. Offenbar war unser gewesener Klubobmann Stefan Koren nach Ihrer Meinung immer und er ist auch so genannt worden, ein furchtbarer Zweckpessimist. Er war die „Kassandra“ vom Dienst, er war der „Schwarzseher“, solange er im Parlament gewesen ist. Der Bundeskanzler, alle Minister haben ihn in diese Richtung abgestempelt, man hat ihn lächerlich gemacht. Für mich war und ist er das lebende Beispiel dafür, wie Sozialisten die ÖVP-Sprecher zu Wirtschaftsfragen ins Lächerliche zu ziehen versuchen. Das ist historisch unbestritten. Auf einmal ist dieser Stefan Koren für den Herrn Bundeskanzler der beste Mann für den wichtigsten wirtschaftspolitischen Posten außerhalb der Bundesregierung. Wie ernst solche Gags und solche Art von Argumentation zu nehmen ist, beweist mir unter anderem auch die Entwicklungsgeschichte eines Stefan Koren.

Jetzt vielleicht nur noch einige Bemerkungen zur Grundlinie der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Ich bin aus Überzeugung der Meinung, daß die Grundlinie dieser Wirtschaftspolitik einfach falsch ist. Ich habe hier unverdächtige Partner, meine Herren Sozialisten. Einer der prominentesten und bedeutendsten in der OECD oder im europäischen Raum ist der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, der auch ein Sozialist ist. (Abg. Loidl: „Die haben eine Million Arbeitslose!“) Bitte, Herr Kollege Loidl, man muß hier schon die Größenordnung sehen, man muß immer mal acht rechnen, wenn man Österreich mit der Bundesrepublik vergleicht. Das ist das eine. Die Richtung, diese Besorgnis haben Sie selbst gezeigt, stimmt bei uns in dieser Frage auch nicht mehr, obwohl das noch — ich möchte sagen — unser Aushängeschild ist, unsere ein wenig manipulierte Arbeitslosenstatistik, darf ich sehr höflich sagen. Ein wenig ist sehr höflich, Herr Präsident Ileschitz, wenn Sie glauben, daß das unhöflich sein sollte.

Ein Bundeskanzler Schmidt in Bonn ist einer meiner unverdächtigsten Partner, daß die Linie der Wirtschaftspolitik, wie sie die Sozialisten in Schweden gemacht haben, wie sie die Sozialisten in Österreich seit 1970 machen, einfach falsch ist und er ist diese Linie nicht mitgegangen. Nur vorübergehend schien es durchaus richtig und man konnte für die breite Masse der Bevölkerung Argumente dagegen keinesfalls anbringen. Es war insgesamt ein kurzfristiges Wirtschaften von der Hand in den Mund. Es war ein Verteilen von Einkommen von morgen. Die Zeche werden alle zu bezahlen haben mit Zinsen und Zin-

seszinsen. Das Ergebnis heute ist bekanntermaßen eine gigantische Staatsverschuldung, wie sie die Geschichte unseres Landes noch nicht kennt, die immer noch vielen Menschen egal ist, obwohl sie alle dazu beitragen werden, diesen Schuldenberg wieder abzutragen. Ein nie dagewesenes Handelsbilanzdefizit, 73 Milliarden Schilling Handelsbilanzdefizit 1977 — ein Wachstum von über 30 Prozent gegenüber 1976, ein fast Nullwachstum der österreichischen Wirtschaft für 1978; Optimisten eineinhalb Prozent, Pessimisten, das sind deutsche Meinungsforschungsinstitute, prophezeien Nullwachstum. (Abg. Loidl: „Die Leute sind noch nie soviel ins Ausland auf Urlaub gefahren und haben noch nie soviel gekauft!“) Das ist es ja, was zum Teil auch falsch ist, was so in die Richtung gefördert wurde. Nur, Herr Kollege Loidl, Sie dürften wissen, daß im OECD-Durchschnitt das Nettowirtschaftswachstum im Jahr 1978 mit vier Prozent prophezeit ist und bei uns mit bestenfalls eineinhalb Prozent. Die, die das prophezeit haben, glauben selbst nicht mehr daran. Dazu kommt, daß wir bereits auch um die Arbeitsplätze zittern.

Loidl hat von Sorge um die Arbeitsplätze gesprochen. Wir haben de facto eine innere Arbeitslosigkeit, auch das ist kein Schlagwort. Man sehe nach Krieglach oder wo immer hin, na ist das nicht eine innere Arbeitslosigkeit? Wir haben es mit einer verzierten Arbeitsmarktstatistik zu tun. Das ist typisch für eine sozialistische Arbeitsmarktverwaltung zur Zeit einer sozialistischen Bundesregierung (Abg. Loidl: „Euch passen ja die Zahlen!“) und trotzdem, Herr Kollege Loidl, zittern wir um die Arbeitsplätze. Und das soll der richtige Kurs in der Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung gewesen sein? Das ist einfach wahr. Trotzdem bin ich der Meinung mit Ihnen, Herr Kollege Loidl, und mit Ihren Parteigenossen, daß es keine Katastrophe ist. Ich sehe im jetzigen Zustand Österreichs in wirtschaftspolitischen Fragen ganz persönlich keine Katastrophe, aber es müßte die Umkehr sichtbar sein, die aus diesen Schwierigkeiten, die wir haben, herausführt. Diese Umkehr ist nicht sichtbar.

Dazu bleibt mir nur eines übrig, und uns allen, daß wir etwa die Vorstellungen der Bundesregierung, die sie in ihrer Regierungsklausur besprochen und dann veröffentlicht hat, studieren. Nun, was ist dabei herausgekommen? Das sind vor allem längerfristige Konzepte, die für das bauwirtschaftliche Geschehen von eminenter Bedeutung sind. Herausgekommen ist die Veröffentlichung einer Ziffer von 577,6 Milliarden Schilling Investitionsprogramm für die nächsten zehn Jahre.

Meine Damen und Herren, eine ungeheure, gigantische Zahl. Nur wenn man weiß, daß das die Summierung bestehender Investitionsziffern in den Budgets ist, mit einem kleinen Inflationsfaktor dazu, dann ist man davon überzeugt, daß diese 577,6 Milliarden Schilling nichts als ein Gag sind, ich betone ein Gag, denn ehrlicherweise hätte man sagen sollen, 600 Milliarden Schilling oder 500 Milliarden Schilling. Das 577,6 wird sicher nicht richtig sein. Es klingt ungeheuer glaubwürdig, wenn man dann der Öffentlichkeit mitteilt, 577,6 Milliarden Schilling wollen wir in den nächsten 10 Jahren investieren.

Oder, wenn man vorhat und es auch mitteilt, in die Invest-Kredit-AG groß einzusteigen, dann ist das in Richtung einer zentralen Wirtschaftslenkung der nächste Weg, genauso wie der Entwurf des Kreditwesengesetzes, der vorliegt, der dem Finanzminister, ich betone, alle Möglichkeiten zu einer totalen Kredit- und damit Wirtschaftslenkung gibt. Das ist nicht nur Ansicht meiner Parteifreunde, sondern Ansicht von Fachleuten, auch aus Ihren Parteikreisen. Sie werden verstehen, daß ich diese Leute nicht in Verlegenheit bringen möchte, weil ich mit ihnen schon darüber diskutiert habe. Auch sie sagen, es ist einfach unerhört, welche Unzahl von Verordnungsermächtigungen, Eingriffen in jedes Einzelbankgeschehen dem Finanzminister im KWG eingeräumt werden soll. Und dazu kommt, daß etwa zur Invest-Kredit-AG und diesem Investitionslenkungsvorhaben der Bundeskanzler noch meint, ich habe es im Autoradio selbst gehört, na, so machen wir es nicht wie der Taus in seinem Konzept, man kann doch das Investieren nicht dem einzelnen Unternehmer überlassen. Man muß doch von oben lenken, wo richtig investiert wird. Ja, meine Damen und Herren, wenn das so einfach wäre, daß man von oben her weiß, wo richtig investiert wird, dann muß man sich wirklich fragen, warum ist denn gerade jener Teil der Wirtschaft in größten Schwierigkeiten, wo die Bundesregierung Hausherr ist, Eigentumsvertreter ist, und seit 1970 immer schon hätte eingreifen können, wenn sie es ohnedies viel besser weiß von oben her als der einzelne private Unternehmer.

Ich kann nur sagen, daß hier das Taus-Konzept zur Sicherung und Vermehrung der Arbeitsplätze echten Spielraum für den einzelnen Unternehmer und für die Vielzahl der mittleren und kleinen Betriebe auch offen läßt, die uns bisher eine Arbeitslosigkeit erspart haben, das brauche ich nicht näher erläutern, denn die sind es gewesen, daß wir heute noch keine nennenswerte Arbeitslosigkeit haben. Öffentliche Investitionen, sagt Kollege Loidl, sind notwendig. Selbstverständlich. Es bleibt nur immer von uns die Frage unbeantwortet, wie das in nächster Zeit geschehen soll.

Und jetzt einige Bemerkungen zum Landtagsantrag wegen der Gebührenbefreiung nach dem Gebührengesetz für die Wirtschaftsförderungsdarlehen und Kredite. Ich glaube, daß diese Wirtschaftsförderung, die wir auch in der Steiermark betreiben, einfach ein Gebot der Stunde ist, daß wir diese Wirtschaftsförderung nicht betreiben, weil wir zu viel Geld haben, sondern weil wir gerade mit unserer wirtschaftsgeographischen Randlage, unseren wirtschaftsstrukturpolitischen Schwierigkeiten einfach dazu gezwungen sind. Die Wirtschaftsförderung durch die Gebietskörperschaften ist leider immer notwendig — ich betone leider immer notwendiger. Es ist daher ausschließlich öffentliches Interesse, daß diese Wirtschaftsförderung gemacht wird. Arbeitsplatzsicherung, Schaffung neuer Arbeitsplätze, strukturpolitische Zielsetzungen, Wirtschaftswachstumsfragen und dergleichen mehr. Ich glaube, das alles ist unbestritten. Und was tut der Finanzminister? Dem Finanzminister ist dieser Antrag, den wir da gestellt haben, nur eine ablehnende Antwort mit vier lapidaren Sätzen wert. Kein einziger Satz

mit irgendeiner Begründung oder auch nur einem Ansatz dazu. Ich möchte sagen, das ganze ist nicht überraschend, das ganze entspricht offensichtlich nicht nur dem Stil des Finanzministers, sondern wohl schon insgesamt dem Stil einer Bundesregierung, wie wir sie seit Jahren haben.

Bei jeder Analyse der Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung ergibt sich die eindeutige Entwicklung, ich betone, egal ob diese Strategie absichtlich ist oder nicht, das kann man ja nie nachweisen. Der erste Schritt ist, großzügige und populäre Verteilungspolitik, der zweite Schritt, die Folge davon möchte ich sagen, ist das Aushungern der Betriebe, der Entzug des Eigenkapitals. Dazu trägt dieses Gebührengesetz seinen Beitrag dazu bei. Der dritte Schritt ist die angeblich so große Wirtschaftsförderung; hier habe ich ja schon die Regierungsklausur erwähnt. Das alles wäre nicht notwendig, wenn man die ersten Schritte nicht in die Wege geleitet hätte, und der vierte Schritt ist dann zwangsweise die zentrale Wirtschaftslenkung mit Investitionskredit-AG, Kreditwesengesetz und dergleichen mehr.

Das alles, Hohes Haus, wäre zweifellos völlig unnötig, wenn man den Betrieben das für die Investitionen notwendige Kapital ließe. So aber zwingt man die Betriebe zu immer mehr Fremdkapital, das sich durch das neue Gebührengesetz noch beachtlich verteuert und zusätzlich nimmt man der öffentlichen Wirtschaftsförderung mit diesem Gebührengesetz einen Teil des Effektes, der damit erwirkt werden soll. Und als Begründung möchte ich sagen, ich zweifle zumindest daran, ob diese Begründung echt nur fiskalischer Natur sein kann, wobei man solche Absichten wieder nicht nachweisen kann.

Und zur Bauwirtschaft möchte ich noch eines sagen. Zunächst, diese vorliegende Regierungsvorlage ist zweifellos zeitlich überholt, mindestens ein Jahr überholt, aber schon aus dieser Regierungsvorlage geht hervor, daß die Lage der Bauwirtschaft in der Steiermark durchaus kritisch ist. Es ist unbestritten und auch aus den Worten Loidls zum Ausdruck gekommen, daß sich seit einem Jahr die Lage der Bauwirtschaft verschlechtert hat, wobei ich nur noch eines dazu bemerken möchte. Das Auftragsvolumen insgesamt ist zwar geringer, aber durchaus keine Katastrophe und durchaus geeignet, die Situation einigermaßen zu retten. Viel schlimmer ist die Preisentwicklung im bauwirtschaftlichen Geschehen. Man könnte hier sehr einfach sagen, die Firmen machen sich ja selbst die Preise, wenn öffentlich ausgeschrieben wird. Sie unterbieten sich ja gegenseitig. Hier möchte ich nur eines sagen, und ich glaube, Ihre Zustimmung zu finden, daß das Unterbieten um jeden Preis, nur um den Auftrag noch hereinzubekommen, letzten Endes ein Zeichen einer drohenden betriebswirtschaftlichen Katastrophe ist, zumindest einer Ohnmacht des betreffenden Betriebes, weil ein gesunder Betrieb Preisunterbietungen, das heißt Hereinnahme von nicht kostendeckenden Aufträgen, einfach nicht notwendig hat. Ich möchte auch hier dazu sagen, Ausnahmen bestätigen natürlich immer die Regel. Auch das gibt es. Es kann einmal bei einem gesunden Betrieb vorübergehend aus beschäftigungspolitischen Gründen notwendig

sein, aber im allgemeinen sind Preisunterbietungen bereits ein Zeichen einer betriebswirtschaftlichen Ohnmacht des betreffenden Betriebes, in der Hoffnung, damit noch irgend einen Engpaß zu überwinden, was ab und zu geschieht, manchmal auch nicht, wie berühmte steirische Beispiele beweisen.

Ganz schlimm wird für solche Betriebe dann die Situation, wenn man die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand, aber vor allem des Bundes kennt und beobachten muß. Wenn der Betrieb zuerst Aufträge mit nicht kostendeckenden Preisen hereinnimmt, womöglich noch für bestimmte Zeiten Fixpreise, und dann monatelang nach erbrachter Leistung auf das Geld warten muß, dann ist die Katastrophe fast sicher.

Etwas besser ist die Lage im allgemeinen, von Ausnahmen abgesehen, jener kleinen und mittleren Baubetriebe in der Steiermark, die ihre Aufträge hauptsächlich aus dem privaten Sektor holen, weil hier preislich die Situation noch etwas besser ist. Insgesamt ist für 1978 ein durchaus bedenkliches Ansteigen von Auftragslücken zumindest zur Zeit feststellbar. Man kann sicher noch nicht voraussagen, wie das in einem halben Jahr sein wird. Es sind immer mehr freie Kapazitäten vorhanden; wobei es sehr einfach wäre zu sagen, wir haben Überkapazitäten, schränken wir diese ein. Aber das sieht sehr populär aus, nur sind damit Arbeitsplatzgefährdungen größten Ausmaßes verbunden.

Wenn Sie, Herr Kollege Loidl, von den Überkapazitäten gesprochen haben, die in den Jahren 1972 bis 1974 entstanden sind, so ist das ein Zeichen einer insgesamt verfehlten Wirtschaftspolitik, daß man es damals zu dieser Überhitzung überhaupt hat kommen lassen. (Abg. Ing. Turek: „Das hat das Land auch gefördert!“) Lieber Kollege Turek, auch das Land mag seinen Beitrag dazu geleistet haben; nur in Prozenten spielt das keine entscheidende Rolle. (Abg. Ing. Turek: „Schau die Ziffern des außerordentlichen Haushaltes an!“) Abhilfe kann sicher nur mit verstärkten öffentlichen Investitionen geschaffen werden. Hier weiß ich nicht, wie bei der derzeitigen Budgetsituation die Investitionen stattfinden sollen. Kaum sind wesentlich mehr private Investitionen zu erwarten. Die prozyklische Belastungslawine läuft und läuft, obwohl der Bundeskanzler am 16. Juli 1975 vor den Nationalratswahlen im Fernsehen erklärt hat, man werde zwar die Mehrwertsteuer von damals 16 Prozent auf 18 Prozent erhöhen, sonst aber keine anderen Steuern einführen. Ich habe hier eine zwei Seiten lange, maschineschriebene Liste aller jener Gebühren und Steuern, die nach den Nationalratswahlen erhöht worden sind. Man kann also selbst beurteilen, was man von solchen Vorhersagen des Bundeskanzlers zu halten hat. Noch am 16. Dezember 1975 teilte der Finanzminister dem Parlament mit, für das Jahr 1976 ist die Erschließung neuer Einnahmequellen nicht vorgesehen. Auch hier habe ich die Liste dessen, was unrichtig in dieser Feststellung des Finanzministers ist.

Nicht uninteressant, meine Damen und Herren, ist etwa in den Finanznachrichten vom 10. Februar ein Artikel des Professors Horst Knapp mit der Überschrift: „Budgetlücke=Baulücke?“ Er führt einen Aspekt an, der vor allem arbeitsmarktpolitisch

im Baugeschehen ganz bedeutend ist. Früher hat man mit öffentlichen Bauaufträgen Arbeit in einer ungeheuren Auswirkung beschafft, weil eben damals zur Zeit des Baues der Semmeringbahn und früher und später ein großer Beschäftigungseffekt gegeben war, weil die Masse der Bauarbeiter einfache Hilfsarbeiter mit Krampen und Schaufeln waren. Es war der Kapitaleinsatz gering und der Beschäftigungseffekt ungeheuer groß. Heute ist es umgekehrt. In einer hochtechnisierten Spezialistenarbeit im Bau mit ganz kostspieligen Geräten ist es so, daß der Beschäftigungseffekt wesentlich geringer ist und die Kapitalnotwendigkeit wesentlich größer. Wenn man unsere Budgetsituation kennt, nicht nur im Bund, sondern auch in anderen Gebietskörperschaften, dann wissen wir unsere Möglichkeiten. Sie sind leider sehr gering. Bei diesen großen Budgetlücken kann die Baulücke sicher nicht ohne weiteres zumindest behoben werden. Alles in allem ist die Lage der Bauwirtschaft derzeit nichts anderes als ein Ausfluß einer wirtschaftlich verfahrenen Situation — Baulücke, Zahlungsbilanzdefizit, prozyklische Wirtschaftspolitik und, und, und. Eine Situation aus der nur eine Rückkehr zu den Grundsätzen einer geordneten sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung retten kann. Davon bin ich überzeugt. Nicht nur Belastungen, sondern auch sparen dort, wo es möglich ist, wird notwendig sein. Die Prinzipien des Raab-Kamitz-Kurses werden wieder mehr zum Tragen kommen müssen. Ein ausgezeichnete Ansatz, und damit schließe ich schon, wäre in dieser Richtung das Tausprogramm zur Sicherung der Arbeitsplätze, das man sich zu Herzen nehmen sollte und das sicher um vieles mehr wert ist, als die wegwerfende Bemerkung des Herrn Bundeskanzler, der gemeint hat, daß es nicht mehr wert ist, als das Papier auf dem es gedruckt wurde. Auch das ist ein Zeichen des Stils dieser Bundesregierung, den wir alle sehr bedauern. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Turek: „Dem Herrn Bundeskanzler ist ja was ins Hirn gestiegen.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Karrer das Wort.

Abg. Karrer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mich ursprünglich zum Punkt drei über die Verwendung von Landesförderungsmitteln in Mürzsteg gemeldet. Ich werde aber vielleicht doch auf meinen Vorredner zurückkommen müssen. Ich glaube, hier offen sagen zu müssen, der Kollege ist ein hervorragender Wirtschaftsmann. Darüber gibt es keinen Zweifel. Ich glaube aber, daß wir doch froh sein können, daß er nicht mehr zu entscheiden hat, als hier in der Steiermark, denn auf Bundesebene würden seine Gedanken meines Erachtens dort hingehen, wo sich die Geister der Wirtschaftspolitik zwischen ÖVP und SPÖ scheiden. Wir verfolgen auch auf Bundesebene eine Politik der Vollbeschäftigung. Ich will ihm nicht unterstellen, daß nicht auch er sich als Wirtschaftsvertreter damit beschäftigt. Wir verfolgen eine Politik und das Ziel ist doch erreicht worden, daß wir für alle Österreicher und vor allem für alle österreichischen Familien Wirtschaftspolitik betreiben. (Landesrat

Peltzmann: „Wie schaut es mit der Vollbeschäftigung in Kindberg aus?“) Herr Landesrat, darauf werde ich auch noch zu sprechen kommen.

Ich sage ganz offen, wir betreiben nicht nur eine Politik für die Arbeitnehmerseite allein, wir betreiben nicht nur eine Politik für die Landwirtschaft allein, aber in gar keinem Fall vielleicht in dem Sinn, wie Kollege Dorfer es meint, hauptsächlich eine Politik für die Unternehmerseite. Das wäre zu einseitig. (Abg. Dr. Dorfer: „Wer sagt denn das? Wo nehmen Sie den Unsinn her?“)

Meine Damen und Herren, daß die Wirtschaftspolitik richtig ist, das zeigen doch die letzten Ausgaben und die Übersicht über den Wirtschaftsablauf 1977, die den verschiedenen Prognosen doch nicht standhalten. Das ganze Wirtschaftsgeschehen ist in unserem Sinn für die österreichische Bevölkerung besser geworden.

Wenn Herr Kollege Schaller eingangs über die Raumordnungspolitik gesagt hat, daß sie arbeitsplatzsichernd sein muß, da stimme ich bei. Nun komme ich schon zu dem Punkt, zu dem ich mich gemeldet habe. Die Regierungsvorlage befaßt sich mit dem Problem des Förderungsbeitrages für die Pfeifenfabrik des Herrn Dr. Mohilla in Mürzsteg. Hier ist es notwendig, daß ich einiges sage, und zwar deshalb, weil gerade der Raum des oberen Mürztals in einem Ausmaß berücksichtigt werden muß und daß er innerhalb der Steiermark mit anderen Gebieten gleichzusetzen ist. Wir haben in diesem Tal im Laufe der Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre auf dem Arbeitsplatzsektor einen Notstand, nur wird er von seiten des Landes nicht anerkannt. Sonst wäre es nicht möglich, daß wir uns schon Jahrzehnte bemühen, Arbeitsplätze zu schaffen, damit die Abwanderung hintangestellt wird, damit das Pendlerproblem gelöst werden kann und daß letzten Endes das ganze Tal seine wirtschaftliche Berechtigung findet. Nun glaube ich, war der Beginn — das will ich nicht bestreiten — und das Bemühen um die Errichtung dieses Betriebes vielleicht doch zur damaligen Zeit berechtigt. Aber, daß dies so jämmerlich danebengegangen ist, darf ich meines Erachtens nach die zuständigen Herren in der Landesregierung davon nicht befreien.

Schauen Sie, wenn man nun den Akt oder die Vorlage durchsieht und wenn man sich mit der Gemeinde Mürzsteg, mit dem betroffenen Bürgermeister, mit den Leuten unterhält, dann bekommt man ein Bild von dieser Betriebsgründung, die, gelinde gesagt, nicht mehr oder nicht weniger zum Ausdruck bringen sollte, daß das Land Steiermark vor den vergangenen Landtagswahlen doch gezeigt hat, daß es auch in dieses Gebiet Arbeitsplätze bringt. Mit einem sehr großen Aufwand wurde der Betrieb seiner Bestimmung übergeben, aber letzten Endes zu arbeiten, so wie er in den Verhandlungen und in der Niederschrift verpflichtet gewesen wäre, ist dieser Betrieb leider Gottes nie gekommen. Das hat sich auch ausgewirkt. Wenn man verfolgt und die Volksmeinung befragt, dann waren eigentlich die betroffenen Leute schon im Zweifel, ob dies bei dem Aufwand gut funktionieren kann und es zeigt sich auch aus der Vorlage, daß über 2 Millionen Schilling nun auf dem Klageweg hereingebracht

werden müssen, die zum Teil ihrer Zweckwidmung nicht entsprechend verwendet worden sind.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist meines Erachtens doch ein sehr großer Mangel, denn man kann die betroffenen Referenten in der Landesregierung, die mit der Wirtschaftsförderung zu tun haben, hier nicht ganz freisprechen. Es ist nun so, daß momentan ein gewisser Stillstand eingetreten ist, aber nach meinen letzten Mitteilungen und nach meinen letzten Informationen dürfte in diesem Gebiet durch die Gemeinde Wien ein Projekt entstehen. Sie beabsichtigen dort, ein Pensionistenheim zu errichten, wenn, und das ist die große Frage, der Verkaufspreis oder der Spekulationspreis nicht zu groß ist und im erträglichen Rahmen bleibt.

Nun, Herr Landesrat Peltzmann, Sie haben gesagt: „Wie sieht das in Kindberg aus?“ Kindberg allein betrachtet, glaube ich, wäre zu simpel in der jetzigen Situation auf dem Stahlsektor. Mich freut es, daß der Bezirk Mürzzuschlag, als dessen Vertreter ich hier sprechen darf, zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr als 236 Männer und 218 Frauen als Arbeitslose aufzuzeigen hat und wenn man die Witterungsverhältnisse und das ganze, was heute schon über die Bauwirtschaft gesprochen worden ist, berücksichtigt, dann muß man sagen, daß in unserem Bezirk doch noch immer Vollbeschäftigung herrscht. Herr Landesrat, bei Beurteilung der Situation in Kindberg und über die Mürz-Mur-Furche, wenn Sie wollen, oder über die Stahlsituation in diesem Gebiet, dann muß man meines Erachtens auch eines berücksichtigen, daß wir ja nicht auf einer Insel der Seligen herumschwimmen können, sondern daß wir uns auch nach den Gegebenheiten, die in der Welt sind, richten müssen.

Schauen Sie, nur einige Zahlen: Die Weltstahlproduktion im Jahre 1974 war noch 708 Millionen Tonnen und 1977 nur mehr 673 Millionen Tonnen, also um 35 Millionen Tonnen weniger. Wenn Sie verfolgen, daß sich an dieser Produktion der westliche und östliche Anteil verschoben hat, dann gibt das einfach zu denken, denn im Jahre 1974 hat die westliche Welt noch einen Anteil an dieser Produktion von 65 Prozent und im Jahre 1977 nur mehr von 59 Prozent. Der Ostanteil, alles zusammen, wenn ich den kleinen Prozentsatz der übrigen weglassen, der freien Staaten noch, von 1974 mit 30 Prozent und 1977 bereits 34 Prozent. Wenn ich das nun auf Österreich projiziere, dann sagt das nichts anderes aus, als daß wir in Österreich 1974 noch 4,7 Millionen Tonnen Rohstahl erzeugt haben und 1977 nur mehr 4,1 Millionen Tonnen. Und das, meine Damen und Herren, zwingt eben verantwortliche Betriebsführungen, und das ist in der Verstaatlichten so gang und gäbe, zu Handlungen, zu Notwendigkeiten, zu Umstrukturierungen, zu längerfristigen Überlegungen, die sich auf den verschiedensten Gebieten bemerkbar machen, und so wird meines Erachtens auch unser Gebiet, der Betrieb Kindberg, neben einigen anderen, nicht verschont bleiben, weil wir einfach mit den derzeitigen Verhältnissen auf dem Ausrüstungssektor — das habe ich schon einmal hier gesagt — nicht weiterarbeiten können. Und hier glaube ich, meine Damen und Herren, sind wir auf dem richtigen Wege,

unterstützt und in Verbindung mit unserer Bundesregierung. Aber eines, meine Damen und Herren, würde mich schon interessieren, wir wissen, daß die Bundesregierung zur Verbesserung der Strukturen, zur Erhaltung der Arbeitsplätze in den nächsten fünf bis acht Jahren, wenn Sie wollen, eine riesige Summe zur Verfügung stellt, daß sie bemüht ist, durch längerfristige Programme in Österreich eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die sich meines Erachtens nach doch voll Stolz sehen lassen kann. Ob sie dem politischen Gegner paßt oder nicht, das spielt dabei meines Erachtens keine Rolle. Was wir aber nicht sehen können, und dabei geht es in diesem Zusammenhang bei diesem Tagesordnungspunkt, ob die Steirische Landesregierung oder überhaupt die Landesverwaltung in dieser Richtung längerfristige Konzepte vorlegen kann, oder ob sie uns sagen kann, in fünf, sechs oder sieben Jahren wird sich auf Grund unserer Initiativen solches ergeben, daß die Arbeitsplätze sicher sind. Nicht nur von dem bisher gebrachten, sondern ich meine, auch hier in unserem Lande fehlt ein Konzept, so wie es der Bund uns vorgezeigt hat. Und wenn hier der Kollege Dorfer und all jene, auch der Herr Landesrat, die in dieses Horn hineinblasen, mit-helfen, dann glaube ich, werden wir zu einem Ziel kommen. So, wie die Wirtschaftspolitik oder wie das Geschrei hier mit einem politischen Hintergedanken vor sich geht, glaube ich nicht. (Landesrat Peltzmann: „Aber mir fehlt der Glaube, was Du gesagt hast. Das glaubst Du selber nicht!“ — Beifall bei der SPO.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Es steht mir nicht an, Kritik zu üben an dem Redner, aber ich glaube, Sie teilen mit mir die Zweifel, ob es wirklich sinnvoll gewesen ist, die neun Punkte zu einem zusammenzuziehen. Aber wir gehen weiter, wenn man A gesagt hat, muß man B sagen. Ich nehme an, daß die folgenden Redner gewisse Konsequenzen ziehen aus dieser Konstellation, in der wir uns befinden.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich die Randbemerkung des Herrn Präsidenten richtig verstanden habe, dann bedeutet das, daß wir uns beim Reden kurz halten sollen. (Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: „Keine Beschränkung der Redezeit!“) Keine Beschränkung. Ich habe es aber, glaube ich, doch richtig verstanden.

Meine Damen und Herren, heute zum Tagesordnungspunkt eins wird auch neben verschiedenen Ausführungen, die schon meine Vorredner gebracht haben, im besonderen auf die wirtschaftliche Situation des Bezirkes Murau und der Murtalregion hingewiesen. Als für den Bezirk zuständiger Abgeordneter gestatten Sie mir, daß ich auch ganz kurz einige Bemerkungen dazu anbringe. Hervorgehoben durch die verkehrsmäßige Randlage ist der Bezirk Murau in den 50-iger Jahren und 60-iger Jahren in seiner wirtschaftlichen Entwicklung etwas hinten geblieben, beziehungsweise konnte mit der übrigen Steiermark nicht standhalten. Auf der einen Seite ist es die agrarische Struktur dieses Bezirkes, auf

der anderen Seite der Geburtenüberschuß von 12 Prozent und darüber hinaus das geringe Arbeitsplatzangebot des Bezirkes, daß dieser Bezirk zu den größten Abwanderungsbezirken überhaupt der Steiermark mit 14 Prozent zählt. Erst im Jahre 1968, als man von Strukturförderung in ganz Österreich überhaupt noch nicht gesprochen hat, und der damalige Landeshauptmann Krainer hat die Strukturförderung des Landes ins Leben gerufen, also zu einer Zeit, wo man in ganz Österreich darüber, das darf ich noch einmal betonen, überhaupt noch nicht geredet hat, ist auch eine neue Entwicklung in der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung im Bezirk Murau eingeleitet worden. Zur selben Zeit hat sich dann am Beginn der 70er Jahre ein sogenannter Raumordnungs- und Wirtschaftsförderungsverband des Bezirkes Murau gebildet. Dem gehören alle Gemeinden an, darüber hinaus die Kammern und verschiedenen Institutionen des Gesamtbezirkes. Auf Initiative dieses Verbandes ist gemeinsam mit der Steiermärkischen Landesregierung, Raum- und Regionalplanung, ein Entwicklungsprogramm für den Bezirk Murau ausgearbeitet worden. Das war der erste Entwurf. Dieser erste Entwurf ist dann den Gemeinden zur Stellungnahme zugesandt worden. Die Gemeinden haben noch einmal ihre Wünsche angebracht und diese sind in den zweiten Entwurf eingearbeitet worden, der im Jahr 1972/73 zum Abschluß kam. Dieser Entwurf liegt Ihnen heute in Form dieser Vorlage vor. Ich glaube sagen zu können, daß es sich bei diesem regionalen Entwicklungsprogramm um eines der ersten im Land Steiermark handelt. Ich halte es für sehr zweckmäßig, ganz kurz darauf hinzuweisen, welche Bedeutung dieser Entwurf, obwohl er noch nicht auf einer gesetzlichen Grundlage beruht, für unseren Bezirk gehabt hat.

Als erstes: Dieser Regionalplan, das darf ich grundsätzlich an die Spitze stellen, hat zwar keine gesetzliche Verpflichtung gehabt, aber die Gemeinden, die Bürgermeister und die Regionen haben sich im wesentlichen in den letzten fünf bis sechs Jahren an diesen Regionalplan in ihrer Entwicklung gehalten.

Ein zweites: Dieser Entwicklungsplan hatte den Vorteil, daß wir jederzeit den Betriebsansiedlungsfirmen, die für den Bezirk Murau Interesse zeigten, ein volles gesamtes Paket der wirtschaftlichen und der geographischen Gegebenheiten in Form dieses Entwicklungsplanes zur Verfügung stellen konnten.

Ein drittes: Dieser Entwurf hatte zur Folge, daß auch die örtliche Raumplanung heute bereits im Gesamtbezirk sehr weit fortgeschritten ist. Er ist für die Gemeinden und Planer ein sehr wesentliches Hilfsinstrument.

Ein viertes: Auf Grund dieses Regionalplanes und der Beschreibung der wirtschaftlichen Situation, aber vor allem auch der aufgezeigten optimistischen Möglichkeiten hat sich vor allem der Fremdenverkehr in den letzten Jahren sehr wesentlich belebt und wurden mit Hilfe der Landesregierung sehr maßgebliche Impulse, vor allem im Winterfremdenverkehr, gesetzt. Ich darf dazu nur ein paar Schwerpunkte aufzählen. Wir haben vor kurzem gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter die Kornockbahn — eine Sesselliftanlage auf der

Turracherhöhe — eröffnet. Vor ein oder zwei Jahren wurden die Kreischbergbahnen eröffnet. Auf der Frauenalpe wurde das Schischulheim eröffnet und eine Straße hinauf gebaut. Am Lachtal wurden eine Reihe von Impulsen gesetzt, ebenso im Grebenzengebiet.

Ich möchte gar nicht verschweigen, daß vor allem auch der Sportstättenbau ein sehr wesentlicher Teil dieser Fremdenverkehrsbelebung war. Zum Beispiel ein Hallenbad in Murau, die Sprungschanzen in Murau, die Langlaufloipen und vieles mehr. Es würde den Rahmen sprengen, wenn man im einzelnen darauf eingehen wollte.

Es hat sich aber bereits gezeigt, daß die Investitionen dieser letzten fünf Jahre sehr wesentlich zur Belebung des Fremdenverkehrs beigetragen haben und der Bezirk Murau ist in der Übernachtungszahl an die dritte Stelle aller Bezirke in der Steiermark aufgerückt. Darüberhinaus ist es heute bereits so, daß die Winternachtungen beinahe die Sommernachtungen übertreffen. Ich glaube, daß diese Vorgangsweise insofern sehr wichtig war, als wir im Sommerfremdenverkehr mit der ganzen Welt in Konkurrenz stehen und im Winterfremdenverkehr nur mit einem Teil Europas. Ich glaube daher, für alle Regionen der Steiermark kann ich das sagen, daß der Schwerpunkt beim Fremdenverkehrsausbau auf jene Regionen gelegt werden soll, die in der Lage sind, einen echten Winterfremdenverkehr anzubieten.

Daneben wurden von 1968 bis heute 15 neue Betriebe errichtet, zum Teil bestehende ausgebaut. Es wurden auch eine Reihe von Landesinstitutionen, wie der Ausbau des Landessonderkrankenhauses Stolzalpe, die Landesberufsschule, das Bundesrealgymnasium mit der fünfjährigen höheren Schule für wirtschaftliche Frauenberufe, das Schischulheim sozusagen von der öffentlichen Hand her gefördert.

Insgesamt wurden im Fremdenverkehr ungefähr 500 neue Arbeitsplätze geschaffen, im industriell wirtschaftlichen Bereich 1200 mit 15 neuen Betrieben und durch die öffentliche Hand direkt ungefähr 150 bis 200. Insgesamt wurden daher in den letzten Jahren, und zwar mit 90-prozentiger Hilfe des Landes, 1850 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Dieser Regionalplan, von dem letzten Endes die Wirkung und der Startschuß ausgegangen sind, und die Hilfe des Landes haben hier eine sehr große Leistung erbringen lassen. Tatsache ist, und wir haben heute aus den Ausführungen des Kollegen Schaller gehört, daß der Bezirk Murau noch lange nicht problemfrei dasteht. Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit haben wir heute vom Herrn Landesrat Peltzmann gehört — wenn ich nur die drei obersteirischen Bezirke Knittelfeld, Murau und Judenburg nehme —, stehen wir wieder an der Spitze. Knittelfeld hat im Jänner insgesamt 349 Arbeitslose, Judenburg 683 und der Bezirk Murau 965.

Darüber hinaus hat der Herr Abgeordnete Schaller aufgezeigt, daß in den nächsten zehn Jahren im Bezirk Murau noch mehr als 2000 neue Arbeitsplätze zu schaffen sind, daß jeder sechste Arbeitnehmer des Bezirkes zu jenen Pendlern zählt, die eine Woche lang weg sind. Das sind nur Einzel-

punkte, die ich herausgreife, wie schwierig die Situation ist. Es ist nachgewiesen, daß nach wie vor die Zahl der Abwanderer im Bezirk sehr groß ist, obwohl es gelungen ist, in den letzten Jahren Leistungen zu erbringen, die sich sehen lassen können. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, fühle ich mich verpflichtet, einige Forderungen in dieser Frage der Entwicklung unseres Bezirkes aufzustellen.

1. Nachdem sich schon der Entwurf des regionalen Entwicklungsprogrammes für Murau als positives Instrument erwiesen hat, möge so rasch als möglich der regionale Beirat für einen Regionalplan im Sinne des Raumordnungsgesetzes zusammentreten und einen neuen Regionalplan auf Basis des zweiten Entwurfes, wie er Ihnen vorliegt, erstellen.

2. Ein sehr wesentlicher Impuls ist von der Landesregierung ausgegangen und zählt in Österreich überhaupt zur ersten Maßnahme in dieser Richtung. Es wurde erreicht, daß die Länder Kärnten — mit seinem Nockgebiet — und Salzburg mit dem Lungau, die ebenfalls raumplanerische und Entwicklungsmaßnahmen setzen, gemeinsam in einer Zusammenschau die Planung auch dieses Dreiländereckes vornehmen. In Kürze soll die Vertragsunterfertigung erfolgen. Ich wäre der Meinung, daß man trachten sollte, daß das so rasch als möglich erfolgt.

3. Sehr wesentlich sind die Verkehrsverbindungen. In der Vorlage zum Tagesordnungspunkt eins wird auf die Tauernautobahn Bezug genommen. Was heute noch fehlt ist, daß die Zubringerstraßen zur Tauernautobahn im Bezirk Murau und im Lungau auf den neuesten Stand gebracht werden.

4. Der Bezirk Murau — wir haben es auch aus anderen Ausführungen gehört — zählt zu den entwicklungsbedürftigsten Bezirken. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, wenn auch der Bund einen Beitrag leisten würde, und zwar die Einbeziehung der Region Murau in das Sonderprogramm der ERP-Kredite. Wie ich überhaupt, meine Damen und Herren, die Beobachtung gemacht habe, daß wir uns im oberen Murtal vom Bund doch ein wenig stiefmütterlich behandelt fühlen.

Kollege Dorfer hat heute schon vom Zehn-Jahres-Investitionsprogramm gesprochen. Ich habe mir das angesehen. Es sind zwar Milliardenbeträge, aber der Bezirk Murau, beziehungsweise das obere Murtal, von Judenburg aufwärts, scheint überhaupt nicht auf. (Abg. Ing. Turek: „Weil es nur Schwarze gibt dort oben!“) Es wird so sein. Es ist nur ein Glück, daß wir nicht einen Lendenschurz tragen, dann wäre es sicher so, daß wir überhaupt vergessen würden.

Meine Damen und Herren, des weiteren muß ein Schwerpunkt auf weitere Betriebsansiedlungen gelegt werden.

Als sechstes und letztes, eine weitere konzentrierte Förderung des Fremdenverkehrs mit Schwerpunkt Winterfremdenverkehr. Hohes Haus, ich glaube, alle bisherigen Initiativen in dieser Richtung, zurückgehend auf die letzten zehn Jahre, lassen, wenn die Förderung und auch die Regionalplanung und alles was dazugehört, so weitergeführt wird wie bisher, doch den Schluß zu, daß es uns gelingt, die dort vorhandenen Probleme und noch auf uns zukommenden Probleme im oberen Murtal-

bereich zu lösen und zu meistern. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek, ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn ich hier die Präsenz im Hause ansehe, so verstehe ich, warum der Herr Präsident uns gemahnt hat, uns hier am Rednerpult kurz zu fassen, weil nämlich vornehmlich seine Fraktion schon recht deutliche Konditionsschwächen zeigt, (Abg. Nigl: „Mir scheint, Du kannst nicht zählen!“) von der Regierungsmannschaft gar nicht zu reden, wobei ich gleich betone, daß, wenn das das echte Bild der Stärkeverhältnisse in diesem Haus wäre, ich gar nicht unzufrieden wäre. (Abg. Lackner: „Es werden ja trotzdem nicht mehr bei Dir!“)

Meine Damen und Herren, einige Vorredner von mir haben sich bemüht gefühlt, Jubelreden auf die sozialistische Wirtschaftspolitik zu halten und darauf hinzuweisen, daß in dem Lande — und zum Teil sicher berechtigt, aber auf der anderen Seite natürlich wieder reichlich übertrieben — der Rückgang der allgemeinen weltwirtschaftlich bedingten Lage in Österreich uns nicht in diesem Maß getroffen hat. Allerdings mit einer Realität sind wir konfrontiert, das ist halt auch wieder der Erfolg, unter Führungszeichen, der sozialistischen Wirtschaftspolitik, daß wir steigende Arbeitslosenziffern haben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das wäre bald eine Freud'sche Fehlleistung geworden!“)

Wir werden im Jahre 1978, wenn wir Forschern glauben dürfen, 2,6 Prozent Arbeitslosenrate haben und daß das Bruttonationalprodukt nur 1,5 Prozent Steigung aufweisen wird. Bekanntlich sagen Wirtschaftsforscher, daß wir, wenn wir die Arbeitsplätze halten wollen, zumindest eine Steigerung des Bruttonationalproduktes von zwei bis drei Prozent haben müßten. Wir kommen also in eine sehr schwierige Situation. Auf der anderen Seite wird auch vorausgesagt, daß wir im Jahre 1978 einen Zuwachs an Arbeitskräften von etwa 38.000 haben werden, und zwar 20.000 rekrutierend aus den geburtenstarken Jahrgängen und 18.000 auf Grund der Abwanderung aus dem Bereich Land- und Forstwirtschaft und aus dem Bereich des Gewerbes. Leicht aufgefangen werden wird dieses steigende Arbeitskräfteangebot durch den Abbau der Ausländerkontingente um etwa 20.000 pro Jahr. Bekanntlich wurde vor kurzem bekanntgegeben, daß beabsichtigt ist, jährlich etwa 15 Prozent an Ausländerbeschäftigung zu reduzieren. Die Gründe sind hier schon dargelegt worden und liegen sicher darin, daß die Bauwirtschaft mit argen Auftragsschwierigkeiten zu kämpfen hat und auf der anderen Seite wieder, besonders hier bei uns in der Steiermark, ausgeprägte Strukturschwächen auf dem Gebiet der Metall- und Eisenindustrie bestehen. Die weitere Entwicklung ist nicht absehbar und wir hoffen, was uns Zukunftsforscher oder Wirtschaftsforscher voraussagen, daß uns das nicht echt mit dieser vollen Härte treffen wird.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß die Sozialistische Bundesregierung sicher, und das ge-

stehe ich ihr zu, bemüht ist, hier die Arbeitsplätze zu erhalten, beziehungsweise bemüht ist, weitere Arbeitsplätze neu zu schaffen, aber ich glaube doch, daß hier nicht nur taugliche Mittel angewendet werden, sondern daß eine Reihe untauglicher Maßnahmen gesetzt werden, die leider Gottes, wie ich befürchte, dazu führen werden, daß das Ziel der Vollbeschäftigung in weiterer Folge nicht gehalten werden wird können. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es nicht allein möglich ist, durch künstliche Maßnahmen, durch dirigistische Maßnahmen von seiten des Staates diese Arbeitsplätze zu halten, sondern daß es auch notwendig ist, daß wir uns genau an das erinnern, was in den vergangenen Jahren so sträflich vernachlässigt wurde, nämlich, daß wir die Ertrags- und Wettbewerbskraft unserer Wirtschaft steigern müssen und daß wir uns vor Augen führen müssen, daß die Wirtschaft wir alle sind — wie hier in einem Zwischenruf schon richtigerweise heute einmal gesagt wurde — und daß es hier keine arbeiterfreundliche oder arbeitnehmerfreundliche Politik geben kann, daß es hier nicht nur eine bauernfreundliche oder landwirtschaftsfreundliche Politik geben kann, sondern daß es sehr wohl, und das möchte ich hier betonen, selbstverständlich auch eine unternehmerfreundliche Politik geben kann. Wenn das in Abrede gestellt wird, so glaube ich, daß das diese schon bekannten Klassenkampfthemen sind, die sicher nicht zum Erfolg und zur Bewältigung der Probleme, die auf uns zukommen, beitragen können. Wir glauben, daß Großprojekte nicht allein der Ausdruck einer fortschrittlichen Industriepolitik sein können, sondern daß es auch notwendig ist — und das fehlt uns und fehlte uns bei den Aussagen der Regierungsklausur des Monats Jänner, — den Klein- und Mittelbetrieben die entsprechenden Investitionsimpulse zu geben und hier wurde von seiten der Bundesregierung nichts getan und wurden auch keine Aussagen in diese Richtung getätigt, wenn ich mich noch einmal auf die Regierungsklausur des Monats Jänner beziehe. Es ist einfach notwendig, daß ein entsprechend ertragsfreundliches Wirtschaftsklima geschaffen wird und daß die Unternehmerschaft auch wieder den Mut faßt, Investitionen zu tätigen, denn Hand in Hand mit dem Mut zu investieren wird sicher auch die Notwendigkeit gehen, Arbeitsplätze neu zu schaffen beziehungsweise Arbeitnehmer einzustellen.

Es wurde hier schon gesagt, daß natürlich in einer Zeit, wie wir sie heute haben, von der öffentlichen Hand der Wirtschaft entsprechende Impulse gegeben werden müssen. Auf Bundesebene wissen wir, daß in den vergangenen Jahren jene Impulse, die notwendig waren, gefehlt haben, beziehungsweise daß in Zeiten der Hochkonjunktur leider nicht jene Reserven angelegt wurden, um sie jetzt in einer Phase wirtschaftlicher Rezession erfolgreich einsetzen zu können und der Wirtschaft zu helfen, hier durchzustarten.

Das betrifft allerdings nicht nur den Bund, meine Damen und Herren — ich habe das auch schon in einem Zwischenruf gesagt —, das betrifft auch die Budgetpolitik des Landes Steiermark. Ich habe mir die Ziffern der Rechnungsabschlüsse der vergan-

genen Jahre herausgeschrieben und angeschaut und konnte feststellen, daß genau das Land Steiermark auch dieselbe und wie sich heute herausstellt nicht recht glückliche Budgetpolitik betrieben hat, wie es der Bund in den vergangenen Jahren getan hat. So konnten wir genau zu Zeiten der Hochkonjunktur feststellen, daß wir zum Beispiel im Jahre 1972 im außerordentlichen Haushalt 700 Millionen Schilling investiert haben, weil im außerordentlichen Haushalt werden ja überwiegend diese Investitionen getätigt. Im Jahre 1973 haben wir 1,3 Milliarden Schilling im außerordentlichen Haushalt ausgegeben. Genau in der Phase der höchsten Konjunktur haben wir noch diese Hochkonjunktur auch vom Landeshaushalt her angeheizt und haben in dieser Zeit sämtliche Reserven, die auch das Land Steiermark und der Landessäckel hatte, aufgebraucht. Im Jahre 1974 haben wir mit einer Milliarde budgetiert, im Jahre 1975 900 Millionen, im Jahre 1976 850 Millionen Schilling und bereits im Jahre 1977 haben wir wohl mit 1,4 Milliarden Schilling budgetiert, aber wir werden höchstens, ich kenne die endgültigen Ziffern nicht, 500 Millionen an Investitionen vorgenommen haben.

Hier haben wir im Jahr 1977 bereits begonnen, ausschließlich durch Darlehen diese Investitionen zu tätigen. Es wurden zur Zeit der Hochkonjunktur unnötigerweise die Reserven des Landes aufgebraucht und noch ein sehr wesentlicher Beitrag zur Anheizung dieser Konjunktur geleistet. Jetzt im Jahr 1978 — wir können uns noch alle erinnern, weil die Zeit noch nicht so fern ist, wie wir den Landeshaushalt verabschiedet haben — müssen wir Glück haben, daß wir 500 Millionen Schilling für Investitionen zuwege bringen. Wir haben bekanntlich mit 1,8 Milliarden Schilling budgetiert, aber wir werden diese Ziffer bei weitem nicht erreichen. Auch der Herr Landesfinanzreferent hat freimütig erklärt, daß maximal 500 Millionen Schilling aufzubringen sein werden.

Also das Land Steiermark hat hier die Politik des Bundes recht kräftig mitgemacht und mitvollzogen. Jetzt, wo wir auch im Land Steiermark diese Mittel brauchen würden, um durchstarten zu können, ist nichts vorhanden. Herr Landesrat Peltzmann hat vor kurzem erklärt — er ist ja auch nicht da (Landesrat Peltzmann: „Ich bin schon da!“), Entschuldigung, bitte — (Landesrat Peltzmann: „Ihr könnt keine neue Regierung bilden!“) selbstverständlich müßten wir jetzt Hochbauprojekte vorziehen, müßten Krankenhäuser bauen, selbstverständlich und ich bekenne mich dazu, nur haben wir kein Geld. Die Kasse ist leer. Wir müßten 500 Millionen Schilling aufnehmen in Form einer Auslandsanleihe, aber der böse Finanzminister muß erst zustimmen. Zwischen den Zeilen war zu lesen, daß, wenn das nicht gelingt, selbstverständlich der sozialistische Finanzminister schuld ist. Wenn wir uns hier den schwarzen Peter gegenseitig zuspielen, werden wir die Probleme sicher nicht lösen. Feststeht, obwohl wir den Landesvoranschlägen der vergangenen Jahre zugestimmt haben, daß die Budgetpolitik des Landes, die die Mehrheit uns hier aufzwingt, falsch war. Es ist völlig falsch und unnötig, wenn sich heute ÖVP und SPÖ gegenseitig den schwarzen

Peter in die Tasche zu stecken versuchen. (Abg. Hammerl: „Das sagst Du auch erst nachher; seinerzeit hast Du dem Budget zugestimmt!“) Die Mehrheit bestimmt das Budget. Sie wissen ganz genau, wir haben einmal in den vergangenen Jahren einem Budget nicht zugestimmt. Ich gebe es offen zu, wir haben es uns dann abgewöhnt, weil das eine Folge von Maßnahmen nach sich gezogen hat, wo wir es uns in Zukunft überlegt haben. Das gebe ich offen zu. Die Mehrheit bestimmt das nun einmal. (Abg. Fuchs: „Wenn ich so starke Prinzipien wie Du hätte, dann ließe ich mich nicht beeinflussen!“) Die Situation ist prekär. Ich glaube, daß wir nur im Zusammenwirken aller politischen Kräfte, auch aller Berufsgruppen in der Lage sein können, die künftigen Aufgaben, die uns ins Haus stehen, zu bewältigen.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Tagesordnungspunkt neun befaßt sich mit der Vorlage 441/1 und es liegt eine Beilage mit dem Titel „Pendelwanderung in der Steiermark“ vor. Diese Studie gibt uns eine sehr fundamentale Grundlage, wie wir vor allem die Pendlerprobleme in der Steiermark lösen könnten. Ich möchte betonen, daß bei dieser fundamentalen Studie selbstverständlich auch die wirtschaftspolitische Großwetterlage eine sehr große Rolle spielt.

Wir alle wissen, daß die Förderung in der Wirtschaft letztlich eigentlich nur Stütze und Entscheidungshilfe ist. Wenn wir beispielhaft gegenüberstellen, gleich wie bei einem Organismus, ist es eigentlich zuwenig, wenn der Kreislauf aus dem Gleichgewicht kommt, nur Infusionen zu geben, sondern es müssen auch tödliche Blutungen abgestellt werden. Ich frage daher, ob wir diese Pendlerprobleme wirklich lösen können, wenn wir diese Symptome nicht chronologisch auf allen Ebenen betrachten. In einer Vorlage ist zu lesen, daß das Landesarbeitsamt trotz Anstrengung mit der Wirtschaft es nicht zustande gebracht hat, diesen Betrieb wieder auf die Beine zu bringen, weil die Investitionsfreudigkeit der Wirtschaft nicht vorhanden ist. Herr Kollege Turek hat das bereits unterstrichen. Ich möchte daher betonen, alle Konzepte müssen eine fundamentale Grundlage im Bereich der Wirtschaftspolitik haben. Wir in der Steiermark haben uns auch in der Vergangenheit bemüht, unsere wirtschaftspolitischen Maßnahmen darauf abzustimmen. Wir müssen aber auch selbstverständlich zur Kenntnis nehmen, daß mit der Spezialisierung auf allen Gebieten in der Wirtschaft, in der Landwirtschaft eine Trennung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz stattfindet. Daß sieben Prozent der steirischen Beschäftigten wöchentlich eine Verbindung zwischen Arbeitsplatz und dem Wohnort herstellen können, trägt zum Teil, weil wir aus den peripheren agrarisch strukturierten Gebieten wissen, daß bis zu einem Sechstel der Beschäftigten als Wochenpendler tätig sind. Wenn wir es von seiten der Landwirtschaft betrachten, ist es fast ein Viertel

der Nebenerwerbsbauern, die einen Arbeitsplatz als Wochenpendler haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor kurzem war in Stubenberg von der Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaft ein Symposium, wo verantwortliche Ärztevertreter betont haben, daß die Nebenerwerbslandwirtschaft für die Wochenpendler für die Zukunft eine Notlösung sein wird. Gerade die Bäuerin ist in ernster gesundheitlicher Gefahr. Zugleich hat der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes Benya vor allem bei Veranstaltungen, wo es um die Nebenerwerbslandwirtschaft gegangen ist, betont, daß er die Belastungen dieser Nebenerwerbslandwirte versteht und respektiert und daß er alles unternehmen wird, auch hier Abhilfe zu schaffen. Das sind Worte, die ausgesprochen sind. Wenn wir weiter die Taten in dieser Richtung unter die Lupe nehmen, müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, daß sie in eine andere Richtung marschieren. Vor kurzem hat zu mir ein Baufacharbeiter gesagt, daß er persönlich die Auffassung hat, daß dem Herrn Minister Weissenberg bei seinem Fernsehinterview eine Verwechslung unterlaufen ist. Er hat wahrscheinlich einen Wochenpendler mit einem Wochenendurlauber verwechselt, weil sonst könnte er nicht so unbekümmert einfach die Empfehlung hinausgeben, freigestellte Bauarbeiter in der Steiermark und in Kärnten sollen ihren Arbeitsplatz nach Wien verlegen. Das ist eine eigenartige Art des Föderalismus. (Landesrat Peltzmann: „Der neue Typ eines Bauarbeiters!“) Die Pendler zahlen zusätzlich zur Benzinststeuer, weil sie auf dem Weg zum Arbeitsplatz ein Kraftfahrzeug verwenden — diese Mittel werden zusätzlich beim U-Bahnbau verwendet. Darauf die solide Empfehlung eines sozialistischen Ministers, zusätzlich auch noch das Los eines Wochenpedlers auf sich zu nehmen. Ich habe ein sehr ungutes Gefühl, meine Damen und Herren, wenn das die Lösung eigentlich sein sollte. Am Rand, weil ich gerade in einer sehr kritischen Phase in der Richtung stehe, auch noch eine Begleitscheinung. Momentan wird im Nationalrat eine Vorlage der ÖVP über eine Anhebung des Richtsatzes von 44.000 Schilling auf 92.000 Schilling behandelt und von den Sozialisten abgelehnt. Im Ausschuß ist bereits die Entscheidung gefallen. Wir alle wissen, daß im Agrarjournal von sozialistischer Seite dieses Problem als abgetan betrachtet wird. Tatsache ist aber auch, daß trotz positiver Einstellung im Wort eigentlich in der Tat diese Regelung nach wie vor in der Luft hängt und polemische Artikel in der Arbeiterzeitung, z. B. der Abgeordnete Pansy erklärt, daß ja eigentlich keine Besorgnis dahingehend notwendig sei und er schreibt: „Schon jetzt sind die Nebenerwerbsbauern hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung besser gestellt als andere Arbeitnehmer.“ Bei der Erfüllung der demagogischen Forderung wäre jedoch der Gleichheitsgrundsatz in keiner Weise mehr gewährleistet, sagte Pansy, der darauf hinwies, daß die SPÖ durchgesetzt hat, daß es überhaupt keinen Einheitswert als Geringfügigkeitsgrenze gibt, wenn die Frau oder die Kinder den Hof bewirtschaften. Ich möchte wirklich wissen, ob das stimmt. Das sind Behauptungen, die in den Raum gestellt werden, die aber wirklich

die echte Sympathie jener Berufsgruppe zu Tage bringt.

Wir stellen uns konkret vor, daß wir die Probleme des Pendlertums in der Steiermark und auch gesamt-österreichisch nur lösen, wenn wir Betriebsgründungen in Problemgebieten fördern, wenn wir nicht Transportkostensteuern, sondern Transportkostenunterstützungen für jene Regionen erhalten, wenn wir weiterhin vor allem den Ausbau des Nahverkehrs forcieren, wenn wir im Finanzausgleich eine Berücksichtigung finden für jene Problemgebiete. Ich möchte aber auch als weitere Maßnahme betonen, daß wir die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft im weitesten Ausmaß dadurch erhalten müssen, daß wir beim Anbau von Spezialkulturen eine neue Chance für Arbeitsplatzbeschaffung sehen und zusätzlich die außenhandelspolitischen Maßnahmen in Betracht ziehen müssen. Menschen, die pendeln, sind eigentlich Typen, die Risikofreude haben, die aber auch eine gewisse Mobilität besitzen. Ich möchte daher bitten, daß wir diese starken Bindungen zu den überschaubaren Gemeinschaften in den ländlichen Gebieten dahingehend unterstützen, daß wir die Wirtschaftsförderung in unserem Lande weiterhin forcieren, daß wir aber auch in Zukunft alles unternehmen, daß wir die Bremsklötze der Wirtschaft, die das vom Bund her verhindern, auf weite Sicht gesehen, lockern können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Preamsberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Preamsberger: Werter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn gerade vorher der Herr Kollege Pörtl darauf hingewiesen hat, daß natürlich mit der Beschäftigung das Problem der Pendler und der Lehrlingsfragen zusammenhängt, dann darf ich vielleicht doch in Erinnerung rufen, daß es in der Wirtschaft immer Pendler geben wird, denn wir erleben in verschiedenen reichen Industrieländern, daß es dort gerade auf dem Gebiet der Pendler viel weitere Strecken zurückgelegt werden täglich und natürlich wird es immer wieder Gebiete geben, bei denen die Arbeitnehmer darauf angewiesen sind, in anderen Wirtschaftsballungsräumen ihre Arbeit zu suchen. Wir dürfen nicht übersehen, daß es unmöglich ist, daß wir in allen Bereichen unseres Landes, in allen Regionen, in allen Gebieten, in der Lage sind, schnellstens neue Betriebe zu gründen. Mit Recht haben Sie ja auch darauf hingewiesen, daß die Infrastruktur eine ganz entscheidende Frage ist und daß der Ausbau der Infrastruktur in verschiedenen Teilen unseres Landes nachhinkt und damit ist schon gegeben, daß wir Betriebe, Neugründungen von Betrieben nicht hinbekommen. Wir brauchen also eine Übergangszeit, um diese Probleme, die dort auftauchen, zu meistern. Daher werden diese Pendlerschwierigkeiten — die sind natürlich nicht zu unterschätzen — weiter bestehen bleiben und ich begrüße, daß man Schwerpunkte in der Frage der Förderungen setzt. Hier wurde genannt, daß es nicht ganz richtig sei, daß 2,5 Milliarden Schilling ganz gezielt Aichfeld-Murboden zur Verfügung gestellt wurden und damit zum Teil aber auch gewisse

andere Regionen unseres Landes nicht zu diesen Mitteln kommen konnten, die sie sich wünschen. Ich halte es für richtig, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß gezielte Maßnahmen vom Bund und Land die Probleme leichter lösen, als die sogenannte Gießkannentaktik, die meistens auf weite Sicht zu keinen positiven Ergebnissen führt.

Wenn man über die Beschäftigung spricht, hat der Herr Ing. Fuchs mit Recht einmal bei einer Diskussion darauf hingewiesen, daß die preiswerte Energieversorgung eine ganz entscheidende Frage sei, damit die Wirtschaft auch im Export und im Ausland konkurrenzfähig sei. Nun stehe ich auf dem Standpunkt, weil ich in der Wirtschaft fast täglich damit konfrontiert bin, daß man die Wirtschaftsfragen grundsätzlich aus der täglichen politischen Auseinandersetzung herausziehen müßte. Es muß hier in den Fragen der Wirtschaft gemeinsam versucht werden, die richtigen Lösungen zu finden, ansonsten hat die Bevölkerung von Diskussionen und großartigen Reden nichts.

Ich darf in Erinnerung rufen, wenn Sie heute die Bundespolitik kritisieren, daß wir auch 1978 eine weit höhere Beschäftigungszahl wie je zuvor haben. Das beruhigt uns nicht, denn wir wissen, daß wir im Jahr 1978 in verschiedenen Sparten unserer Wirtschaft — mit Recht wurde schon darauf hingewiesen —, gerade auf dem Metallsektor und der Stahl- und Blecherzeugung und in der Verarbeitung, große Sorgen haben. Nur, wenn man der Meinung ist, daß die Förderungen der Bundesregierung daneben liegen und nicht eine echte positive Auswirkung haben, dann muß ich doch ein paar Dinge aus der Praxis aufzeigen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Förderung und man darf dabei nicht übersehen — das übersieht man leicht in der Öffentlichkeit —, daß die gezielten Förderungen des Bundes, gerade auf dem Gebiet des Ausbaues der Papierindustrie, also auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Laugenwiederverwertung, auch in unserem Bezirk Graz und Umgebung, vielen Betrieben die Arbeit überhaupt gesichert haben. Denn der Ausbau in Gratkorn trägt entscheidend für die Beschäftigung unserer Betriebe bei. Dabei darf man nicht übersehen, daß die Vorfinanzierung in gewissen ausländischen Bereichen von Industrieanlagen ebenfalls erst die Voraussetzung ist, daß gewisse Betriebe überhaupt noch ihre Arbeitsplätze sichern können. Ich darf Ihnen hier nur die großen Industrieanlagen am Suezkanal als Beispiel bringen. Ägypten wäre überhaupt niemals in der Lage gewesen zu finanzieren und sie wären zurückgestellt worden. Der österreichische Staat hat wohlüberlegt die Vorfinanzierung mit den Deutschen übernommen und damit für gewisse Großbetriebe überhaupt 1978, im Frühjahr dieses Jahres, die Arbeitsplätze gesichert. Wenn immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Gewerbebetriebe gerade entscheidend in der Arbeitsplatzsicherung beigetragen haben, bestreite ich das nicht. Ich sage ja, das stimmt. Aber Sie dürfen dabei nicht übersehen, daß auch zum Großteil die Industriebetriebe, die nur beim Export und nur durch den Export die Arbeitsplätze sichern können, viele Aufträge weitergeben. Sie müssen das an das Gewerbe weitergeben, weil wir ansonsten gar nicht in der Lage sind, bei diesem Preisverfall

und bei diesen Auseinandersetzungen am Weltmarkt, Aufträge nach Österreich hereinzubringen. Und damit beschäftigen wir indirekt auch das Gewerbe. Und das wird meistens verschwiegen. Und wenn man dann bei den Diskussionen mit Recht oft hört, in einer Zeit der Krise sei es wünschenswert, daß man mehr österreichfreundlich denkt. Hier gibt es nämlich ja Beispiele, wenn wir doch mit Recht unsere Landwirtschaft stützen, daß es für uns unverständlich ist, daß die Großimporteure besonders Propaganda betreiben beim Verkauf von Milchprodukten und Käsesorten. Hier müßte auch ein bißchen größere Österreichfreundlichkeit sein. Aber hier darf man auch nicht übersehen, daß auch dieser Appell in Richtung des Management der Wirtschaft und auch der Politiker geht — die sollen das auch zur Kenntnis nehmen —, daß bei der Vergabe von Preisen, wenn man schon vom Ausland Richtpreise bei Angeboten von den ausländischen Firmen als Unterlagen verwertet, man nicht übersehen darf, daß trotz eines billigeren Angebotes einer ausländischen Firma die österreichische Firma noch immer zu berücksichtigen ist, weil ja die österreichische Firma der Gemeinde, dem Land und dem Bund die Steuer entrichtet und die Arbeitnehmer auch. Die gehen uns doch verloren, wenn wir Aufträge, die mit Steuermitteln gefördert werden, ins Ausland vergeben. Nur rein aus kaufmännischem Denken und hier glaube ich, wäre es notwendig, daß wir auch in der EWG — weil immer so schön die internationale Verbundenheit an den Tag gelegt wird — auch dort trachtet man und achtet man darauf, der eigenen Industrie oder wenigstens gewissen Sparten einen gewissen Schutz angedeihen zu lassen.

Wir müssen leider feststellen, daß in der Weltwirtschaft keine Aufwärtsbewegung vorhanden ist und unsere Strukturschwächen sind bekannt und wenn wir hier glauben, daß wir mit Landes- und Bundesförderungen dauernd die weltweiten Probleme in der Wirtschaft lösen können, sind wir auch auf einem Irrweg. Denn der Dollarverfall, der jetzt einen Tiefstand erreicht hat, muß uns doch ernstlich zu denken geben. Diesen Preisverfall, der uns am Weltmarkt trifft, werden wir schwerlich aufholen können. Und dann wurde mit Recht darauf hingewiesen, die Transportwege müßten ausgebaut werden, der Nahverkehr, und all das kostet natürlich alles Geld und man könnte es sich sehr einfach machen, wenn ich heute hier sage, na, da tragen Sie ja seitens der OVP auch eine Portion Schuld daran, denn das kommt ja nicht von heute, sondern das ist ja seit Jahrzehnten eine Frage gewesen, die gelöst werden hätte müssen. Nun aber werden wir das nicht von heute auf morgen lösen können und das wirkt sich auf unsere Wirtschaft aus. Und gerade — wie der Kollege Turek hier gesprochen hat — dann wäre es mir sehr sympathisch, wenn es unseren Dr. Götz, der ja in seinen Kraftausdrücken nicht sehr zimperlich ist und sich hier ja auf einem Weg befindet, der zu Protesten, zu Protesten Anlaß gegeben (Landesrat Peltzmann: „Majestätsschützer!“) hätte und eines sage ich Ihnen, Herr Landesrat Peltzmann, ich würde mich hier als Abgeordneter hüten, Ihnen gegenüber solche Äußerungen zu machen. Sie sind hier ein Regierungsmitglied, wel-

cher Farbe Sie auch immer angehören; den gleichen Respekt hat ein Bürgermeister, der noch vom Bund abhängig ist, mehr abhängig wie ein Bundeskanzler Kreisky, sich zu überlegen, bei diesen Äußerungen (Abg. Dr. Dorfer: „Majestätsbeleidigung!“ — Abg. Ing. Turek: „Denkmalschändung!“) welcher Bundeskanzler, welcher Farbe er auch immer sei, hat man zu überlegen in seinen Kraftausdrücken, welche man in dieser Richtung gebraucht. (Abg. Ing. Turek: „Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür!“) Das möchte ich Ihnen schon sagen. (Beifall bei der SPÖ.) Und ich sage das hier mit voller Absicht, denn wenn es Götz gelingen würde, gerade im Gebiet Graz und Umgebung — und gerade Graz — die Abwanderungerscheinungen unserer Industrie und Wirtschaft zu bremsen, wäre das sehr begrüßenswert. Denn die Glasfabrik (Abg. Ing. Turek: „Weißt Du, wem die Glasfabrik gehört?“) gehört der CA und diese Glasfabrik ist nicht negativ im Budget und sie ist gewinnbringend. Nur das Argument der Transportkosten und damit die Verlagerung gibt uns doch ernstlich zu denken und bereitet uns Sorgen, denn es müßten die meisten Betriebe aus Graz und Umgebung in andere Gebiete abwandern, wo es eben weniger Kosten auf dem Gebiet des Transportes gibt. (Landesrat Peltzmann: „Das ist ja auch ein halbverstaatlichter Betrieb!“) Die CA ist unter Ihrer Kontrolle, unter der OVP-Kontrolle, und lösen Sie dort mit dem Bürgermeister Götz die Probleme (Landesrat Peltzmann: „Da lacht ja sogar die Arbeiterzeitung!“) und wenn wir in der Wirtschaft mit Recht die wissenschaftlichen Erkenntnisse und den technischen Fortschritt ausnützen, das heißt, auf unseren Produktionszweigen eine Rationalisierung und eine Vollautomatisierung zum Teil eintritt, so müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß wir wohl dann mit dem Preisverfall einigermaßen Schritt halten können am Weltmarkt, aber es gibt weniger Arbeitsplätze. Und nun muß man sich ja wirklich die Frage stellen; wenn auch — und da darf ich Ihnen jetzt auch etwas sagen, Herr Kollege Turek — Ihr Herr Gemeinderat Spielberger kritisierte das Schulungsprogramm in der österreichischen Industrie und vertrat dort die Meinung, das sei ein Geld, das man sich ersparen könnte. Wenn also keine Arbeit, dann sollte man zu Kündigungen schreiten und er übersieht, daß damit ja auch seine eigenen Wähler indirekt getroffen werden, denn würden wir nicht den Versuch unternehmen, mit enormen Mitteln Schulungsprogramme durchzuführen, um die Lücken in dem Auftragsstand zu überbrücken und damit aber in der Obersteiermark Auswirkungen in den Gemeinden, die äußerst negativ wären, auf Handel und Gewerbe zu vermeiden (Abg. Ing. Stoisser: „Wer bezahlt diese Mittel?“) und wir hoffen und wir sind Optimisten, daß es uns gelingen wird, wieder Anschluß zu finden. Wir sind auch überzeugt, daß sich die demokratischen westlichen Länder auf Dauer eine Wirtschaftskrise in dieser Größenordnung nicht leisten können.

Und hier sind wir gleich bei der sogenannten Jugendarbeitslosigkeit. Wenn hier vielleicht die Frage der Lehrlingsplätze in die Richtung ausschlägt, daß man damit andeuten will, daß eine Jugendarbeitslosigkeit bei uns besteht, dann vernein ich das. In den OECD-Ländern stimmt es, daß 7 Millio-

nen junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos sind, das ist alarmierend. Und die Radikalisierung haben wir in verschiedenen Bereichen dieser westlichen Länder bereits erlebt. Ich sage, Gott sei Dank ist es uns bis heute gelungen, in Österreich die Jugendarbeitslosigkeit zu meistern. Wir haben wohl in gewissen Bereichen der Mädchen — (Landesrat Peltzmann: „Aber nicht die Regierung!“) Aber nicht alles nur das Land und nicht alles Sie allein, Herr Landesrat Peltzmann, daß muß ich Ihnen auch sagen (Landesrat Peltzmann: „Die Unternehmungen! Sie unterstellen ja alles!“) — hier wäre es wünschenswert, was ich Ihnen schon gesagt habe, daß gemeinsam versucht wird, diese Probleme zu meistern. Und wenn man heute immer wieder hört, „die Förderung der Regierung des Landes“, frage ich Sie, wir haben eine freie Wirtschaft. Und hier muß man doch auch an die Wirtschaft appellieren, mehr Investitionsfreudigkeit, mehr Risikofreudigkeit. (Abg. Ing. Turek: „Wenn Sie kein Geld haben!“ — Beifall bei der SPO.) Dann werden wir — (Unverständliche Zwischenrufe.) moment, ja — (Landesrat Peltzmann: „Aber nicht bei dieser Regierung!“) Was heißt „aber nicht bei dieser Regierung“? Sie von der Wirtschaft sind im Interesse der gesamtösterreichischen Bevölkerung verpflichtet, auch Ihr Risiko beizutragen und zu investieren. (Beifall bei der SPO. — Landesrat Peltzmann: „Ich danke für die Stichwörter!“ — Abg. Wimmeler: „Der Finanzminister läßt ja keinen Spielraum!“) Ich sage Ihnen eines, Herr Landesrat, ich bin glücklich, daß es heute in der Steiermark 35.000 Lehrlinge gibt. Ich bin auch glücklich, daß es in diesem Land mehr — (Landesrat Peltzmann: „37.000!“) — oder 37.000; Sie sind ja dafür der zuständige Mann, ich bin ja nur Betriebsratsobmann — das ist ja ein kleines Licht — und Abgeordneter. (Landesrat Peltzmann: „Wie er tiefstapelt!“)

Nun muß ich Ihnen eines sagen. Ich weiß, daß es 1978 mehr Angebote an freien Lehrstellen gibt als noch Lehrlinge vorhanden sind und es ist bedauerlich, daß es natürlich Wunschberufe gibt, wo sich immer mehr in diese Richtung von der Jugend bewegen und gewisse Sparten werden einfach vernachlässigt und da sind ja auch zum Teil die Arbeitgeber nicht ganz unschuldig. Denn es gibt ja doch auch Lehrverhältnisse, wo man immer wieder kritisiert und zum Teil auch mit Recht — zum Teil wird auch ein bißchen übertrieben, bestreite ich nicht —, daß Lehrlinge zum Teil als billige Arbeitskräfte verwendet werden und es gibt auch Betriebe, die sehr viel investieren und es ist auch eine Kostenfrage, Lehrlinge auszubilden. Ich darf Ihnen hier vielleicht doch auch noch eines in Erinnerung rufen, und zwar daß der Fremdenverkehrsbereich als Berufssparte nicht sehr beliebt ist. (Abg. Ing. Turek: „Die Gewerkschaft hat ja keine Freude damit. Die Gewerkschaft müßte da was tun; die wollen ja nicht! Du weißt selber, daß das in der Gewerkschaft umstritten ist!“) Hier müßte man dafür sorgen, daß die Arbeitszeit genauestens eingehalten wird, wenn es auch manchmal schwer ist in der Praxis, und nicht nur Schlagworte gebrauchen, dann würden sich bestimmt mehrere junge Menschen dafür interessieren.

Ich möchte Ihnen abschließend noch folgendes sagen. (Beifall des Abg. Ing. Turek.) Kollege Turek,

Sie haben es einmal in diesem Haus — damit haben Sie mich überrascht — soweit gebracht, daß Sie damals beweisen wollten, daß wir Sozialisten von den Indianern abstammen und ich muß Ihnen (Abg. Ing. Turek: „Von den Inkas!“) ehrlich sagen, heute haben Sie hier eine Äußerung gemacht, daß nicht alles schwarz zu malen sei — ich muß sagen schwarzblau zu malen —, denn Sie sind ja hier sehr gestützt seitens der ÖVP und tun sich ein bißchen leichter als wir Sozialisten. Trotzdem bin ich ein Optimist und ich hoffe, daß die wirtschaftliche Entwicklung 1978 besser sein wird, als es Wissenschaftler und Fachleute vorausgesagt haben, im Interesse unserer Bevölkerung. (Abg. Dr. Dorfer: „Ich wünsche es mir auch!“ — Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Kollmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf mich zu Punkt sechs der heutigen Tagesordnung zu Wort melden. Es geht in diesem Punkt um die von ÖVP-Mandataren bereits mehrmals angeregte Einbeziehung der Lehrlinge in die Begünstigung der Schülerfreifahrt. Wie dem Haus bekannt ist, sind bereits seit 1971 seitens der ÖVP-Abgeordneten Anträge gestellt worden, es ist auch im Rahmen der Budgetdebatte des Jahres 1974 ein einstimmiger Landtagsbeschluß herbeigeführt worden und zuletzt mußte ich am 20. Jänner 1976, also vor mehr als zwei Jahren, von diesem Platz aus feststellen, daß dieses Thema der Einbeziehung der Lehrlinge in die Schülerfreifahrt eine bereits sehr lange Vorgeschichte hat, ohne daß seitens der Bundesregierung und in diesem Fall des Herrn Finanzministers auch nur wenigstens teilweise Entgegenkommen oder Eingehen auf unsere Vorschläge zu bemerken gewesen wäre. Wie also bereits hier einmal ausgeführt, stehen die ÖVP-Abgeordneten dieses Hauses auf dem Standpunkt, daß es durchaus möglich sein müßte, allen in Berufsausbildung stehenden Jugendlichen die manchmal beachtlichen Fahrtkosten vom Heimatort zur Ausbildungsstelle aus den Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds zu ersetzen.

Die Steiermärkische Landesregierung hat bereits auf den 1971 von den Abgeordneten Ritzinger und Genossen eingebrachten Antrag hin bei der Bundesregierung eine Vorstellung unternommen und dieser Vorschlag des Landtages bzw. der Abgeordneten wurde wenige Wochen in wirklich dankenswerter Weise vom Bundesministerium für Unterricht befürwortet. Dem Herrn Finanzminister blieb es kurze Zeit darauf vorbehalten, diesen Vorschlag abzuwürgen beziehungsweise durch unsachliche Argumente diesem Vorschlag nicht zum Durchbruch zu verhelfen.

Die antragstellenden ÖVP-Abgeordneten hoffen nunmehr, daß sich der Herr Finanzminister bei unserem dritten Anlauf in dieser Frage nicht mehr der seinerzeitigen Argumente bedienen wird und wir hoffen, daß der Finanzminister einsieht, daß man nicht den Lehrlingen jene Begünstigungen vorenthalten kann, die beispielsweise den Schülern berufs-

bildender Schulen seit Jahren zu Recht gewährt werden. Ich möchte nicht nochmals in die Argumentenkiste des Finanzministers greifen, aber ich muß hier doch eindeutig feststellen, ein Lehrling ist, wie schon der Paragraph eins des Berufsausbildungsgesetzes lautet, kein Dienstnehmer, sondern ein in Ausbildung begriffener Jugendlicher und ein Lehrling ist daher kein Arbeiter oder Angestellter, sondern er ist einem Schüler gleichzusetzen. Diese Gleichstellung mit Schülern wurde offenbar auch von einigen Arbeitsämtern in der Steiermark erkannt und so gewähren beispielsweise die Arbeitsämter Weiz und Feldbach jenen Lehrlingen Zuschüsse, deren Lehrplatz weiter als zehn Kilometer vom Wohnort entfernt ist. Das ist sicherlich eine sehr, sehr dankenswerte Einsicht dieser Amtsleiter der Arbeitsämter. Diese Einsicht ändert jedoch nichts an der gesamtösterreichischen Problematik der nicht gewährten Lehrlingsfreifahrt für alle Lehrlinge.

Meine verehrten Damen und Herren, es handelt sich nicht um einen Zufall, daß gerade von der Steiermark aus seit Jahren dieser Wunsch laut wird. Denn die steirische Wirtschaft, jene Wirtschaft, die bekanntlicherweise schon aus ihrer geographischen Randlage heraus und aus anderen strukturbedingten Gründen viele Schwierigkeiten zu überwinden hat, ist bekanntlich in allen Fragen der Lehrlingsausbildung, sowohl was die schulische Ausbildung betrifft, als auch was die Meisterlehre betrifft, Österreich-Spitze. Wie anders wäre es möglich, daß die Steiermark mit 34.547 Lehrlingen zum Stichtag 1. Jänner 1978 in Österreich führt und daß heuer sogar um vier Prozent mehr Jugendliche in der Steiermark auf ihren Beruf vorbereitet werden als im Vorjahr. Diese imposante Zahl, die natürlich sowohl der bildungswilligen Jugend als auch den Eltern unseres Landes, wie auch den vielen Lehrherren in der Steiermark das beste Zeugnis ausstellt, konnte sicherlich nur dadurch zustande kommen, daß eben sehr viele Lehrlinge, man spricht von etwa 15 Prozent — es dürfen vielleicht schon mehr sein —, die Bereitschaft zeigen, täglich teils weite Fahrten vom Wohnort zum Lehrplatz in Kauf zu nehmen.

Weil immer wieder von der Chancengleichheit in der Berufsausbildung gesprochen wird und diese Chancengleichheit gefordert wird, muß hier wohl festgestellt werden. Warum soll ein junger Mensch, der zwar in einem kleinen Ort oder etwas abgelegenen wohnt, aber eine besondere Neigung zu einem bestimmten Beruf oder eine bestimmte Eignung zu einem Beruf spürt, nicht diesen Beruf erlernen können? Es gibt eben nicht in jeder Gemeinde und nicht in jeder Ortschaft beispielsweise einen Optikermeister oder einen Juwelier oder eine Buchdruckerei. Warum soll also jener Lehrling, der durch die tägliche Fahrt zum Lehrplatz über manchmal viele Kilometer, — ich kenne Lehrlinge, die 60, 70, 80 Kilometer täglich zum Lehrplatz zurücklegen —, gegenüber anderen in Berufsausbildung befindlichen Jugendlichen benachteiligt werden. Es wäre also zu hoffen und wir sind zuversichtlich, daß das neuerliche Schreiben der Landesregierung, unterzeichnet vom Herrn Landeshauptmann, den Herrn Finanzminister etwas weich machen wird. Es wäre zu hoffen, daß sich der Herr Finanzminister dieser Argumente besinnt und sich die Bundesregierung

nun endlich mit unserem seit 1971 immer wieder geäußerten Wunsch nach einer Einbeziehung der Lehrlinge in die Begünstigungen der Schülerfreifahrt befaßt. Danke. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn ich zum Punkt eins der heutigen Tagesordnung einige Äußerungen mache, so deshalb, um festzustellen, daß die Vorlage sehr umfangreich und sehr im Detail ausgearbeitet ist, daß wir aber laut Bericht und auch laut Debattenbeitrag eigentlich nur auf einer Sparte etwas Positives entnehmen konnten, nämlich eine positive Entwicklung in wirtschaftlicher Hinsicht. Und diese eine Sparte ist der Fremdenverkehr; das ist also unumstritten und wer den Bezirk Murau kennt, kann sich davon überzeugen. Ich darf aber weiters anführen und das wurde leider nicht gesagt, vielleicht bewußt vergessen, daß auch der Bund das Seine beigetragen hat, in diesem Bezirk entsprechend zu helfen und eine entsprechende Ausstattung zu machen. Ich darf nur auf das Musischpädagogische Gymnasium in Murau verweisen. Ich darf erinnern und auf die fünfjährige Höhere Frauenfachschule in Murau, aber auch auf das Schischulheim auf der Frauenalpe verweisen. (Abg. Ritzinger: „Du warst ja dagegen!“)

Meine Damen und Herren, was also ein echter Mangel in diesem Gebiet auch am heutigen Tage noch ist, das ist in erster Linie die Versorgung auf dem Wohnbausektor. Dazu darf ich sagen und feststellen, obwohl von Bundesebene, von Bundesseite für den Wohnbau auch in der Steiermark von Jahr zu Jahr mehr Mittel freigegeben und in dieses Land herein transferiert wurden, ist eigentlich vor allen Dingen jetzt wieder, was den Bezirk Murau betrifft, gerade auf diesem Sektor hier eine sehr, sehr große Lücke festzustellen. Und jeder, der sich die Mühe nimmt und mit den Bürgermeistern in diesem Bezirk spricht, wird übereinstimmend die Antwort erhalten, daß jeder Bürgermeister Sorgen auf dem Gebiet des Wohnbausektors hat. Das ist natürlich auch ein Grund, daß sehr viele und vor allen Dingen junge Menschen und junge Familien aus diesem Gebiet abwandern.

Ein weiteres Problem, das diesen Bezirk sehr stark betrifft, ist das Problem des Mülls. Es gibt hier auch noch nicht allzulange — muß ich also sagen — Studien, es gibt Verhandlungen, aber bis heute wurde noch kein brauchbarer Weg gefunden, um dem Problem beizukommen.

Ein echter Notstand, eine echte Unterversorgung ist auf dem Gebiet der Kindergärten festzustellen. Und es gibt leider im Bezirk Murau nur wenige Gemeinden, die Kindergärten unterhalten. Ich darf also auch sagen, daß gerade im letzten Jahr erfreulicherweise einige Kindergärten dazugekommen sind. Aber ich darf ebenso bitter betonen und feststellen, daß hier jahrzehntlang überhaupt nichts auf diesem Gebiet getan wurde.

Ein Problem, das sicherlich nicht neu ist, das in diesem Haus vor allen Dingen in der jüngsten Vergangenheit schon des öfteren angesprochen wurde,

das ist das Problem auch der ärztlichen Versorgung in diesem Gebiet.

Meine Damen und Herren! Wenn ich also nur Wohnbau, Müllfrage, Kindergärten, ärztliche Versorgung um nur einige Dinge aus dieser Vorlage herausnehme, aufzeige, so muß ich also sagen, daß das hier überwiegend Probleme sind, die sowohl im Lande zu lösen wären und auch im Lande zu lösen sind. Und wenn heute von dieser Stelle aus — ich möchte fast sagen, um jetzt niemanden zu verärgern — vielleicht mißlich festgestellt wird, diese und jene Versäumnisse der Bundesregierung fehlen also auch in diesem Bezirk, nämlich im Bezirk Murau, dann muß ich sagen, meine Damen und Herren, was haben die verantwortlichen und zuständigen Herren der Landesregierung in den letzten 33 Jahren gemacht, (Abg. Ritzinger: „Sehr viel! Sehr viel!“) wenn ich nur diese vier Punkte nenne, daß diese Mißstände heute noch vorhanden sind.

Es wurde also auch in dem Punkt eins übergeleitet vom Kollegen Ritzinger auf die Region Aichfeld-Murboden, aber nicht nur er, sondern auch der Kollege Dorfer hat dieses Thema angeschnitten und als erster Redner der Kollege Schaller. Eines ist erfreulich, wenn ich beim Kollegen Schaller beginnen kann, daß er auch als erster Redner erkannt hat, wie wichtig und wie notwendig die Schaffung dieses Modellfalles Aichfeld-Murboden war. Nicht ganz verständlich ist es mir, wenn es innerhalb der Kollegen in der Österreichischen Volkspartei so widersprüchliche Auffassungen gibt, denn die Ausführungen des Kollegen Dorfer sind sicherlich nicht ins Einvernehmen mit den Ausführungen des Kollegen Schaller zu bringen. (Abg. Dr. Schilcher: „Das ist Ihr Problem!“). Und, meine Damen und Herren, ich möchte auch wiederholen, ich tu das sehr gerne und ich bin froh, es tun zu können. Der Kollege Schaller hat hier eine Zahl genannt. Er hat gesagt, zweieinhalb Milliarden Schilling wurden vom Land und vom Bund in die Region Aichfeld-Murboden investiert beziehungsweise hineingepumpt. Ich darf dazu noch sagen, daß es zirka zwei Milliarden Schilling sind, die also der Bund dafür geleistet hat, daß es zirka eine halbe Milliarde Schilling ist, die also das Land in diese Region gebracht hat. Nur in einem kann ich mich nicht befreunden und kann dem Kollegen Schaller auch nicht recht geben, wenn er gemeint hat, die Bewährung ist dann das, oder dieser Modellfall muß sich erst bewähren, wenn also der warme Regen — sprich „Gabe von Geld“ — ausfällt. Ich möchte es umgekehrt sagen, meine Damen und Herren! Ich möchte sagen, hätte es diesen warmen Regen nicht gegeben, (Landesrat Peltzmann: „Bei der Schneelage?“) so wäre sicherlich diese Region heute eine Industriestepppe, weil eben das Wasser gefehlt hätte.

Aber einige Dinge, die also der Kollege Dorfer angezeigt hat, glaube ich, kann man nicht unwidersprochen lassen. Und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil man, ich weiß nicht, bewußt oder unbewußt, hier Dinge behauptet und Dinge feststellt, die jeder Grundlage entbehren. Sollte es aber trotzdem zutreffen, daß das eine oder andere stimmt, dann gibt es genau solche Möglichkeiten, Dinge, die hier im Lande passieren, ebenfalls aufzuzeigen, die aber noch viel krasser sind. Ich möchte also nur

den Satz zitieren, in dem der Kollege Dorfer gesagt hat, lapidare Sätze und überholte Vorlagen bekommen wir ins Haus.

Meine Damen und Herren! Der zweite Tagesordnungspunkt auf der heutigen Tagesordnung ist ja ein Beispiel von überholten Vorlagen, aber hier ist nicht der Bund schuld, sondern hier, meine Damen und Herren, ist eben entweder das zuständige Regierungsmitglied oder der Verantwortliche schuld, daß eine Vorlage, wo vor drei Jahren in diesem Hause, ein Antrag eingebracht wurde, heute im Hohen Haus aufgelegt wird. Und ich habe auch bei der Ausschusssitzung dazu meine Meinung geäußert und gesagt, daß es in Zukunft sicherlich nicht angehen wird können, daß sich die Abgeordneten dieses Hauses eine solche Vorgangsweise bieten lassen werden können.

Meine Damen und Herren! Es wurde heute schon sehr viel über Wirtschaft gesprochen. Es wurde auch versucht, immer wieder einen Schwarzen Peter zu finden und vor allen Dingen haben die Kollegen der ÖVP-Fraktion versucht, den Schwarzen Peter immer bei der Bundesregierung zu finden. (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist nicht möglich, nur der Rote ist dort zu finden!“)

Meine Damen und Herren! Wir haben in unserem Lande Steiermark auch einen oder wenn Sie wollen, mehrere Schwarze Peter — das hat aber jetzt mit der Parteifarbe nichts zu tun — sehr wohl sitzen und ich darf Sie nur an eine Vorlage erinnern, die wir ebenfalls kürzlich in diesem Haus gehabt haben, wo es darum ging, wo also Abgeordnete dieses Hauses Anträge gestellt haben, zum Beispiel was also sehr wohl die Wirtschaft und die Industrie betroffen hat, nämlich Problem Arbeitsplatzsicherung zum Beispiel im VEW-Werk in Judenburg.

Meine Damen und Herren! Sie können sich noch an die Aussage der Vorlage erinnern, die wir präsentiert bekommen haben. Sie können sich erinnern, was die Landesregierung imstande war, in dieser Richtung zu leisten, nämlich soviel wie nichts. Und wenn ich sage, soviel wie nichts, so begründe ich das damit und ich wiederhole das, was ich das letzte Mal gesagt habe außer drei Punkten. Der erste Punkt war der, daß also die Landesregierung festgestellt hat, VEW Judenburg sei das schwächste Glied in der Kette.

Die zweite Feststellung war die, daß die Landesregierung sich geäußert hat, sie werde sehr wachsam die Situation in diesem Werk überprüfen und die dritte Feststellung ging ungefähr in die gleiche Richtung. Ich sage noch einmal meine Damen und Herren, es ist verfehlt, wenn einige Herren glauben, von dieser Stelle aus immer wieder Versäumnisse, Mißstände und andere Dinge, die gegen die Bundesregierung gerichtet sind, aufzuzeigen. Ich möchte als Steirer und als Abgeordneter des Bezirkes Oberes Murtal sagen, daß doch die Landesregierung auch endlich einmal daran gehen soll und sich Ihre Worte, meine Herren, die Sie hier immer wieder zum Ausdruck bringen, doch endlich einmal zu Herzen nehmen soll und die Dinge, die Sie vom Bund fordern, doch endlich einmal versuchen, im Lande umzusetzen. Damit wäre uns sicher geholfen. Noch dazu, meine Damen und Herren der ÖVP, bin ich der

Meinung und ich glaube, daß Sie doch dazu sicherlich in Ihrem Klub die Möglichkeit hätten.

Zum Abschluß noch eine Feststellung: Uns allen — hier glaube ich kann ich sagen, egal wo jemand steht und egal wo jemand sitzt (Abg. Nigl: „Das ist nicht egal! Denn in der Conrad-von-Hötzendorfstraße zu sitzen im Landesgericht, ist nicht angenehm!“) — liegt die Vollbeschäftigung, die Arbeitsplatzsicherung am Herzen. Meine Damen und Herren, zu diesem Erkenntnis sind wir nicht erst heute gekommen, sondern das war eigentlich immer eine Forderung und eine Feststellung und ein Anspruch von uns. Wenn ich nur an die Sätze vorher anknüpfen darf, muß ich leider dazu sagen, daß diese Erkenntnisse, diese Wünsche, diese Forderungen von uns eben leider nicht immer in die Tat umgesetzt wurden. Aber, meine Damen und Herren, in anderen österreichischen Bundesländern wird uns vorpraktiziert, wie man solchen Dingen entgegentritt, wie man Voraussetzungen schafft, um die Vollbeschäftigung, die Arbeitsplatzsicherung zu erhalten, in dem nämlich Bundesländer bereit sind, entsprechend zu investieren, entsprechend Gelder freizustellen. Ich möchte hier nur ein Beispiel nennen, ich könnte mehrere nennen: Im Bundesland Wien (Abg. Nigl: „Wir lassen sofort eine Brücke einstürzen, damit Sie investieren können!“) ist es möglich — ich nenne das Beispiel deshalb, weil das Bundesland Wien heute bereits hier zitiert wurde und es geheißen hat, es wird nun versucht, vor allen Dingen Bauarbeiter nach Wien zu bekommen, dort hat man nämlich ein Loch und im übrigen Österreich werden ohnehin genug frei. Daß in Wien auf diesem Sektor — es gibt auch noch andere Sektoren — der Bauwirtschaft ein Loch vorhanden ist, ist wohl auch der Umstand, daß eben das Land Wien bereit ist und frühzeitig bereit war, entsprechend zu investieren, entsprechend Vorhaben zu realisieren, wie zum Beispiel Bau des Allgemeinen Krankenhauses oder Bau der U-Bahn. Da wurden hier rechtzeitig Vorkehrungen geschaffen. Ich könnte mir vorstellen, wenn wir zum Beispiel mit dem Bau des Landeskrankenhauses Bruck beginnen hätten können, wäre das sicherlich auch in unserem Lande passiert.

Ich möchte daher abschließend nicht nur ersuchen, sondern auch von dieser Stelle aus fordern, daß in der nächsten Zukunft nach Möglichkeit ähnliche Schritte in der Steiermark beschritten werden, nämlich daß investiert wird, daß Gelder freigegeben werden wie in anderen Bundesländern, damit auch das Land Steiermark seinen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung, zur Vollbeschäftigung beiträgt. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile es ihm. (Abg. Nigl: „Bau dem Sponer eine Reichsbrücke!“)

Abg. Marczik: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Einleitend kollegialerweise ein paar sehr solide Bemerkungen zu dem Redner, der zuletzt hier gestanden ist. (Abg. Ritzinger: „Kennst Du ihn nicht?“ — Abg. Brandl: „Das ist kein Namenloser!“) Ich werde mich bemühen, das, was der Kollege

Sponer bezüglich der Nichtleistungen des Landes gesagt hat, weil es nicht nur übertrieben, sondern an den Haaren herbeigezogen ist, zu widerlegen. Zum anderen möchte ich dem Kollegen doch in aller Freundschaft empfehlen, sich einmal über die Kompetenzen zu informieren. Es ist einfach für einen Abgeordneten nicht möglich, sich da herzustellen — möglich ist natürlich alles — und zu sagen, es möge die Steiermark in Zukunft so quasi die VEW sanieren. Ja bitte schön, die Eigentumsrechte der verstaatlichten Industrie müßten sich doch in alle Richtungen herumgesprochen haben. Da kann man doch nicht so argumentieren. Zum dritten und letzten, das ist eine politische Frage! Ich möchte nur drei Dinge herausgreifen und zur politischen Frage möchte ich sagen: Da gebe ich ihm recht, dem Kollegen Sponer. Es ist schon so, daß da und dort in Wien mehr gemacht wird, aber ich finde eben, als Bundesländervertreter, das ist ungerecht, daß sie alles nach Wien stecken! (Beifall bei der ÖVP.) Das ist das, was diese sozialistische Bundesregierung macht und wo ich mich wundere, daß ein steirischer Abgeordneter sagen kann, das ist großartig! Da kann ich mich aber wirklich nur wundern. Aber, meine Damen und Herren, zurück zur eigentlichen Thematik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz allem wurde heute von verschiedenen Rednern hier bereits sehr viel über die Leistungen des Landes und auch der verschiedenen Landesstellen gesagt, die letzten Endes dazu beigetragen haben und — Frau Kollegin Bischof und Preamberger — laufend dazu beitragen, daß wir die Struktur in unserem Lande nicht nur verbessern können, sondern damit kombiniert auch die Arbeitsplätze erhalten und festigen können. Es ist für mich und für uns alle, gleichgültig — wie Du gesagt hast — wo wir sitzen, sicherlich eine erfreuliche Feststellung, wenn wir heute sagen können: Insgesamt wurden immerhin 17.000 Arbeitsplätze teils neu geschaffen und teils gesichert, und zwar durch die Initiativen der Steiermark, meine sehr Verehrten. Das ist ganz großartig und ich möchte daher zu dem so negativen Bericht das doch wirklich einmal herausstellen. Daß es gerade die Arbeitnehmer aus berufsexistenziellen Gründen besonders interessiert und daß es für sie von erstrangiger Bedeutung ist, welche Maßnahmen hier seitens des Landes und natürlich auch in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden getroffen werden, das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist völlig klar. Ich möchte nur eines sagen: Bundesmittel, soweit es Pflichtaufgaben betraf, hauptsächlich aber, nachdem hier großartige Zahlen genannt wurden, ERP-Mittel plus Landesmittel, und zwar aus unserem Landesbudget. Die zusammen, meine sehr Verehrten, waren jedenfalls und sind die Grundlage für die Regionalmaßnahmen; so sehe ich das.

Gerade wir aus der Region Aichfeld-Murboden konnten diese Probleme und die Sorgen aller, besonders auch der Arbeitnehmer, sowie die Sicherung der Arbeitsplätze aus unmittelbarer Nähe verfolgen und ich möchte hier sehr gerne auch an Freunde meiner eigenen Fraktion sagen: Ich liebe es nicht sonderlich, — es ist sicher nicht böse gemeint —, wenn hier so Ausdrücke gebraucht werden, wie „die unterent-

wickelte Region Aichfeld-Murboden“ oder aber, wenn hier da und dort gesagt wird oder der Anschein erweckt wird, es sei dorthin zu viel geflossen. Das möchte ich nicht sagen, denn wer die Strukturen bei uns kennt, der muß wissen, daß die Dinge so einfach von der Ferne aus nicht zu beurteilen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon in den sechziger Jahren, als von den tiefgreifenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen weltweit — und ich möchte auch sagen dank einer vernünftigen Wirtschaftspolitik im eigenen Lande — aber darauf werde ich heute noch zu sprechen kommen — noch keine Rede war, sich gewisse Schwierigkeiten aber bereits hinsichtlich etwa des Kohlenbergbaues Fohnsdorf abzuzeichnen begannen, war es unser unvergeßlicher Landeshauptmann Josef Krainer, der damals mit seinen Mitarbeitern und in der Folge natürlich mit der gesamten Steiermärkischen Landesregierung die Notwendigkeit einer Regionalplanung zur Sicherung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, spezifisch aber von Ersatzarbeitsplätzen, betont hat und somit den Grundstein für das Regionalprojekt Aichfeld-Murboden gelegt hat. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, erfolgte nach jahrelangen Vorarbeiten konkret im Jahre 1967 und diese Maßnahmen wurden und werden bis in die Gegenwart, nunmehr koordiniert mit jenen des Bundes und der Gemeinden, fortgesetzt.

Dieses Beispiel zeigt aber auch, daß es mit vereinten Kräften sehr wohl möglich ist, viele positive Akzente zu setzen, wie etwa die Forcierung des Straßenbaues und die damit verbundene Verbesserung beziehungsweise die Schaffung der notwendigen Verkehrsverbindungen, also eines den modernen wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechenden Verkehrsnetzes. Ebenso, meine Damen und Herren, wurden und werden bereits von Seiten des Landes — und das möchte ich jetzt auch als Antwort auf das sagen, was Kollege Sponer gemeint hat — gerade auf dem Sektor des Wohnbaues unzählige Initiativen gesetzt und dies sowohl im Eigenheimbau als auch im sozialen Wohnbau, wodurch nicht nur in der seit einigen Jahren ohnehin mit erheblichen Schwierigkeiten kämpfenden Baubranche und im Baunebengewerbe zahlreiche Arbeitsplätze gesichert wurden, sondern, meine Damen und Herren, es wirkten sich diese Maßnahmen darüberhinaus auch sehr positiv für die Sicherung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den diversen Gewerbe- und Industriesparten, vor allem aber bei der Gründung neuer Betriebe und bei der Erweiterung der bestehenden Betriebe aus. Tausende Arbeitnehmer haben mit ihren Familien durch diese Initiativen und Maßnahmen des Landes Steiermark, meine Damen und Herren, besonders in den industriellen Zonen schöne moderne, familiengerechte Wohnungen bezogen und sie können sich diese — das muß ich auch dazu bemerken — vor allem auf Grund der richtungsweisenden, sozial gerechten, steirischen Wohnbauförderung, die bereits zahlreichen anderen Körperschaften und Bundesländern als Vorbild diente, auch leisten! Für diese vorbildliche Arbeit gilt, allen voran, unserem Landeshauptmann Doktor Friedrich Niederl als verantwortlichen Wohnbaureferenten des Landes unser besonderer und uneingeschränkter Dank! (Beifall bei der ÖVP.)

Nimmt man nur die steirischen Industriezonen, meine Damen und Herren, etwa die Mur- und Mürzfurche, die heute so oft zitiert wurde, so wurden allein dort in der Zeit von dem Beginn der Förderung bis 1977 über 33.000 Wohneinheiten nur im Geschoßbau — da sind die Häuslbauer bitteschön gar nicht berücksichtigt — mit Direktarlehen von 3,9 Milliarden Schilling und Zinsen- und Annuitätzuschüssen von 1,9 Milliarden Schilling gefördert. Im Bezirk Liezen etwa, auch im industriell betonten Teil, wurden im selben Zeitraum 6900 Wohneinheiten und in der weststeirischen Industriezone Voitsberg 4200 Wohneinheiten zu den selben günstigen Bedingungen gefördert. Außerdem, meine Damen und Herren, wurden mit Hilfe einer besonderen Landesförderung und in Zusammenarbeit mit den Unternehmungen gerade in diesen Industrieregionen moderne Ledigenheime und Lehrlingsheime geschaffen, welche zu sehr günstigen Konditionen, ich konnte und kann mich jederzeit davon überzeugen, den Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt werden. Ebenfalls ein bemerkenswerter Beitrag zur Sicherung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Daß dies, meine Damen und Herren, sowohl für die in der Industrie Beschäftigten als auch für die Arbeitnehmer im Handel und im Gewerbe, im Verkehr, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Verwaltung und auch auf dem Bildungssektor ebenso seine Gültigkeit hat, darf ich der Vollständigkeit halber erwähnen.

Die sich auf alle Bereiche unserer steirischen Wirtschaft somit erstreckenden wirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen, durchgeführt unter der zielstrebigen Leitung des Wirtschaftsreferates unter unserem Landesrat Anton Peltzmann an der Spitze, einschließlich der 1973 ins Leben gerufenen Jungunternehmerförderung, das heißt also, Kleingewerbeförderung, Mittelstandsförderung und nun auch geteilt Industrieförderung, betragen zusammen allein in den vorwiegend industriellen Zonen des Mur- und Mürztals und im Bezirk Liezen den beachtlichen Förderungsbeitrag — und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem Dezennium, nämlich von 1967 bis 1977 — von nahezu 587 Millionen Schilling. Es konnten in diesen Regionen somit in 1653 Fällen gezielt und wirkungsvoll Leistungsanreize geboten und echte Förderungsmaßnahmen gesetzt werden, wobei sich gerade in den wirtschaftlichen Mittelstrukturen, wie wir wissen, eine beachtliche Arbeitsplatzstabilität auch in den Krisenzeiten zeigte. Aus eigener Anschauung, meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherung beziehungsweise auf die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und zusätzlichen Arbeitsplätzen muß aber auch die Feststellung gemacht werden und das möchte ich hier der Ordnung halber doch tun, daß Arbeitsplatz nicht gleich Arbeitsplatz ist. Dies sowohl im Hinblick auf die an bestimmte Tätigkeiten gewohnten Arbeitnehmer, wobei auch die Umschulungsmaßnahmen, meine Damen und Herren, keineswegs alle Erfordernisse zu decken vermögen. Ich meine hier konkret die zur Hebung der Mobilität zweifellos sehr zu begrüßenden echten Umschulungsmaßnahmen auf andere Berufssparten hin orientiert. Vor allem aber, meine Damen und Herren, haben alle diese — und das möchte ich jetzt

sehr konkret sagen — an sich, sehr positiven Maßnahmen und Aktivitäten a la long nur dann einen Sinn, wenn echte Sicherung der Arbeitsplätze wirklich erfolgt und jene für die starken Geburtenjahrgänge erforderlichen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Daß hier neben den Investitionen in die Arbeitsplätze selbst vor allem Investitionen in die Produkte und in den Markt erforderlich sind, das weiß heute jeder, der sich mit diesen Problemen befaßt. Dies wiederum ist aber nur möglich — und jetzt komme ich auch auf das, was heute hier mehrfach gesagt wurde — wenn Wirtschaft- und Steuerpolitik jenes investitionsfreundliche Klima schaffen, meine Damen und Herren, welches diese Maßnahmen überhaupt erst ermöglichen. Das muß man doch konkreterweise sagen, nicht wahr? Leider ist dies — und das möchte ich jetzt sehr deutlich sagen — bei der derzeitigen sozialistischen Bundesregierung, meine Damen und Herren, nicht der Fall. Ja im Gegenteil, die Steuer- und Belastungswelle — (Landesrat Gruber: „Das glauben wir aber nicht!“) Herr Landesrat, ich weiß, daß Sie sehr ungläubig sind, ich hoffe nur, daß Sie eines Tages aus dieser Ungläubigkeit zur Gläubigkeit bekehrt werden und erwachen.

Ich möchte also sagen, im Gegenteil, die Steuer- und Belastungspolitik, meine Damen und Herren, dieser Bundesregierung hat Formen angenommen, die jedwede Investitionsneigung dieser Art schon im Keime ersticken. Daher ergeben sich, gepaart mit einem ständig zunehmenden Kostendruck und einer — das muß ich auch sagen — sehr unflexiblen Währungspolitik, bitte schön, auch ständig größere Schwierigkeiten auf dem Exportsektor, was sich auf unsere — wie Sie wissen — sehr stark exportorientierte Industrie — und hier haben alle Kollegen von der Industrie ja davon gesprochen — äußerst nachteilig auswirkt und natürlich, bitte sehr, auch die Absatzchancen am Inlandmarkt selbst sehr stark reduziert. Warum, meine Damen und Herren? Na, weil halt das Angebot der Konkurrenz mit preisgünstigeren Auslandsprodukten ständig zunimmt und das sollten wir nicht übersehen. Die bisherigen Versuche der verstaatlichten Industrie, etwa diesen Umständen aus eigener Kraft zu begegnen und die Arbeitsplätze zu sichern, haben ja, meine Damen und Herren, letztlich dazu geführt, daß deren Rücklagen und Reserven zumindest im VEW-Bereich weitgehendst, nämlich nach mehrmaliger Inanspruchnahme aufgezehrt wurden und daher nun die bekannten drastischen Maßnahmen ergriffen werden müssen. Diese, gepaart mit den sogenannten Programm- und Standortbereinigungen, führen zum Teil zu äußerst schwierigen Situationen, wie zum Beispiel bei uns im VEW-Werk Judenburg, wo das Stahlwerk geschlossen werden soll, ohne, meine Damen und Herren, daß zuvor ein quantitativer Ausgleich — ich betone ausdrücklich ein quantitativer Ausgleich — an Arbeitsplätzen geschaffen wurde. Auch das möchte ich sagen. Wenn die angekündigten Investitionen realisiert werden sollen, werden diese primär Rationalisierungsmaßnahmen dienen und die bisherigen Arbeitsplätze nur zum Teil durch Verlagerung in die anderen Teilbetriebe ersetzen.

Meine Damen und Herren, es ist daher völlig klar, daß wir Judenburger — ich schließe da gar nieman-

den aus, Stadt, Bezirk und Region — uns mit aller Entschiedenheit so lange gegen die beabsichtigte Schließung wehren, weil nämlich die tatsächliche Sicherung unserer Arbeitsplätze nur durch eine zusätzliche neue Produktionssparte erfolgen könnte. Doch ist dies bisher nicht der Fall! Im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherung sowie auf die Erhaltung der Wirtschaftskraft in unserer Region fordern wir daher mit aller Entschiedenheit die Erhaltung der Arbeitsplätze und lehnen alle Pläne, welche dies nicht garantieren, verständlicherweise ab. Wenn man uns den Vorwurf macht, wir würden einer Strukturversteinierung das Wort reden, so ist das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr einfach und vor allem aber unrichtig. Man möge sich an verantwortlicher Stelle — ich sage das mit aller Deutlichkeit — lieber endlich etwas einfallen lassen hinsichtlich einer echten Ersatzproduktion, welche kapazitätsmäßig zumindest dem derzeitigen Umfang entspricht. Wir wissen natürlich, daß es vor allem aufgrund der von mir angeführten inländischen wirtschaftspolitischen Gründe und einer weltweiten Nachfrageverminderung allenthalben erhebliche Schwierigkeiten gibt, doch, meine Damen und Herren, diese massieren sich in unserem Gebiet und strahlen bereits in die angrenzenden Bezirke aus, da wir ohnehin die Schließung des Fohnsdorfer Bergbaues noch lange nicht verkräftet haben. Was aber alle Arbeitnehmer — nun seien Sie mir bitte nicht böse, auch den sonst als sehr sachlich von mir geschätzten Kollegen Prensberger, der heute hier sehr stark auf die Tube gedrückt hat, muß ich eines sagen und auch seinen Kollegen — besonders betrifft, interessiert und schockiert, ist wohl die Tatsache, daß die wirtschafts- und steuerpolitischen negativen Maßnahmen dieser Bundesregierung auch von den Kollegen der SPO-Gewerkschaftsfraktion unterstützt und gedeckt werden. Anstatt, meine Damen und Herren, mit aller Entschiedenheit gegen diese Steuer- und Belastungspolitik der Bundesregierung aufzutreten, welche gerade durch diese Maßnahmen so viele Betriebe in Schwierigkeiten bringt, machen sie gerade aus diesem Grund, aus parteipolitischer Solidarität, dieser Schröpfungregierung die Mauer!

Außerdem, meine sehr Verehrten, stimmten Sie zumindest bisher — gestern Abend habe ich etwas anderes erfreulicherweise im Fernsehen gehört — einer Verminderung der Arbeitnehmereinkommen zu, in dem Sie sich nicht beziehungsweise erst jetzt — wie der Herr Präsident gestern gesagt hat — für die von uns lange geforderte Lohn- und Einkommenssteuersenkung einsetzen. Durch diese, Ihre Haltung, meine sehr verehrten Damen und Herren, entmotivieren Sie in Wirklichkeit zweifach, nämlich die zu zielführenden, arbeitsplatzsichernden Investitionen neigenden Unternehmer und auch die fleißigen, leistungsorientierten Arbeitnehmer und dies in einer Zeit, in der es mehr denn je auf alle Initiativen zur Arbeitsplatzsicherung und zur Erhaltung der Wirtschaftskraft ankommt.

Nun, ich gebe gerne zu, daß es auch in der sozialistischen Fraktion — ich weiß das persönlich — des OGB Kollegen gibt, die, gleichsam hinter vorgehaltener Hand, diese Wirtschafts- und Steuerpolitik der SPO-Bundesregierung kritisieren. Manche

tun es allerdings nicht ohne Schwierigkeiten parteipolitisch, das muß man auch sagen. Doch können oder wollen sich diese Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gegenüber dem Finanzminister und gegenüber dem Parteiapparat eben nicht durchsetzen, um diese wirtschaftlichen Fehlleistungen — nur als solche kann ich sie bezeichnen — abzustellen und eine wirtschaftlich längst fällige Kursänderung herbeizuführen oder, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es in Wirklichkeit vielleicht primär um etwas ganz anderes, etwa um noch mehr Einfluß des Staates auf die Wirtschaft oder schlicht und einfach um eine totale Vergesellschaftung der Wirtschaft. Wir brauchen nur in die Nachbarstaaten, etwa in die Bundesrepublik, zu schauen. Dort hat die Regierung längst Steuererleichterungen beschlossen, um der Wirtschaft die Möglichkeit zu geben, die dringend erforderlichen Produkt- und Marktinvestitionen zu tätigen und ebenso die Möglichkeit zu bieten, ein modernes, den Erfordernissen entsprechendes Marketing zu installieren und dadurch, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeitsplätze tatsächlich zu sichern, indem man nämlich die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe erhöht und solcherart die Absatzchancen erheblich verbessert. Nur bei uns in Österreich scheint diese Bundesregierung noch immer einen anderen, uns wenig zielführend erscheinenden Weg weitergehen zu wollen. Bleibt nur die Frage, wie lange können wir uns dies überhaupt noch leisten? Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Anton Peltzmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Land Steiermark ist von der Konjunktursituation der Stahl- und Eisenindustrie in besonderem Maße betroffen. Ich möchte daher zuerst zur Situation der verstaatlichten Industrie und zur Arbeitsplatzsicherheit einige grundsätzliche Bemerkungen vom Standpunkt der Wirtschaftsförderung des Landes treffen.

Wir haben immer besonderen Wert auf die Feststellung gelegt, daß in der Industriepolitik kein Unterschied zwischen verstaatlichter Industrie und der Privatwirtschaft gemacht werden soll. Für beide gelten gleichermaßen harte ökonomische Gesetze und die Verpflichtung zur unternehmerischen Führung. Sicherlich hat die verstaatlichte Industrie den Vorteil, daß ihr Eigentümer, der Bund, im Stande ist, Defizite eine Zeitlang auf Kosten aller Steuerzahler auszugleichen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch dies läßt sich auf die Dauer nicht durchhalten, wie es jetzt in einer allgemein angespannten Konjunktursituation zu Tage tritt. Wenn nun innerhalb der Vöest Alpine und der Vereinigten Edelmetallwerke der Not gehorchend Strukturreformen durchgezogen werden müssen, die schon längst erfolgen hätten sollen, will ich damit keine politischen Zensuren verteilen, ich hoffe nur auf einen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Lerneffekt für die Bundesregierung und die ihr nahestehenden Gewerkschaftsorganisationen.

Ich sehe das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik nicht in Form einer Unterordnung, sei es der Wirtschaft unter die Politik, wie dies dem Programm der Sozialistischen Partei entspricht, oder sei es im Sinne des Gespenstes eines Kapitalismus, der sich der Politik und des Staates als Instrument seiner Interessen bedienen kann. Es geht also nicht darum, wer wen beherrscht, sondern wie man miteinander leben kann. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist beim Kapitalismus schwer!“) Wie man sich zum gegenseitigen Nutzen aneinander orientiert und, meine Damen und Herren, sicherlich muß es gesetzliche Bestimmungen geben und Kontrollen, ob diese Bestimmungen eingehalten werden. Aber direkte oder indirekte politische Einflußnahme auf den Inhalt wirtschaftlicher Entscheidungen erweisen sich in der Realität immer als uneffektiv. Die bürokratische Einflußnahme auf die Wirtschaft kann zwar politische Machtpositionen herbeiführen, höhlt diese auf die Dauer aus, weil die Bevölkerung die Last einer uneffektiven Wirtschaft letztendlich zu tragen hat. Man kann sicherlich — das wurde heute bei dem einen oder anderen Diskussionsbeitrag auch angezogen —, für eine kurze Zeit Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie halten, auch wenn sie unproduktiv eingesetzt sind und dies mit öffentlichen Mitteln finanzieren. Man kann auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vermehren, aber, meine Damen und Herren, die Konsequenz einer Vergrößerung des öffentlichen Sektors zu Lasten der Güterproduktionen der privaten Dienstleistung führt jedoch zu einer gesamtwirtschaftlichen Verringerung der Arbeitsproduktivität. Es entsteht ein Mißverhältnis zwischen dem Einkommen und der realen Wertschöpfung aus der Güterproduktion und Dienstleistung. Dieser Nachfrageüberhang auf der Einkommensseite, dem keine Steigerung der Produktivität entspricht, führt zur Inflation, zur Importsteigerung und damit zu gewaltigen Leistungsbilanzdefiziten. Dieses Symptom der sogenannten englischen Krankheit ist auch bei uns in Österreich in der letzten Zeit deutlich sichtbar geworden.

Aber, meine Damen und Herren, im Bereich des Faktors Arbeit gilt das gleiche wie für den Faktor Kapital, auf den ich dann noch zurückkommen werde, weil hier muß man immer wieder versuchen und unablässig bestrebt sein, die produktivsten Verwendungsmöglichkeiten zu finden. Ich bin durchaus für das Recht auf Arbeit und das ist meiner Ansicht nach heute in einer modernen Volkswirtschaft, wie wir sie darstellen, überhaupt keine Diskussionsfrage. Aber, meine Damen und Herren, dieses Recht auf Arbeit kann nie identisch sein mit dem Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz. Ich weiß, daß ein Umdenken bereits stattgefunden hat und es wurde heute schon von einem meiner Vorredner dargelegt, daß die Mobilität der Kärntner und steirischen Bauarbeiter, in dem man sie dem Wiener Baumarkt zuführt, natürlich nicht den Wirtschaftsinteressen des Landes und der betroffenen Region darstellt. Und wenn hier eine positive Aussage von Herrn Sponer (Abg. Loidl: „7000!“) — ich habe Ihnen aber diesmal auch nicht dazwischen gesprochen, Herr Kollege, aber es stört mich gar nicht — bezüglich des Wiener Baumarktes als Beispiel und Anregung für die Steiermärkische Landes-

regierung gegeben wird, dann muß ich sagen, Herr Kollege Sponer, eines von beiden, entweder haben Sie den Voranschlag verschlafen oder haben ihn nie durchstudiert, nicht. Weil die Budgethoheit liegt immer noch beim Landtag. Dieses Bummerl bekommen Sie zurück. Dies können Sie der Regierung nicht hinaufbuckeln, nicht. (Abg. Sponer: „Das ist eine Killerphrase!“)

Und, meine Damen und Herren, wir bemühen uns und ich darf Ihnen sagen, von meinem Referat aus, die zwei noch zu errichtenden Landesberufsschulen sind ausschreibefertig, fertig geplant. Wir können in 14 Tagen beginnen, (Abg. Gerhard Heidinger: „Na bravo!“) wenn die Finanzierung dieser Vorhaben sichergestellt wird. Und jetzt, meine Damen und Herren, das Spiel, wenn was schiefeht, (Abg. Loidl: „Dann ist der Bund schuld!“) dann sind es die ÖVP-Regierungsmitglieder, wenn was gut geht, dann kommt es von der SPÖ; an das glauben Sie ja selbst nicht. Ich weiß ja nicht, wer Ihnen Ihre Reden aufsetzt, (Abg. Prensberger: „Das müssen wir selber machen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Verraten Sie nicht Klubgeheimnisse!“) aber dann sollen Sie dem Aufsetzer sagen, daß dies ja nicht den Tatsachen entspricht. (Abg. Zinkanell: „Euch steht eine ganze Rechtsabteilung zur Verfügung!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde mir noch erlauben, an Hand von Unterlagen ein paar Dinge aufzuzeigen, weil ich mich ja auch mit der Bauwirtschaft noch ganz kurz befassen werde. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sagte, daß wir genau das aber auch vom Arbeitnehmer verlangen müssen, aber mit Recht vom Unternehmer oder bitte lassen wir das böse Wort „Unternehmer“ (Abg. Loidl: „Das Wort ist nicht böse!“) weg, lieber Herr Prensberger, hier werden Sie wahrscheinlich nie freundschaftliche Gefühle hegen können, aber es geht ja hier nicht um den Unternehmer letzten Endes, es geht um die Unternehmungen, (Abg. Prensberger: „Ich habe ja gar nicht geschimpft auf die Unternehmer!“ — Abg. Ing. Turek: „Der Karrer war das!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Der Karrer schimpft überhaupt nie!“) nicht. Ich bitte, sich das selbst in Erinnerung zu rufen.

Ich habe ein kleines Gedächtnisprotokoll zu lesen bekommen und ich hätte, wenn Sie nicht auf diese Ebene hin gezielt hätten, diese meine Kenntnisse ja nicht preisgegeben. Aber bei einer Sitzung in Hönigsberg im Jänner 1978 hat ein Bundesrat und ein Gewerkschaftsfunktionär dieses Betriebes erklärt, „meine Herren Kollegen, wenn wir ein Privatbetrieb wären, müßten wir den Ausgleich anmelden!“ Bitte, ich glaube, diese Aussage stammt nicht von mir, sie wurde nicht bestritten, sie ist schriftlich festgelegt, also da können Sie sich ja doch überlegen, daß das keinen Sinn hat, hier ein Schwarz-Peter-Spiel zu treiben, was ist dort nicht geschehen, was soll dort geschehen. Sondern wir müssen versuchen, glaube ich, einen gemeinsamen Weg zu finden. Und ich glaube, hier müßte man auch vom Arbeitnehmer zusätzliche Mobilität und nicht nur zusätzliche Mobilität bezüglich des Arbeitsplatzes, sondern auch des Einsatzes seiner Kenntnisse verlangen und ich glaube, gerade das Land Steiermark bietet den Arbeitnehmern durch die Kurse des

Wirtschaftsförderungsinstitutes, durch die Kurse des Berufsförderungsinstitutes, durch unsere gemeinsam geschaffenen Umschulungszentren hier die Möglichkeit.

Ich darf Ihnen ganz kurz doch einen Investitionstest, der uns ja auch irgendwie nachdenklich stimmen soll, des Wirtschaftsforschungsinstitutes 1977 ganz kurz darlegen. Nach diesem Bericht wurde in Österreich 1977 und drei Jahre zuvor, es läuft zurück auf 1974, im österreichischen Grundstoffbereich zuviel investiert und im Konsumgüterbereich zu wenig, im Investitions- und Konsumgüterbereich. Seit 1970, und das sind jetzt die Zahlen, stiegen die Investitionen im Grundstoffbereich um 83 Prozent. Bei den Investitionsgütern jedoch nur um 39 Prozent und im Konsumgüterbereich nur um 33 Prozent. Nun, meine Damen und Herren, das Ergebnis dieses Mißverhältnisses ist, daß Österreich bei rohstoffintensiven Waren um die Hälfte mehr exportiert als importiert, bei technologieintensiven Waren jedoch die Exporte nur die Hälfte der Importe betragen. Also wenn das so weiter geht, bewegen wir uns auf den Stand eines Entwicklungslandes hin, mit diesem können wir erst wieder nicht konkurrieren auf diesem Gebiet, weil dort natürlich die Lohn- und Lebenserhaltungsentwicklung umgekehrt ist, nicht für uns beispielgebend, sondern eben ausschließt, daß man auf diesem Sektor mit diesen Ländern konkurrieren kann. Ich möchte hier nicht mehr auf die ganze Währungsparität eingehen, weil das, glaube ich, den Rahmen sprengen würde.

Aber nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz kurz noch ein Wort zur Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark. Nun, wir können nicht bestreiten, daß unseren Aktivitäten natürlich durch die verbundene Steuerwirtschaft mit dem Bunde hier gewisse Fesseln auferlegt sind. Sie wissen, unsere eigene Steuerhoheit und Abgabenhoheit ist so gering, daß wir gar nicht davon reden brauchen. Sie schlägt sich praktisch überhaupt nicht zu Buch, die paar Abgaben, die irgendwie nennenswert sind, sind zweckgebunden — ob ich jetzt die Fremdenverkehrsabgabe, ob ich jetzt die Feuerschutzsteuer hernehme, die Landesjagdabgabe — dies sind alles Dinge, die sich ja praktisch wohl im Voranschlag, aber nicht in der Nutznießung durch das Hohe Haus und die beauftragte Regierung niedergeschlagen. Und hier haben wir natürlich auch die Steuerpolitik, die Wirtschaftspolitik des Bundes zur Kenntnis zu nehmen und ich glaube, das Budget 1978 sagt dies ja sehr genau aus. Aber trotzdem sagt das gleiche Institut, das Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung, daß die Steiermark mit der Wirtschaftsförderung sowohl im Jahre 1975 wie auch im Jahre 1976 von allen Bundesländern an einsamer Spitze liegt. Wir hatten als einziges Bundesland, meine Damen und Herren, einen positiven Saldo aus der Betriebsbewegung aufzuweisen. Sehen Sie, meine Damen und Herren, und wir haben ja die Gesetze, die nötigen, dann beschlossen, um diese Dinge weiterhin voranzutreiben. Aber was setzt das Ganze überhaupt voraus und hier, Herr Kollege Prensberger, Sie haben sich hier unheimlich in die Brust geworfen, als Sie die Forderungen aufgestellt haben, die Unternehmer müßten mehr riskieren oder müßten Risikobereitschaft tragen. (Abg. Prensberger-

ger: „Nicht nur die Regierung!“) Herr Preamberger, wenn das nicht der Fall wäre, gäbe es in Österreich überhaupt keine Wirtschaft, das sage ich Ihnen gleich. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Preamberger: „Ihr sprecht nur immer von Förderungen der Regierung!“) Nicht, was glauben Sie, aus was das geworden ist. Und natürlich, auch Alpine oder Vöest hat ja nicht der Staat Österreich errichtet, sondern das haben wir einfach kassiert im Jahre 1945. Das müssen Sie doch endlich zur Kenntnis nehmen, nicht. Und nochmals, ich stehe dazu, daß wir hier keine Unterschiedlichkeit — aber Sie bringen diese Dinge hinein. Ein ganz kleines Beispiel: Wenn in einem Staatsbetrieb, nehmen wir einen Konzernbetrieb der CA, um endlich einmal von unserer lieben Stahl- und Eisenindustrie wegzukommen, irgend etwas schief geht, nein bitte schön, dann ist die große Konzernmutter da, die Konzernbetriebe und die werden das ausgleichen. Wenn im privaten Sektor etwas schief geht, dann heißt das, hier sieht man, die Unternehmer sind nicht imstande, sie sind zu dumm. Was weiß ich, was man hier für Ausdrücke durchlesen kann, von der Arbeiterzeitung bisherunter zu diesen Blättchen und hat ja nicht den Mut, einmal nachzudenken. Und wenn man ihn schon hat, dann hat man nicht den Mut, die Dinge, die man erkennt, aus dem Nachdenken auszusagen. Wir haben auch noch sofort durchexerziert: Eine Baufirma, die 1944 im Bundesstraßenbau ein Anbot gelegt hat. 1976 erfolgte der Zuschlag und die Abrechnung wird 1978 erfolgen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „1944? Das wäre ein langer Zeitraum!“)

Nun habe ich mir wirklich von Fachleuten, von Finanzbeamten, ausrechnen lassen — bei der Steuer- und Belastungsflut, die in den letzten Jahren auf uns niedergegangen ist, kann man sich die einzelnen zusätzlichen Belastungen nicht in Erinnerung halten. Meine Damen und Herren Sie wissen, hier ist Loidl ja Fachmann, öffentlicher Auftrag, bindendes Anbot, O-Normen, was wird anerkannt an zusätzlichen Kosten und was wird nicht anerkannt. Wir konnten im Vergleich bei diesem Anbot feststellen, daß das Anbot 1974 — Hochkonjunktur in der Bauindustrie — kein Unteraanbot war; heute ist es eines. Das ist der große Unterschied, das sind Dinge, über die man nicht reden will. Wenn Sie aber täglich konfrontiert werden Herr Abgeordneter — (Unverständlicher Zwischenruf.) Das weiß ich, ich weiß, daß Sie diese Dinge genau wissen, nur sagen Sie sie da nicht, die Partei hat es Ihnen verboten, Sie dürfen nicht sagen was Sie wissen, da können wir ja zusperrn. (Abg. Preamberger: „Herr Landesrat, Sie nehmen von Ihrer Partei das Maß!“) Du darfst nur sagen was die wollen. Entschuldige Preamberger, jetzt rede ich mit dem Loidl und den halte ich für zu gescheit, das soll keine Mißsetzung Ihrer Person sein. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wir kennen einen gewissen Hasiba, dem ist auch etwas verboten!“) Ich sage Ihnen ein Beispiel, ich lese Ihnen jetzt die ganze Liste vor. Ich bin aber bereit, mein Büro zu beauftragen es zu vervielfältigen und Ihnen zur Verfügung zu stellen. Aber ein paar Posten lese ich vor. (Abg. Loidl: „Ihnen sagt das die Firma genauso wenig wie mir!“)

1969 war das Umsatzsteueraufkommen in Österreich 23,2 Milliarden Schilling, 1978 der Bundesvoranschlag 77 Milliarden Schilling, das ist eine Steigerung von 231,8 Prozent. Ich sage Ihnen voraus, daß in dem gleichen Zeitraum der Verbraucherpreisindex um 69,6 Prozent gestiegen ist. (Abg. Ing. Stoiser: „Hör Dir das einmal an!“) Oder, das Einkommensteueraufkommen 1969 8,3 Milliarden Schilling, Bundesvoranschlag 1978 21,2 Milliarden Schilling. Oder, Bundesmineralölsteueraufkommen 1969 4,4 Milliarden Schilling, 1978 9,4 Milliarden. Oder, Kraftfahrzeugsteueraufkommen 1969 0,68 Milliarden Schilling, 1978 2,6 Milliarden Schilling. Oder, das Gebührenaufkommen, meine Herrschaften, unter Einbeziehung der Kreditwirtschaft 1969 1,1 Milliarden Schilling, 1978 3,4 Milliarden Schilling, eine Steigerung von 209 Prozent. (Abg. Gerhard Heidinger: „Trotzdem sagen die Leute, daß es ihnen heute besser geht als damals!“) Jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, setzen Sie natürlich voraus, daß der damit befaßte Mitarbeiter des Unternehmens ein Hellseher ist, weil das müßte er wissen, um 1974 eine Kalkulation erstellen zu können, die praktisch 1978 ausfinanziert und zum größten Teil zum Tragen kommt. Sehen Sie, die Dinge soll man doch ehrlich darlegen; es hat keinen Sinn sich hier gegenseitig etwas vorzumachen, weil Sie dies ja wissen.

Nun zu den einzelnen Vorlagen ganz kurz. Der Herr Sponer hat sich mit Recht am 21. Februar im Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß beschwert, daß die Regierungsvorlage, die Ansiedlung eines Betriebes in Pöfing-Brunn, so lange gebraucht hat, bis sie dem Ausschuß zugeführt wurde. Richtig! Ich bin der Sache auch nachgegangen und darf Ihnen kurz sagen, wie sich das aktenmäßig durchgespielt hat. Der gegenständliche Antrag wurde am 19. Februar 1975 eingebracht und ist der damaligen Rechtsabteilung 4 am 16. April zur Bearbeitung zugewiesen worden. Nach Vorliegen des Antrages der Förderungswerber am 30. September 1975 wurde bereits am 15. Dezember 1975 ein Beschluß über die Gewährung von 15 Millionen Schilling Zinsenzuschuß gefaßt. Der Probebetrieb des Unternehmens wurde erst im November 1976 aufgenommen. Der Normalbetrieb begann erst im Mai 1977, sodaß das abschließende Urteil über das Gelingen dieses Betriebsansiedlungsprojektes erst im Sommer 1977 erarbeitet werden konnte und die Berichtserfolge erst im September 1977 erfolgten. Das möchte ich nur ganz kurz sagen. Ich darf vielleicht hinzusagen, daß in diesem Zeitraum diesem Grenzlandbezirk Deutschlandsberg Förderungsmittel vom Land Steiermark in der Höhe von 173 Millionen Schilling zugeflossen sind.

Aber hier hätte ich doch noch eine ganz kleine Frage, Herr Kollege Sponer. Herr Kollege Sponer können Sie mir einen einzigen Betrieb in der Steiermark sagen, Neugründung, wo der Bund auch nur einen einzigen Schilling gegeben hat. Ich bitte nur um einen Betrieb. (Abg. Gerhard Heidinger: „Stahlcord Fürstenfeld!“) Ich bin Ihnen eine Antwort schuldig. Sie haben das gesagt, ich habe mir das aufgeschrieben, ich muß das beantworten, nicht einen Schilling. (Abg. Sponer: „Wollen wir jetzt

ein Zwiegespräch führen?“) Sie kennen das Gesetz nicht, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt. Lassen Sie es sich doch von der Landesbibliothek ausheben und lesen Sie es einmal. ERP-Mittel sind keine Bundesmittel, meine Herrschaften. Das sind die amerikanischen Hilfgelder. Wenn wir so einen Fonds hätten, würden wir uns leicht tun. Wir schießen die Steuergelder des Landes zu. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ihre Steuergelder sind ja auch Steuergelder!“) Ich rede von österreichischen Steuergeldern, nicht von Steuergeldern der Amerikaner, Herr Oberlehrer. (Beifall bei der ÖVP.)

So sind doch die Dinge. Da wird so viel geschmettert, daß es nicht mehr höher geht. Ich weiß, daß ich in meinem Leben nie wieder sage, der Herr Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky führt Schmähe; weil wir gehört haben, Sie studieren die neue Hymne: Gott erhalte, Gott beschütze unseren Kanzler Bruno Kreisky. So heißt die neue Bundeshymne — habe ich gehört. Aber so schauen die Dinge aus, da werden Sie auf einmal angerührt, (Abg. Preamberger: „Aber ausfällig braucht man nicht zu werden!“) wenn die Gewerkschaft nichts anderes zu tun hat, wie Streikdrohungen (Abg. Preamberger: „Was würden Sie sagen, wenn wir ausfällig gegen Ihre Person würden?“) zu machen, weil es eine Majestätsbeleidigung gibt, dann brauchen wir keine Gewerkschaft, das sage ich Ihnen auch ganz trocken. So schauen die Dinge aus. (Unverständliche Zwischenrufe — Abg. Hammerl: „Wo bleibt der ÖAAB sprachlos?“) Nun, Herr Kollege Karrer ... (Abg. Ileschitz: „Das hast Du ja aus dem Traumbücher!“)

Man sieht, wie ihr angerührt seid, man braucht nur das Wort Majestätsbeleidigung hineinwerfen, dann ist keine Ruhe mehr da drüben. Sagen Sie, wo fängt sie an und wo endet sie. Das können Sie sich doch selbst im Klub ausdiskutieren, da brauchen Sie uns ja nicht dazu. (Abg. Ileschitz: „Herr Landesrat Peltzmann, wann hat die Gewerkschaft eine Streikdrohung ausgesprochen?“) Für uns ist der Bundeskanzler, Bundeskanzler der Republik Österreich und noch lange keine göttähnliche Majestät. So liegen doch die Dinge.

Ich kann mich erinnern, wie vor einem Nationalrat im offenen Haus unser Bundeskanzler eine Nieme genannt wurde, ich kann mich nicht erinnern, daß Sie aufgestanden sind. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ja nicht wahr!“) Im Fernsehen habt ihr Betriebsaktionen gemacht, nein. Na, seht ihr! Natürlich, ich weiß ganz genau, daß die Funktionäre der SPÖ Klasse Kerl, gescheite Kerl sind, nur zu Reden haben sie nichts. Sie dürfen nur das nachplappern, was die zentralistischen Redeunterlagen euch vorschreiben, das wissen wir. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das haben wir in Graz gesehen, da hast ja nicht einmal Du reden dürfen, Toni!“) Ich glaube, ich habe meinen Teil genauso beigetragen, wie das bei uns üblich ist in der offenen Diskussion. (Abg. Gerhard Heidinger: „Hören Sie doch auf mit dem Kasperltheater da oben! Reden Sie zum Thema!“) Ich habe zu Themen gesprochen meine Herren, die Ihre Kollegen aufgezo-gen haben. (Glockenzeichen des Präsidenten.) (Präsident: „Meine Damen und Herren, die Stimmung ist großartig, [Abg. Hammerl: „Bei uns ist

die Stimmung nicht großartig!“] aber man versteht kein Wort, ich bitte doch hintereinander zu reden“.) Herr Kollege Karrer hat in seinem Diskussionsbeitrag die Betriebsansiedlungen in Mürzsteg angezo-gen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Eine Beleidigung für die ganze Regierungsbank, was da aufgeführt wird!“)

Also ich muß feststellen, Herr Kollege Sponer, Sie waren nicht in der Lage, mir einen einzigen Betrieb zu nennen, bei dem Bundesmittel zur Verfügung gestellt wurden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Da sind im Rittersaal schon bessere Theaterstücke aufgeführt worden!“) Dies möchte ich ganz kurz festgestellt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zur Anfrage vom Herrn Kollegen Karrer. Mir ist der Raum Mürzsteg wirklich bekannt, Herr Kollege. Ich glaube, wir brauchen uns beide nichts vormachen, wir kennen dieses Gebiet, wir wissen um die Schwierigkeiten dieses Gebietes und wir wissen auch, daß durch diese Abgeschieden- und Abgelegenheit, und es kommt noch eines dazu, daß die Stilllegung der Neuberger Bahn gewisse Unsicherheiten erzeugt hat — obwohl sie nie erfolgt ist, aber immer wieder davon geredet wird — in diesem Raum für Betriebsansiedlungen hineinträgt. Nun, der Dr. Mohilla hat sich dann als Inhaber einer gutgehenden Spezialitätentrak in der Wiener Innenstadt ausgewiesen und hat sich beworben, dort eine Pfeifenfabrik zu installieren. Es war der Leumund sowohl auch die Eigenfinanzierungsquote nicht in Frage gestellt, Exportbeziehung war vorhanden und Dr. Mohilla wies auch entsprechende Aufträge nach. In der Folge haben sich schon bei Beginn der serienmäßigen Produktion Schwierigkeiten dadurch eingestellt, daß die Produkte nicht dem internationalen Qualitätsstandard entsprochen haben. Aufträge wurden storniert, handwerklich gefertigte Waren retourniert, eine Übersiedlung in die neue Halle hat daher nie stattgefunden. Schon damals wurde Dr. Mohilla aufgefordert, unternehmerische Überlegungen anzustellen, in welcher Weise eine Verwertung der Liegenschaft sinnvoll vorgenommen werden kann. Soweit vorhanden, wurden Investoren auf dieses Projekt aufmerksam gemacht. Bisher ist es zu keinem konkreten Interesse gekommen. Gegenwärtig, das ist nämlich das Interessante, klagt Dr. Mohilla das Land Steiermark auf Schadenersatz, weil angeblich die Fachabteilung einen Interessenten abgeworben und für ein anderes Projekt interessiert habe. Wir kennen den Mann nicht. Ob er nur bei Herrn Mohilla besteht, wird ja die Gerichtsverhandlung dann zeigen. Das Land Steiermark seinerseits klagt Dr. Mohilla auf Zahlung der noch ausstehenden Darlehensforderungen. Bemühungen um Investoren für dieses Projekt sind nach wie vor in der Fachabteilung vorhanden. Nachweislich wurden Förderungsmittel widmungswidrig verwendet. Nach Bekanntwerden dieser widmungswidrigen Verwendung wurde die Auszahlung seitens des Landes eingestellt. Durch die widmungswidrige Verwendung ist dem Land Steiermark selbst kein Schaden erwachsen, allerdings müssen einige Gläubiger ihre Forderungen bei Gericht einklagen. Das ganz kurz zu diesem Fall.

Und dann haben wir noch die Einbeziehung des oberen Paltentales in die Bergbauförderung bei den

Vorlagen. Wir sind mit Schreiben vom 1. Juni 1977 an Herrn Bundesminister Dr. Staribacher herangetreten. Er hat uns mitgeteilt, daß eine Einbeziehung dieses Gebietes, also des oberen Paltentales, nicht möglich sei. Dies ganz kurz zu den einzelnen Punkten. Zur Bauwirtschaft, glaube ich, ist hinreichend gesprochen worden. Ich darf nur sagen, daß leider Gottes nach Auskunft des Landesarbeitsamtes, ich glaube die Zahl wurde vom Herrn Kollegen Loidl bereits genannt, 7399 Bauarbeiter vorgemerkt sind, das heißt, daß das eine Steigerung Ende 1977 — Ende Februar 1978 von 2508 Personen bedeutet. Was wir von unserem Referat aus können, uns zu bemühen, daß wir hier — und wir wissen ganz genau, daß gerade der Hochbau die Impulse schafft, wir wissen um die Bedeutung des Hochbaues für den gesamten Arbeitsmarkt, weil ja nicht nur die Bauunternehmung, sondern in der Folgewirkung, kann man sagen, ja bis zu 80 Prozent der Wirtschaftssparten miteinbezogen werden und wir werden uns bei den zuständigen, also bei den jetzt folgenden Finanzverhandlungen natürlich bemühen, die Mittel freizubekommen, um diese vorgesehenen Hochbauvorhaben im Lande Steiermark ehebaldigst zu beginnen und durchführen zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Meine Damen und Herren!

Wir kommen jetzt zu einem verhältnismäßig komplizierten Abstimmungsvorgang. Wir stimmen also jetzt über die Tagesordnungspunkte eins bis neun gesondert ab. Ich bitte jeweils den Berichterstatter des Tagesordnungspunktes, der aufgerufen ist, am Berichterstatterpult Platz zu nehmen. Es könnte ja sein, daß er das Schlußwort wünscht.

Wir kommen daher jetzt zur Abstimmung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 629/5. Berichterstatter war Dr. Dorfer. Es war die Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichtinger und Dr. Dorfer, betreffend die durch das Finanzministerium in Auftrag gegebene Studie der Prognos AG Zürich über die regionalen Aspekte einer Strategie zur längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums in der Republik Österreich unter besonderer Berücksichtigung der sich daraus ergebenden Struktur- und Entwicklungsprobleme für den Raum Tamsweg — Murau. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren, zur nächsten Regierungsvorlage hat der Berichterstatter Abg. Prensberger das Wort; bitte das Schlußwort.

Abg. Prensberger: Ich wiederhole meinen Antrag auf Annahme.

Präsident: Wir kommen also zur Abstimmung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 182/10, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Ileschütz, Gross, Prensberger und Genossen, betreffend die Ansiedlung eines Betriebes in Pöfing-Bergla. Meine Damen und Herren, wenn Sie zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

Zur nächsten Regierungsvorlage hat Herr Abgeordneter Brandl den Bericht erstattet. Herr Abgeordneter, ein Schlußwort!

Abg. Brandl: Ich ersuche nochmals um Annahme.

Präsident: Wir stimmen nun ab über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 497/7, zum Antrag der Abgeordneten Karrer, Brandl, Bischof, Fellinger und Genossen, betreffend die sinnvolle Verwendung der mit Landesförderung errichteten Betriebsstätte in Mürzsteg. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/28, zum Beschluß Nr. 422 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Dezember 1976, betreffend die Lage der Bauwirtschaft, und frage Sie, ob Sie dem gestellten Antrag zustimmen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Brandl. Ich bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 693/4, betreffend den Bericht über das Ergebnis der Vorstellungen beim Bundesministerium für Finanzen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Dr. Dorfer, Koiner und Ritzinger, betreffend Gebührenfreistellung für geförderte Kredite. Berichterstatter ist der Abgeordnete Ritzinger. Er verzichtet auf das Schlußwort und ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 713/4, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Kollmann, Ritzinger und Schrammel, betreffend Beschaffung von Lehrstellen für Jugendliche. Berichterstatter ist Abgeordneter Ing. Stoisser; er verzichtet ebenfalls auf das Schlußwort. Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung, wenn Sie dem Gesetz zustimmen. Ich mache Sie aufmerksam, weil einige Damen und Herren darauf verzichtet haben, nach § 49 Absatz 3 ist es keinem in der Sitzung anwesenden Mitglied gestattet, sich der Abstimmung zu enthalten. Aber die Mehrheit ist ohnehin gegeben gewesen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 740/3, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Lackner, Kollmann und Marczik, betreffend die Einbeziehung des oberen Paltentales in die Bergbauförderung sowie Unterstützung für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben. Berichterstatter ist Abgeordneter Lackner. Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 709/4, betreffend den Antrag der Abgeordneten Schrammel, Dr. Piaty, Lind und Ing. Stoisser, betreffend Absicherung der Arbeitsplätze bei der Tabakfabrik Fürstenfeld. Berichterstatter ist der Abgeordnete Schrammel. Kein Schlußwort. Ich bitte Sie um ein Zustimmungszeichen.

Der Antrag ist angenommen.

Nunmehr lasse ich über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 741/4, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Prof. Dr. Eichinger und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, betreffend eine umfassende Untersuchung mit dem Pendlerproblem zusammenhängenden Fragen in der Steiermark, abstimmen und darf hiezu um ein Händezichen bitten, wenn Sie zustimmen. Berichterstatter war der Abgeordnete Ritzinger.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zum Punkt 10 der Tagesordnung.

10. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 477/7, betreffend den Antrag der Abgeordneten Dr. Strenitz, Hammerl, Zinkanell, Zoisl und Genossen, bezüglich der Erhaltung kulturell wertvoller Bausubstanzen im ländlichen Raum.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Hoher Landtag!

Sozialistische Abgeordnete haben den Antrag gestellt festzustellen, welche Maßnahmen zur Sicherung kulturell wertvoller Bausubstanzen im ländlichen Raum zu ergreifen wären. Dazu berichtet die Rechtsabteilung 6, wie aus der Vorlage ersichtlich, daß Experten der Denkmalpflege sowie des Natur- und Landschaftsschutzes in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Landesbaudirektion, basierend auf gesetzliche Vorschriften, wie Raumordnungsgesetz, Naturschutzgesetz, Wohnungsverbesserungsgesetz usw., Grundlagen zur Intensivierung dieser Bemühungen geschaffen haben. Darüber hinaus wurde ein Merkkatalog ausgearbeitet, der Bürgermeister und Sachverständigen Entscheidungen, die diesen Sachverhalt betreffen, besonders in Landschaftsschutzgebieten erleichtern soll.

Die Vorlage zeigt ferner unter den Punkten A, B, C, D das Bemühen verschiedener Ämter, Körperschaften und Vereine auf, die sich dieser Aufgabe angenommen haben. Unter E wird festgestellt, daß auch das Ortsbildschutzgesetz 1976 eine wertvolle Hilfe darstellt.

Namens des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme des Berichtes.

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Strenitz: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Neben der Bedeutung der abgelaufenen Wirtschaftsdebatte müssen kulturelle Ausführungen zwangsläufig verblassen. Ich darf Sie außerdem beruhigen, daß ich nicht die Absicht habe, mich mit der Wirtschaftsdebatte in zeitlicher Hinsicht zu messen. Allerdings glaube ich, sollte doch ausgesprochen werden, daß die Sorge um die Erhaltung kulturell wertvoller Bauten in der Steiermark größer sein sollte, als das vielleicht im Augenblick der Fall ist, denn Jahr für Jahr, beinahe Monat für Monat

gehen Bauernhäuser durch Abbruch verloren, obwohl ihre Substanz im Grunde genommen in Ordnung ist, oder werden Bauernhäuser durch Um- und Zubauten derart verändert, daß der Gesamteindruck völlig zerstört wird.

Und nun werden Sie fragen, warum gerade ich als Städter mich zu diesem Thema gemeldet habe. Vielleicht deswegen, weil sich eine gewisse eigenartige Verschiebung des Bewußtseins zeigt. Die Bevölkerung im ländlichen Raum will modernisieren und dazu gehören nach ihrer Auffassung vielfach Mantelbeton, Doppelglasverbundfenster, die angebaute Garage mit dem Wellblecheteignitor. Alles das, was wir Städter im überreichen Maße haben. Der Städter umgekehrt — so paradox das klingen mag — baut sich im 16. Geschoß eines Hochhauses die holzverkleidete Bauernstube ein. Ich glaube, man sollte einmal untersuchen, warum das so ist. Gerade dieses Bewußtsein des Städtlers ist sicher nicht uninteressant.

Leichter zu verstehen ist die Haltung der ländlichen Bevölkerung. Denn mit alten Bauernhäusern ist es oft so wie mit alten Burgen. Sie sind schön zum Anschauen, aber so ohne weiteres ist es sicherlich nicht schön und angenehm, auch darinnen zu wohnen. Ich glaube, man muß es klar und eindeutig aussprechen. Die ländliche Bevölkerung hat selbstverständlich ein Recht und einen Anspruch auf zeitgemäße Hygiene, entsprechenden Heizkomfort, moderne Haushaltstechnik und alles was es da noch gibt. Hier stehen einander zwei Interessen gegenüber. Da ist einmal das Interesse des einzelnen, mit seinem Eigentum zu schalten und zu walten, wie es ihm beliebt; da ist aber auch das Interesse der Allgemeinheit an der Erhaltung der Landschaft, denn das Bauobjekt darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern ist selbstverständlich auch ein Teil der Landschaft. Die Situation allerdings ist nicht anders als vor der Erlassung des Altstadtgesetzes, des Ortskernerhaltungsgesetzes oder auch des Raumordnungsgesetzes, womit allerdings nicht automatisch der Ruf nach dem Gesetz verbunden sein soll. Aber auch diese Probleme haben sich lösen lassen.

Worum es nicht geht — ganz kurz — ist, die Tradition um jeden Preis fortzuführen. Das wäre eine falsch verstandene Nostalgie. Jede Zeit hat ihre eigenen und für sie charakteristischen Bauformen gehabt, ihre Baumethoden und ihre Baumaterialien. Es war auch das heute schon so historisch empfundene Erzherzog Johann-Haus zu seiner Zeit etwas ganz Neues. Man hat damals in einem völligen Abgehen von bis dahin tradierten Bauformen versucht, etwas zu schaffen, was den damals modern erachteten Lebensverhältnissen entsprechen sollte. Es ist auch — und das sei die letzte Anmerkung — dieser alpine Einheitsstil, der ganz Österreich durchzieht, das Tiroler-Haus als Bank, als Hotel, als Bauerngehöft, ein Irrweg, den jemand ein bißchen ironisierend die späte Rache Tirols an Österreich genannt hat. Ich weiß nicht wofür, vielleicht, daß man die Tiroler mit dem Andreas Hofer im Stich gelassen hat.

Meine Damen und Herren, ein ganz kurzer Versuch einer Zusammenfassung in Stichworten.

1. Schutz ja, aber nicht auf Kosten der Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung.

2. Nichts wäre schädlicher als Zwang, das heißt Förderung der Bewußtseinsbildung, des Umdenkens; der Abbruch darf nur die allerletzte Maßnahme sein, vorher muß die fachgerechte Sanierung stehen.

3. Ausschöpfung aller finanziellen Möglichkeiten.

4. Zusammenarbeit aller Beteiligten, Versuch eines Wiederauflebenlassens der alten Dorfgemeinschaft, ein gemeinsames Bewußtsein des Bürgermeisters, des Architekten, des Hauseigentümers, des Fremdenverkehrsobmannes und wer immer da mitzureden hat.

5. Eine gleichzeitige Weiterführung der Suche nach Alternativmodellen — Forschungsaufträge laufen, die Dinge sind bekannt.

6. Wir befinden uns in einem Wettlauf mit der Zeit; wenn wir die Dinge jetzt versäumen, wird es in wenigen Jahren nichts mehr zu schützen geben und dann bleibt uns nur noch — so schön das auch sein mag — der Weg ins Freilichtmuseum Stübing.

7. Wir würden uns freuen, wenn diese Vorlage, die wir heute bekommen haben, nicht die letzte auf diesem Gebiet ist, sondern wenn uns der zuständige Referent vielleicht in einem halben Jahr, vielleicht aus Anlaß der Budgetdebatte berichten könnte, ob wir auf diesem Gebiet ein Stück weitergekommen sind, denn das sollte uns ein gemeinsames Anliegen sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Schrammel hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu diesem Antrag, den der Herr Abgeordnete Strenitz eingebracht hat, auch kurz ein paar Bemerkungen aus der ländlichen Sicht. Wir freuen uns natürlich sehr, daß auch von der Stadt her Bemühungen unternommen werden, die kulturell wertvollen Bauten am Lande uns erhalten zu helfen. Wir wissen aber, daß es in vielen Fällen leider nicht mehr möglich ist, Bauernhäuser und Kleindenkmäler zu retten und der Nachwelt zu erhalten, weil sie infolge ihrer nassen Mauerwerke schon zu stark verfallen sind. Dankbar sind wir für jede Initiative, die ergriffen wird, um den ländlichen Raum auch in seiner Bausubstanz in der gewohnten Form, wie sie auch der Fremde gern sieht, zu erhalten. Aber nicht der Bauer war aus einem falsch verstandenen Ehrgeiz bemüht, die alten Bauernhäuser abzureißen und neue zu errichten. Dazu fehlten die finanziellen Voraussetzungen. Die Bewußtseinsverschiebung, von der der Herr Abgeordnete Strenitz gesprochen hat, kam aus dem städtischen Milieu, angefangen mit der Errichtung der Wochenendhäuser und aus dem falsch verstandenen Vorbild. Wenn aber erst mit diesem Antrag Initiativen gesetzt werden würden, wäre es längst zu spät. Gott sei Dank hat das Land Steiermark, hat die Landwirtschaftskammer und haben auch andere Institutionen in den letzten Jahren erfolgreiche Bemühungen unternommen, um eben die Bauernhäuser und Denkmäler in den ländlichen Bereichen zu erhalten und sie für die Nachwelt zu retten.

Ich möchte aber eines sehr mit Nachdruck festhalten und diese Zahl müßte uns alle zum Nachdenken bringen. Nach einer Statistik ist zu entnehmen, daß in Österreich täglich 20 Hektar Kulturboden für Baumaßnahmen verloren gehen. Ein 20 Hektar-Betrieb ist ein Vollerwerbsbetrieb und man könnte sagen, daß täglich ein Bauernhof für die verschiedensten Baumaßnahmen verloren geht. Baumaßnahmen und Verkehrswege sind notwendig, doch sollte die öffentliche Hand in der Planung und in der Bauausführung auf den ländlichen Charakter Rücksicht nehmen. In den nächsten zehn Jahren wird angenommen, daß bei 23.000 ländlichen Wohnhäusern Sanierungsmaßnahmen durchzuführen sind. In vielen Fällen wird nur mehr eine Erneuerung möglich sein. Es ist daher ein Zusammenwirken aller Stellen notwendig, damit wir nicht Gefahr laufen, daß diese wertvollen Bausubstanzen im ländlichen Bereich zur Gänze verloren gehen.

Wir danken den Initiatoren der letzten Jahre, und zwar der Aktion „Ortsidee“ unter Dipl.-Ing. Schöller, der Landesregierung mit dem Referenten Landesrat Dr. Krainer für einen Forschungsauftrag, der an Frau Architekt Spielhofer vergeben wurde, und dem Verein Heimatschutz und Heimatpflege, daß eine Aktion „Bauernhäuser überleben“ gestartet wurde, die hoffentlich fortgeführt wird. Gute Arbeit geleistet hat vor allem die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft mit ihrer Planungsarbeit.

Es wäre sicher notwendig, daß bei den Bürgermeistertagungen immer wieder auf das gute Bauen hingewiesen wird, denn der Bürgermeister ist ja die Baupolizei erster Instanz. Unsere typischen alten Bauernhäuser und wertvollen Häuser am Lande — es gibt ja etliche Bautypen in der Steiermark — könnten bei Neubauten Beispiel geben. Vielfach haben auch die Planer Fehler gemacht. Wir brauchen daher wieder ein vernünftiges Empfinden im Handwerk, denn seinerzeit wurden die Bauernhäuser vom Handwerker errichtet. Zum Schluß möchte ich doch allen Ernstes bitten, daß auch bei öffentlichen Bauten, bei Schulen, Bahnhöfen, bei Bahnwärterhäusern versucht werden sollte, die gute Bausubstanz des Landes und den ländlichen Charakter zu übernehmen, denn auch hier werden große Fehler gemacht und man sollte nicht nur von der ländlichen Bevölkerung allein verlangen, daß sie ihren Charakter im Bauen eben in einer vernünftigen Art und Weise weiterpflegt. Danke nochmals herzlich für alle Bemühungen und ersuche auch, daß in Zukunft diesbezüglich Förderungsmittel gegeben werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet. Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Somit ist dieser Antrag angenommen.

11. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 785/3, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Prantk, Marczik und Prof. Dr. Eichinger, betreffend eine rasche Hilfe für die Betroffenen der Unwetterkatastrophe in den Gemeinden St. Lambrecht, St. Blasen und Teufenbach.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hermann Ritzinger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die OVP-Abgeordneten Ritzinger, Prandkh, Marczik und Dr. Eichinger haben vergangenes Jahr einen Antrag eingebracht, den Hochwassergeschädigten in den Gemeinden St. Lambrecht, St. Blasen und Teufenbach eine rasche Hilfe angedeihen zu lassen. Das ist seitens der Steiermärkischen Landesregierung erfolgt. Die diesbezügliche Vorlage, woraus Sie die Beträge und die Anzahl entnehmen können, liegt Ihnen vor und ich darf Sie daher namens des Raumordnungs- und Wirtschafts-Ausschusses ersuchen, dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 511/8, über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Feldgrill, Dr. Maitz und Dr. Schilcher, betreffend die besondere Berücksichtigung der Wohnumwelt bei Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln in der Steiermark und Einführung eines Vorprüfungsverfahrens.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dipl.-Ing. Hermann Schaller, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus!

Diesem Antrag ist durch zweimalige Novellierung der Richtlinien der Wohnbauförderung inhaltlich Rechnung getragen worden, so daß ich namens des Ausschusses um Annahme ersuche.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

In dieser Regierungsvorlage sind Maßnahmen enthalten und vorgeschlagen, die zweifellos und grundsätzlich richtig sind. Spät, aber doch, sind die Richtlinien zur Wohnbauförderung geändert worden. Die Standortqualität und sonstige Umwelteinflüsse sind bei der Förderung zu prüfen und damit ist eine gewisse bessere Vorsorge dafür getroffen, daß Wohnen wieder unter erträglicheren Bedingungen möglich ist. In jenen Gemeinden, wo noch kein Flächenwidmungsplan erstellt ist, wird auch Vorsorge getroffen, daß durch die Landesbaudirektion, durch die Fachabteilung Ib, ein ortsplannerisches Gutachten erstellt werden muß, um hier auch gewisse Dinge in den Griff bekommen zu können. Auch das ist grundsätzlich richtig. Bedenklich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es dann, wenn verstärkt Ablehnungen von Geschossbauten durch die Fachabteilung Ib im ländlichen Raum

erfolgen. Ich glaube, daß eine solche Entwicklung nicht zielführend ist, weil wir doch im großen und ganzen sagen müssen, daß eben der Geschossbau wirtschaftlich zu vertreten ist, aus wirtschaftlichen Überlegungen und auch aus baugrundsparenden Überlegungen. Selbstverständlich wird zu trennen sein; es wird nicht möglich sein, überall Geschossbauten zu errichten, das ist uns klar. Jedes hat seinen Platz. Das Eigenheim auf der einen Seite, aber auch Geschossbauten. Mein Ersuchen an die Fachabteilung Ib, daß diese Entwicklung der verstärkten Ablehnungen unter nicht ganz verständlichen Begründungen nicht fortgesetzt wird, sondern daß sachlich und objektiv geprüft wird und dort die Zustimmung gegeben wird, wo auch Geschossbauten in den Gemeinden besser und nützlicher sind. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als die Steiermärkische Landesregierung am 11. Juli 1977 eine wesentliche Erweiterung der Richtlinien für die Durchführung der Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 beschlossen hat, wurde damit ein sehr bedeutsamer Schritt in die Richtung eines bestmöglichen Einsatzes der Wohnbauförderungsmittel getan und die ausschlaggebende Initiative ging von den Abgeordneten dieses Hauses aus. Die Ansprüche an die Wohnbauförderung haben sich in den letzten Jahren sehr gewandelt. Ursprünglich stand der Wunsch im Vordergrund, möglichst rasch allen Steirern eine Wohnung zu schaffen und diesen ursprünglichen Auftrag konnte die Wohnbauförderung inzwischen weitgehend erfüllen. Und es ist nur selbstverständlich, daß nach der unmittelbaren Bedarfsdeckung, die in weiten Kreisen vorhanden ist, der Wunsch nach besseren und auch nach größeren Wohnungen aufgetreten ist. Und auch diesem Wunsch konnte in hohem Maße nachgekommen werden. Die Wohnungen, die heute gebaut werden, haben kaum mehr etwas gemeinsam mit jenen Wohnungen, die das Bild des sozialen Wohnungsbaues jahrelang geprägt haben und für sein nicht immer gutes Image mitverantwortlich sind.

Die Anforderungen der Richtlinien an die Bauausführung sind so gestiegen, daß heute damit auch hohen Ansprüchen gerecht werden kann. Und ich kann hier vor allem auf den wesentlich erhöhten Schall- und auch Wärmeschutz verweisen. Die beste Bauausführung nützt jedoch nicht viel, wenn nicht die Wohnumwelt und Belange der Raumordnung die erforderliche Berücksichtigung finden. Und hier stimme ich mit dem Abgeordneten Brandl überein, daß sehr wohl abzuwägen ist, welche Wohneinheiten in den Bereichen tatsächlich zu errichten sind. Die Richtlinien enthalten die Bestimmungen einerseits über die zulässige Lärmbelastung, über die Luftverunreinigung und Qualität des Bauplatzes und sie beziehen auch die erforderliche Infrastruktur in die Beurteilung des Bauvorhabens ein.

Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang — ich möchte es noch einmal betonen — die Raumordnung

und es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit für die Gemeinden der Steiermark rechtswirksame Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne bestehen werden. Damit Fehlentwicklungen für den geförderten Wohnbau nach Möglichkeit vermieden werden, ist auf Grund eines Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 12. Dezember 1977 für die Errichtung von Wohnbauvorhaben in jenen Gemeinden, in denen ein Flächenwidmungsplan noch nicht vorliegt, ein ortsplanerisches Gutachten einzuholen und dieses Gutachten ist von der Landesbaudirektion im Einvernehmen mit dem von der Gemeinde beauftragten Ortsplaner zu erstellen. Und wenn das Zusammenwirken gegeben ist, dann glaube ich, ist auch Ihren Intentionen, Herr Abgeordneter Brandl, voll Rechnung getragen. Und ich glaube, daß mit dieser Änderung der Förderungsrichtlinien eine weitere positive Entwicklung der Wohnbauförderung gesichert ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich komme zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

13. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 864/1, über den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1976.

Berichterstatter ist Abgeordneter Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Meine Damen und Herren!

Mit der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 864/1, liegt dem Hohen Landtag der Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1976 vor. Es handelt sich dabei um den siebenten derartigen Bericht seit dem Jahre 1970. Der Bericht umfaßt in drei Teilen einen Gesamtüberblick über die vielseitige Tätigkeit in der steirischen Landesverwaltung und die im Jahre 1976 erbrachten Leistungen in den Bereichen Landesamtsdirektion und aller Rechts- sowie Fachabteilungen, den Anstalten, Schulen und Betrieben des Landes sowohl in Vollziehung der Landes- und Bundesgesetze und schließlich auch im Rahmen der durch den Landtag mit dem Landesvoranschlag 1976 bewilligten Mittel.

Es wäre zu umfangreich, den in DIN A 4-Format gehaltenen und 243 Druckseiten umfassenden Rechenschaftsbericht auch nur auszugsweise zu referieren. Eine einzige Ziffer möchte ich doch herausgreifen: 1976 wurden beim Amt der Landesregierung eine Million einhundertachtzig Eingangsstücke bearbeitet. Diese Ziffer entspricht fast der Einwohnerzahl oder nahezu der Einwohnerzahl der Steiermark und läßt ein wenig den allein daraus entstandenen Arbeitsumfang erahnen. Die Landesregierung hat sich in ihrer Sitzung am 19. Dezember 1977 mit dem Rechenschaftsbericht befaßt und diesen in der Folge dem Landtag vorgelegt.

In der Sitzung vom 21. Februar 1978 hat der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß den Bericht beschlossen. Im Namen dieses Ausschusses darf ich

den Antrag stellen, den vorliegenden Rechenschaftsbericht 1976 zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer diesem Antrag zustimmt, möge eine Hand erheben.

Der Antrag ist angenommen.

14. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 777/1, über die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse des Landes Steiermark für die Rechnungsjahre 1971 bis 1974.

Berichterstatter ist Abgeordneter Ing. Hans Stoisser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Namens des Kontroll-Ausschusses berichte ich über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse des Landes Steiermark für die Rechnungsjahre 1971 bis 1974. Ich glaube, die Zahlen kann ich mir ersparen, da diese Rechnungsabschlüsse schon im Hohen Haus behandelt wurden. Ich möchte nur bemerken, daß die Rechnungsabschlüsse alle ausgeglichen waren, und vielleicht die Zahlen des Jahres 1974 nennen, nämlich 10.583.898.554,34 Schilling.

Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich danke, der Antrag ist angenommen.

15. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 732/4, zum Antrag der Abgeordneten Nigl, Jamnegg, Doktor Maitz und DDr. Stepantschitz, betreffend die Verminderung von Dienstposten im Bereiche der Buchhaltung der Post- und Telegraphendirektion für Steiermark.

Berichterstatter ist Abgeordneter Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Meine Damen und Herren!

Die Vorlage geht auf einen OVP-Antrag zurück, in dem die Befürchtung ausgesprochen worden ist, daß durch die EDV-Bezugsliquidierung im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung 52 Dienstposten von Graz nach Wien transferiert werden. Auf ein Schreiben der Steiermärkischen Landesregierung wurde allerdings vom Präsidium des Bundeskanzleramtes nunmehr mitgeteilt, daß auch überprüft wird, ob nicht durch eine Dezentralisierung auch der gleiche Rationalisierungseffekt erreicht wird, bzw. wurde zugesichert, daß die 52 Systemposten im Bereiche der Abteilung für Bezugsliquidierung der Buchhaltung der Post- und Telegraphendirektion Steiermark dieser vielleicht doch auf eine andere Weise erhalten bleiben.

Ich darf den Antrag stellen, namens des zuständigen Ausschusses den Antrag anzunehmen bzw. die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie hörten den Antrag. Sollten Sie diesem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

16. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 791/3, zum Antrag der Abgeordneten Schön, Laurich, Fellingner, Aichholzer und Genossen, betreffend die Vorlage eines Berichtes an den Hohen Landtag, nach welchen Richtlinien und in welchem Ausmaß Ausnahmegenehmigungen gemäß § 42 der Straßenverkehrsordnung (BGBl. Nr. 412/1976) erteilt werden.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Karrer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Karrer: Meine Damen und Herren!

Die sozialistischen Abgeordneten Schön, Laurich, Fellingner, Aichholzer und Genossen haben in der Landtagssitzung am 28. Juni 1977 den Antrag eingebracht und an die Regierung weitergeleitet, wie der Herr Vorsitzende bereits mitgeteilt hat, hiezu Bericht zu erstatten.

Die Rechtsabteilung 11 hat nun im einzelnen dazu Stellung genommen unter Zuhilfenahme der Verordnung und hat auch zum Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge, zu verschiedenen wirtschaftlichen Überlegungen, wie leichtverderblichen Waren, Versorgung der Fremdenverkehrsgebiete, Stellung genommen und im wesentlichen aufgezeigt, wo und bei welchen Möglichkeiten Ausnahmen bzw. wo Ablehnungen auch in der Zeit der Fahrbewilligungen Rücksicht genommen werden muß. Ich bin beauftragt, im Namen des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses den Antrag zu stellen, die Vorlage anzunehmen.

Präsident: Sie hörten den Antrag. Wird eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, darf ich um ein Händenzeichen ersuchen.

Der Antrag ist angenommen.

17. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 734/4, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Pölzl, Dipl.-Ing. Schaller und Pörtl, betreffend die Verselbständigung des Naturwissenschaftlichen Realgymnasiums Birkfeld und die Errichtung eines notwendigen Schulgebäudes.

Berichterstatter ist Abgeordneter Erich Pörtl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die gegenständliche Vorlage wurde über Antrag der OVP-Abgeordneten Buchberger und Kollegen ausgearbeitet und es dreht sich, wie bereits vom Herrn Präsidenten berichtet, um die Verselbständigung des Naturwissenschaftlichen Realgymnasiums Birkfeld und die Errichtung eines notwendigen Schulgebäudes. Es wurde die Landesregierung auf-

gefordert, daß sie bei den Bundesstellen vorstellig wird, um dies zu realisieren.

Kurz zur Vorgeschichte: Die Marktgemeinde Birkfeld hat im September 1972 einen Vertrag mit dem Bundesministerium abgeschlossen. Es wurde vereinbart, daß die erforderlichen Schulräume kostenlos zur Verfügung gestellt werden bis zur Ablegung der ersten Reifeprüfung an dieser Schule. Die Gemeinde Birkfeld hat sich ebenfalls verpflichtet, für die Errichtung des Schulgebäudes ein geeignetes Grundstück zur Verfügung zu stellen. Es wurde dieses Grundstück angeboten, doch wurde — wie im Vertrag vorgesehen — nicht einmal die Besichtigung dieses Grundstückes vorgenommen, und zwar lag das bis zum Jahr 1971 zurück. Die Kosten sind eine Million Schilling. Das Antwortschreiben des Ministeriums auf Grund der Vorstellung der Landesregierung hat folgenden Inhalt:

„Zur gegenständlichen Anfrage teilt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst mit, daß die Expositur Birkfeld seinerzeit eingerichtet wurde, um in der Zeit des Schüleranstieges und des bestehenden räumlichen Engpasses am Bundesrealgymnasium Weiz, Schülerabweisungen in diesem Gebiet zu vermeiden. Es bleibt daher abzuwarten, ob mit Bezugsfertigstellung des laufenden Schulneubaues in Weiz und der dadurch möglichen räumlichen Konsolidierung im Zusammenhang mit der in den nächsten Jahren zu erwartenden rückläufigen Schülerbewegung das zusätzliche Anbot an Schülerausbildungsplätzen in Birkfeld aufrecht zu erhalten sein wird. Erst wenn die Entwicklung zeigt, daß die dauernde Aufrechterhaltung des Schulstandortes Birkfeld notwendig und auch auf die Dauer mit ökonomisch vertretbaren Klassenschülerzahlen zu rechnen ist, wäre eine Verselbständigung der Expositur Birkfeld gerechtfertigt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist daher aus obgenannten Gründen seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst die Verselbständigung der Expositur Birkfeld nicht vorgesehen. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für die Errichtung eines Schulneubaues.“

Ich bitte um Annahme des Berichtes.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie hörten den Antrag des Herrn Abgeordneten Pörtl. Wenn Sie diesem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

18. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 786/3, betreffend den Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Doktor Schilcher, Nigl, Buchberger und Pölzl, betreffend die Einrichtung eines Schulversuches Gewerbeakademie.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Bernd Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der gegenständlichen Vorlage geht es um den Antrag der Abgeordneten Stoisser, Schilcher, Nigl, Buchberger und Pölzl, betreffend die Einrichtung eines Schulversuches einer Gewerbeakademie. Die

Landesregierung wird aufgefordert, bei den zuständigen Bundesstellen vorstellig zu werden, um diesen Schulversuch zu beschleunigen. Bei der Gewerbeakademie soll es sich um eine neue Form der Verbindung von Theorie und Praxis handeln, nämlich um einen Ausbildungslehrgang, der zwei- bis vierjährig ist und der den in einer abgeschlossenen Lehre Befindlichen die Möglichkeit gibt, zur Hochschulreife zu gelangen. Die Voraussetzungen des Schulversuches sind gegeben. Es ist nur mehr abzuwarten, daß grünes Licht von seiten der Bundesstellen gegeben wird, um den Schulversuch zu beginnen.

Namens des Volksbildungs-Ausschusses stelle ich den Antrag, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie hörten den Antrag. Ich gehe nun zur Abstimmung über und bitte um ein Händesignal, falls Sie zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 278/12, zum Antrag der Abgeordneten Pichler, Brandl, Laurich, Fellingner, Sponer, Karrer, Klobasa und Genossen, betreffend den Ersatz von 50 Prozent der Personalkosten der Lehrer an den Volksmusikschulen an die Schulerhalter.

Berichterstatler ist Abgeordneter Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Herr Präsident, Hohes Haus!

In einem Antrag der sozialistischen Abgeordneten Pichler, Brandl und Genossen wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, für den Landesvoranschlag 1976 die Ansätze für Musikschulzuschüsse an Gemeinden zum Aufwand so anzusetzen, daß 50 Prozent der Personalkosten für Volksmusikschulen gedeckt werden können. Dazu hat der Steiermärkische Landtag am 25. Juni 1975 die Landesregierung aufgefordert, für den Voranschlag 1976 die betreffende Voranschlagspost so hoch zu dotieren, daß folgende Leistungen an die Gemeinden sichergestellt sind:

- a) Bezüge, Reisekosten und Sozialversicherungsbeiträge der Volksmusikschulleiter;
- b) 50 Prozent der Personalkosten der Lehrer an Volksmusikschulen;
- c) Ankauf von Instrumenten und Notenmaterial;
- d) Reisekosten der Lehrer an Volksmusikschulen.

Der Ansatz für den laufenden Aufwand wurde für 1976 mit 26 Millionen festgesetzt; er betrug für 1977 29.463.414,— Schilling. Durch die dieser Vorlage beiliegenden, am 19. Dezember 1977 von der Landesregierung beschlossenen Richtlinien wurde die Grundlage für die Refundierung der Personalkosten an die Schulerhalter Gemeinden von Volksmusikschulen für das Jahr 1978 und die folgenden Jahre geschaffen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme des Berichtes.

Präsident: Liegt eine Wortmeldung vor? Das ist nicht der Fall. Wer diesem Antrag seine Zustimmung

gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 744/4, zum Antrag der Abgeordneten Koiner, Buchberger, Lackner, Prantkh, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Trummer, Pörtl, Haas, Neuhold und Schrammel, betreffend Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Budget 1978 für die Bergbauernförderung.

Berichterstatler ist Abgeordneter Georg Prantkh. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prantkh: Diese Vorlage geht auf den Antrag der eben zitierten Abgeordneten zurück, welcher am 27. April 1977 der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen wurde. Hierzu erstattet diese folgenden Bericht:

Dem Antrag der angeführten Abgeordneten beziehungsweise der Aufforderung des Hohen Hauses entsprechend, ist im Landeshaushaltvoranschlag 1978 ein Betrag von 24 Millionen Schilling für Direktzahlungen an steirische Bergbauernbetriebe vorgesehen.

Im Namen des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme.

Präsident: Liegt eine Wortmeldung vor? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge zum Zeichen der Annahme eine Hand erheben.

Der Antrag ist angenommen.

21. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 857/1, betreffend den käuflichen Grunderwerb des Landes Steiermark von den Verkäufern Josef und Maria Koren in der KG. Hörgas.

Berichterstatler ist der Herr Abgeordnete Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Meine Damen und Herren!

In dieser Vorlage wird berichtet, daß dem Verein „Österreichisches Freilichtmuseum“ seinerzeit ein zinsloses Darlehen von 460.000 Schilling gewährt wurde mit der Auflage, dieses den Eheleuten Josef und Maria Koren gegen grundbücherliche Sicherstellung weiterzugeben. Das Ehepaar Koren hat sich in der Folge mit Hilfe dieses Darlehens ein Wohnhaus auf einem anderen nicht im Bereich des Freilichtmuseums gelegenen Grundstückes errichtet. Nunmehr ist der Pachtvertrag über die Benützung einer Grundfläche, die im Bereich des Freilichtmuseums liegt, mit diesen Eheleuten abgeschlossen gewesen, abgelaufen und das Ehepaar Koren ist bereit, eine Fläche von 56.222 m² dem Land Steiermark um 453.000 Schilling zu verkaufen. Die Rückverrechnung des gewährten Darlehens erfolgt buchmäßig anstelle des Kaufpreises in selber Höhe. Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und diese einstimmig beschlossen. Ich darf namens dieses Ausschusses den Antrag stellen, der Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Zum Zeichen der Annahme dieses Antrages mögen Sie, falls Sie zustimmen, eine Hand erheben.

Der Antrag ist angenommen.

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 858/1, betreffend Ankauf der Grundstücke Nr. 1431/7 und 1431/8, KG. Adendorf, im Ausmaß von 2800 m² von Ing. Rudolf Görner im Betrag von 160.000 Schilling sowie des Grundstückes Nr. 1526/1, KG. Adendorf, im Ausmaß von 5953 m² von Ernst Maier im Betrag von 250.000 Schilling (im Vogelschutzgebiet Furtnersteich) durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hermann Ritzinger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Ing. Rudolf Görner und Herr Ernst Maier haben beide ein Grundstück am Furtnersteich in der Gemeinde Mariahof und haben dieses Grundstück — das eine mit 2800 m² und das andere mit 5953 m² — dem Land Steiermark zur Erweiterung des Vogelschutzgebietes am Furtnersteich angeboten. Die Steiermärkische Landesregierung hat dieses Anbot angenommen, und zwar zum Preise von 160.000 Schilling und zum Preise von 250.000 Schilling. Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und ich bitte, dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Sie hörten den Antrag, ich bitte um Erhebung einer Hand, falls Sie zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 860/1, über den Ankauf der Liegenschaft Lieboch, Feldriegelstraße 34, EZ. 939, KG. Lieboch, Gerichtsbezirk Graz, von den Ehegatten Dr. Wolfgang und Sylvia Dobnig, beide Angestellte, wohnhaft in 1060 Wien, Windmühl-gasse 11/2.

Berichterstatter ist Abgeordneter Franz Ileschitz. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ileschitz das Wort.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Das Ehepaar Kreuzweger mit fünf Kindern hat durch unwirtschaftliche Lebensführung ihr Eigentum, die Liegenschaft Lieboch, Feldriegelstraße 34, durch Zwangsversteigerung an den Billigstbieter und Einzugsbieter Ehegatten Dr. Dobnig verloren. Nunmehr ist das Ehepaar von Obdachlosigkeit bedroht und wandte sich an das Land Steiermark mit dem Ersuchen, den Rückkauf der Liegenschaft zu genehmigen. Auf Grund der geschilderten Tatsachen ist dies nicht möglich, sodaß man sich entschlossen hat, daß das Land Steiermark zu vier Fünftel und der Bezirksfürsorgeverband Graz-Umgebung zu einem Fünftel gemeinsam diese Liegenschaft zurück-erwerben zum Kaufpreis von 322.222 Schilling. Der

Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und diese einstimmig beschlossen. Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag auf Annahme dieser Vorlage.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Sie haben den Antrag gehört. Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Danke, der Antrag ist angenommen.

24. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 861/1, über den Ankauf der Liegenschaft EZ. 332, KG. Deuchendorf, Gerichtsbezirk Bruck an der Mur, mit Wohnhaus Kapfenberg, Amselweg 16.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hans Brandl. Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Durch den Ankauf der genannten Liegenschaft zum Preis von 950.000 Schilling für die Familie Helmut und Anna Hauber mit ihren sieben Kindern, wird eine echte und notwendige Wohnversorgung durchgeführt. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist angenommen.

25. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 862/1, über den Ankauf der Liegenschaft 8600 Bruck an der Mur, Blumen-gasse 3, EZ. 204, KG. Berndorf, Gerichtsbezirk Bruck an der Mur.

Berichterstatter ist wieder Herr Abgeordneter Hans Brandl. Herr Abgeordneter, ich bitte wieder um den Bericht.

Abg. Brandl: Auch bei dieser Regierungsvorlage handelt es sich um eine Wohnversorgung, und zwar für die Ehegatten Rudolf und Angela Rucker mit fünf Kindern. Der Preis des Objektes ist 550.000 Schilling. Ich ersuche um Zustimmung.

Präsident: Ich bitte um ein Händenzeichen, wenn Sie zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

26. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 863/1, betreffend den Ankauf des Edlacher Moores (Pflanzenbestandschutzgebiet) durch das Land Steiermark zu einem Gesamtbetrag von 647.000 Schilling.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Georg Prantkh. Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Prantkh: In verschiedenen Sitzungen der Steiermärkischen Landesregierung wurde der Beschluß gefaßt, dieses Pflanzenbestandschutzgebiet zu einem Gesamtpreis von 647.000 Schilling für das Land zu erwerben. Dieser Ankaufspreis entspricht

einem Quadratmeterpreis von 3,20 Schilling und im Namen des Finanz-Ausschusses beantrage ich die Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört, meine Damen und Herren. Wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich Sie um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist angenommen.

27. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 865/1, betreffend den Abverkauf eines landeseigenen, zum Gutsbestand des Landesgutes Wagna gehörenden Grundstückes Nr. 250/21, KG. Leitring, im Ausmaß von 2400 m² zu einem Kaufschilling von 200 Schilling pro Quadratmeter an Alfred Konrad, 8093 St. Peter a. O.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Ing. Hans Stoisser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Diese Vorlage beinhaltet den Abverkauf eines 2400 m² großen Grundstückes vom Landesgut Wagna zu einem Kaufpreis von 200 Schilling je Quadratmeter an Alfred Konrad. Im Zuge diverser Abverkäufe wird auch dieser Abverkauf durchgeführt. Dieses Grundstück ist für den landwirtschaftlichen Gebrauch nicht mehr geeignet. Es wird für Bauzwecke gewidmet und ich bitte daher um Zustimmung für diese Vorlage.

Präsident: Ich bitte Sie um ein Händenzeichen, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters folgen.

Der Antrag ist angenommen.

28. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 866/1 bis 928/1, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektseinslösungen für den Landesstraßenbau von 126 Grundablösen im Gesamtbetrage von 43.810.397,93 Schilling.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie schon durch den Herrn Präsidenten erwähnt, handelt es sich hier um eine Vorlage, die 126 Grundablösen mit einer Kaufsumme von 43.810.397,93 Schilling in 62 Geschäftsstücken regeln soll. Damit sollen Straßenbauten im gesamten Land Steiermark ermöglicht werden. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ein Händenzeichen zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum Schlußpunkt der Tagesordnung.

29. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 929/1, betreffend Pyhrnautobahn AG, finanzielle Mehrbelastung des Landes durch

a) Erweiterung der Gesellschaftsstrecke (Halbausbau Rottenmann—Gaishorn und Vollausbau Friesach—Graz/Nord),

b) Kostensteigerung beim Bosruck-Tunnel.

Berichterstatter ist Abgeordneter Harald Laurich, dem ich das Wort erteile.

Abg. Laurich: Hoher Landtag!

Das Land Steiermark ist auf Grund des Pyhrnautobahn-Finanzierungsgesetzes vom 2. Dezember 1971 an der Pyhrnautobahn AG beteiligt. Durch die Erweiterung der Gesellschaftsstrecke, und zwar durch den Halbausbau Rottenmann—Gaishorn und den Vollausbau Friesach—Graz/Nord sowie die Kostensteigerung beim Bau des Bosruck-Tunnels ist eine weitere finanzielle Belastung des Landes Steiermark erforderlich. Bei der am 7. November 1977 mit Finanzminister Dr. Androsch geführten Verhandlung wurde Einigung darüber erzielt, welche zusätzlichen finanziellen Leistungen das Land Steiermark langfristig für den erweiterten Bauaufwand übernimmt. Die bisherigen Beteiligungen, Zuschüsse und Darlehen des Landes Steiermark sowie die neu erforderlichen einzelnen Belastungen gehen aus dieser Vorlage hervor.

Ich stelle den Antrag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Kostenerhöhungen für das Land Steiermark zu genehmigen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich weiß, wie um diese Zeit die Stimmung im Hohen Haus sein muß (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Gut ist sie!“), auf der anderen Seite ist die Vorlage aber derart bedeutend und gerade im Hinblick auf die sehr lange und ausführliche Debatte zu den Tagesordnungspunkten 1. bis 9. aus dem Gesichtspunkt der Arbeitsplatzsicherung im Bauwesen vielleicht auch kurz zu beleuchten.

Wir freuen uns, daß es am 7. November unter der Führung des Landeshauptmannes der Delegation der Steiermark gelungen ist, mit dem Bund zu der Vereinbarung zu kommen, die der verkehrspolitischen Bedeutung sowohl der Südbahn als auch der Pyhrnautobahn entspricht und wir freuen uns, daß sich der steirische Standpunkt „sowohl als auch“ durchgesetzt hat. Vielleicht ein Wort zu der gerade heute bekanntgewordenen Tatsache, daß der Staatsvertrag mit Jugoslawien bezüglich des Karawankentunnels unterschrieben wurde. Ungefähr zur gleichen Zeit, wie die Hauptteile der Pyhrnautobahn verkehrswirksam werden, also Mitte der Achtzigerjahre, wird auch der Karawankentunnel fertig sein. Ich sehe aber in der Tauernautobahn und in der Fortsetzung Karawankentunnel nur eine Ergänzung, aber keine Konkurrenzierung der Pyhrnautobahn, die ja vor allem durch den Ausbau der deutschen Autobahn über Regensburg—Stuben—Schärding—Wels und die Fortsetzung über die Pyhrnautobahn eine zweite Schlagader nach Südosten werden wird. Zum zweiten: Der Beitrag zur Vollbeschäftigung wird — die Zahlen, die der Herr Kollege Loidl vorgelegt hat, können hier sehr schön ergänzt werden — für die kommenden sieben Jahre ungefähr jährlich 2000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft sichern. Ich darf Ihnen das ganz kurz vorrechnen.

Wir werden in diesen Jahren 10 Milliarden Schilling für die Süd- und Pyhrnautobahn ausgeben, etwa 1,6 Milliarden pro Jahr. Der Jahresumsatz, die Jahresleistung eines Bauarbeiters beim Straßenbau kann mit ungefähr 800.000 Schilling angenommen werden. Die Rechnung ist sehr einfach: 2000 Arbeitsplätze oder 10 Prozent des Bauarbeiterstandes werden durch diesen Vertrag mit dem Bund gesichert. Wenn wir gar den Multiplikator nehmen 1,6, das heißt, daß statt der 10 Milliarden dann 16 Milliarden ins Rotieren kommen, können wir rund 4000 Arbeitsplätze als gesichert annehmen. Ich glaube, diese Bedeutung sollte man herausstellen.

Ein Problem, das nicht wegdiskutierbar ist, muß man auch noch einmal unterstreichen. Wir haben Aufgaben des Bundes übernommen und die Gesamtbelastung des Landes daraus ist ungefähr 1,5 Milliarden Schilling. Hier darf ich Ihnen eine kurze Rechnung vorlegen: Der Bund wird im Straßenbau 1978 voraussichtlich 10,8 Milliarden ausgeben, er wird an direkten Abgaben der Kraftfahrer aber 13,7 Milliarden einnehmen, an Bundesmineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und am Umsatzsteueranteil von den Treibstoffen. Von der Straßenverkehrsabgabe, über die ja in der letzten Sitzung ausführlich debattiert wurde, möchte ich gar nicht reden. Wie sieht aber die Situation bei Ländern und Gemeinden aus, Hoher Landtag?

Die Länder und Gemeinden werden heuer sicher über 12 Milliarden Schilling für Straßen- und Brückenbauten sowie Güterwegbauten ausgeben. Das ist vorsichtig hochgerechnet aus der Gebärungsübersicht 1975, die vorliegt. Die Länder und Gemeinden bekommen von direkten Kraftfahrersteuern, wenn ich sie so bezeichnen darf, 4,4 Milliarden. Das heißt, die Länder geben 12 Milliarden aus, bekommen nur 4,4 Milliarden an direkten Steuern aus dem Kraftfahrzeugwesen. Der Bund umgekehrt, knapp 11 Milliarden und bekommt 14 und trotzdem müssen wir zur Sicherung des hochrangigen Ausbaues unseres Straßennetzes diese sicher nicht leichte Hypothek für die zukünftigen Budgets auf uns nehmen! Wir hoffen immer noch, daß die Verhandlungen mit der EG dazu führen, daß es zu einem Straßenbeitrag der EG kommt, sodaß der Ausbau der Pyhrnautobahn mit der Landesleistung und mit der hoffentlich zu erreichenden EG-Leistung auch in Oberösterreich und in den noch nicht autobahnmäßig ausgebauten Abschnitten rasch vorantritt und das ist der Grund, warum wir dieser Vorlage gerne zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Durch die finanzielle Beteiligung des Landes ist der Vollausbau der Autobahn im Stück Friesach — Graz vorgesehen. Ich darf ganz kurz als Grazer dazu noch drei Anmerkungen machen.

Erstens einmal: Wir begrüßen es sehr, daß das Land doch dazu beiträgt, daß diese Strecke entlastet wird; allein im Jahr 1977 haben sich auf diesem

kurzen Straßenstück von etwa 10 km 164 schwerere Unfälle ereignet mit 63 Verletzten und 9 Toten. Zweitens: Graz wird besser erreicht werden. Wir wollen ja nicht nur den Durchzugsverkehr sehen, wir wollen ja, daß unsere Stadt auch besucht wird, als Kongreßstadt, als Einkaufsstadt. Wir dürfen ersuchen, daß auch die Bundesstraße von der Weinzöttlbrücke bis zur Andritzer Maut zügig ausgebaut wird und daß auch die Durchfahrt der B 67 bis zum Zentralfriedhof durchgeführt wird. Wir haben in der Stadt Graz, glaube ich, in letzter Zeit die Voraussetzungen geschaffen, daß der Verkehr wesentlich flüssiger geworden ist, daß die Belästigung der Bevölkerung geringer geworden ist und daß man sich in Graz wieder als Fußgänger bewegen kann. Durch die Einführung des Einbahnsystems ist es zu einer wesentlichen Abnahme der Schadstoffe gekommen, der Brennstoffverbrauch ist weitgehend gesunken, die Fahrgeschwindigkeit konnte wesentlich erhöht werden und man kann damit rechnen, daß etwa 1000 Stunden Fahrzeit pro Tag eingespart werden. Aber, meine Damen und Herren, die Stadt Graz ist nicht nur eine Stadt, zu der man herkommen soll, es ist unser Schicksal, daß wir auch sehr viel Durchzugsverkehr haben und es geht nun darum, daß diese Autobahn in Graz nicht steckenbleibt. Es hat sich die Bevölkerung auf Grund einer Befragung für den Plabutschunnel entschieden, es haben alle Parteien und zuständigen Gremien auch dafür gesprochen; wie wir anlässlich der Budgetdebatte gehört haben, ist auch sehr gewissenhaft geplant und vorgesorgt worden. Man hat in letzter Zeit auch alles getan, um festzustellen, ob dieser Tunnel dann auch tatsächlich entsprechen wird. Durch die Ereignisse der letzten Tage sind wir Grazer alle sehr beunruhigt. Es besteht die Gefahr, daß doch das Konzept wieder ins Wanken kommen könnte. Ich glaube, es wäre notwendig, wenn auch der Herr Landesrat Krainer als zuständiger Referent öffentlich Stellung nehmen würde, wie sieht die Sache nun wirklich aus. Besteht eine Aussicht, daß Graz in Zukunft nicht nur erreicht wird, sondern daß wir den Transitverkehr ebenfalls bewältigen können?

Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Meine Damen und Herren!

Ich habe hier in der letzten Zeit des öfteren festgestellt, daß noch nie so viel und so großzügig Straßen gebaut wurden, wie das in den letzten Jahren in der Steiermark der Fall war. Daß dies möglich geworden ist, dazu hat selbstverständlich die Gründung der Pyhrnautobahngesellschaft wesentlich beigetragen. Daß das erst seit relativ kurzer Zeit in diesem Ausmaß der Fall ist, liegt nicht zuletzt daran, daß — nach meiner Meinung — in der Vergangenheit, was den Autobahnbau betrifft, vieles versäumt wurde. Daß eben die Autobahnen in anderen Bundesländern vordringlich gebaut wurden und daß auch in anderen Bundesländern schon viel früher Gesellschaftsstrecken und Aktiengesellschaften für den Straßenbau gegründet wurden. Und so sehr die Leistungen und Bestrebungen des Landes, den Straßenbau voranzutreiben, ins-

besondere bei der Pyhrnautobahn, unbestritten sind, ist dies — wie Sie alle wissen — auf großes Verständnis der Bundesregierung, des Finanzministers gestoßen und man sollte daher das, was das Land hier leistet, wohl anerkennen, aber nicht immer gewissermaßen als Belastung hinstellen. So, als ob man hier Aufgaben übernehmen würde, die eigentlich dem Bund zufallen.

Es ist richtig, daß der Bund die Straßen, die Autobahnen zu bauen hat; er würde es sicherlich auch tun, aber nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und dann würden wir eben die Pyhrnautobahn noch viel später bekommen als die anderen zum Beispiel bereits die Westautobahn haben. So müßte man die Dinge, glaube ich, auch ein bißchen sehen. Aber wir haben ja ein paar andere Sorgen auch noch. Da ist die Frage einer Lösung beim Plabutschunnel, wo ja das Geld vorhanden ist und es an anderen Ursachen scheitert. Wir haben die Sorge oben beim Bosruck-Tunnel mit der Trassenführung. Soviel ich gehört habe, zeichnet sich jetzt eine Kompromißlösung ab. Es gehört letzten Endes zu unseren Aufgaben, diese Schwierigkeiten zu bewältigen. Ich möchte das begrüßen und unterstreiche, was der Abgeordnete Dr. Heidinger gesagt hat, daß der Ausbau der Straßen in diesem Ausmaß, wie er in der Steiermark seit einigen Jahren durchgeführt wird, eine ganz, ganz wesentliche arbeitsmarktpolitische Bedeutung hat. Wenn ich vorhin bei der Debatte über die Bauwirtschaft so positive Zahlen im wesentlichen sagen konnte, dann ist das auf diese Initiativen und diese gemeinsamen Belastungen, die Bund und Land für den Straßenbau auf sich nehmen, zurückzuführen. Die Erweiterung der Gesellschaftsstrecke, die Beseitigung der Schwierigkeiten, die noch bestehen, müssen wir eben betreiben und dann können wir sagen, daß wir auch in den nächsten Jahren — die Ziffern wurden ja genannt — nicht nur eine Basis für eine gute Beschäftigung haben, sondern, daß wir auch in absehbarer Zeit ein großes Stück Autobahn werden eröffnen und dem Verkehr übergeben können. Ich glaube, diese Bemühungen lohnen sich schon im Interesse unserer Bevölkerung. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Josef Krainer. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem nun zum Abschluß des Tages auch diese Diskussion, wenn auch in gedrängter Form, in Gang gekommen ist und ich auch persönlich angesprochen wurde, möchte ich abschließend einige Worte sagen.

Es hat schon am Vormittag eine bemerkenswerte Diskussion gerade auch über die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gegeben. Ich möchte — weil Sie das, Herr Abgeordneter Loidl, und vor allem der Abgeordnete Dr. Heidinger jetzt auch noch einmal angeschnitten haben — nur auf folgendes hinweisen.

Sollte es möglich sein, die Konjunkturbelebung und die Stabilisierungsquote beim Bundesbudget

sowie die Sondervormerke beim Landesbudget zu realisieren, dann stünde uns als Volumen seitens der Landesbaudirektion 1978 3.750.000.000 Schilling zur Verfügung. Das wäre ein Zuwachs von nominell sieben Prozent. Stehen uns aber diese Quoten nicht zur Verfügung — und wir haben gestern auch mit dem Herrn Bautenminister anläßlich unseres Wienbesuches über diese Frage diskutiert —, dann stehen uns 3.550.000.000 Schilling zur Verfügung, also um 200 Millionen weniger; das wäre nominell ein Zuwachs von plus 1,6 Prozent. Das bedeutet, daß wir real unter 1977 blieben. Angesichts dessen, was wir auch zur Budgetdebatte gesagt haben, daß nämlich das private Bauvolumen etwa bei 50 Prozent und die öffentliche Hand in der Steiermark auch bei 50 Prozent liegen, ist uns klar, daß das eindeutige Auswirkungen haben würde. Es wäre also im Interesse der Sicherung der bauwirtschaftlichen Arbeitsplätze sehr wünschenswert, wenn es zur Ausschüttung dieser Quoten kommen könnte. Das möchte ich auch heute hier gesagt haben. Das gilt ja insbesondere auch in einer bestimmten regionalpolitischen Dimension, die man in diesem Zusammenhang immer mitsehen muß. Dennoch ist überaus erfreulich, daß es gelungen ist, einerseits die Ausweitung der Pyhrn AG zustande zu bringen und andererseits auch die Vorfinanzierung für die Südautobahn. Ich glaube, dem ist gar nichts mehr hinzuzufügen. Wenn Sie aber sagen, der Bund würde, wenn er könnte, so kann er offenbar nicht, obwohl er will. Und real kommt es nur dann dazu, wenn das Land dieses Opfer bringt. Und das hat ja auch der Finanzreferent in seiner Budgetrede im vorigen Jahr sehr deutlich gesagt. Es ist gelaufen, Gott sei Dank, schafft Arbeitsplätze auch in den kommenden Jahren in diesem Land.

Und nun zur Frage des Stollens in Bründl, den Beweissicherungsstollen. Wir haben — und Sie sind ja alle aufmerksame Zeitungsleser — die Öffentlichkeit gleich am Montag über den derzeitigen Stand informiert, ich möchte aber auch gerne, wenn Sie es wünschen, Ihnen das noch einmal wiederholen:

Durch außergewöhnlich hohe Temperaturen am Wochenende — diesen bekannten Föhnneinbruch — ist die sonst relativ geringe Schüttung der Bründlquelle enorm angestiegen und ist in dem Teil des Stollens, der quasi bereits der Sondierungsstollen des eigentlichen Haupttunnels ist, durchgebrochen. Die Pumpanlage, die zu diesem Zeitpunkt vorhanden war, ist auf Grund der 150 Liter pro Sekunde wahrscheinlich — Normalschüttung 3 Liter pro Sekunde, das ist die Relation, — also eine echte Hochwassersituation, der Schnee im Feliferhof ist geschmolzen und durchgekommen — nicht in der Lage gewesen, abzupumpen. Wir haben daher das, was auch in der wasserrechtlichen Vereinbarung fixiert ist — es ist ja Vorsorge getroffen auch in der wasserrechtlichen Vereinbarung — eintreten lassen, nämlich einen Aufstau des Wassers im Niveau der Bründlquelle. Das war die Situation am Montag. Wir sind gestern in Wien gewesen, haben einerseits dem Herrn Bautenminister berichtet und unseren Herren der Wasserrechtsbehörde im Landwirt-

schaftsministerium andererseits. Das hat heute einige Herren zu einem Lokalausgleich veranlaßt. Wir haben inzwischen die große Pumpe der Firma Stetin mit 200 Liter pro Sekunde in Einsatz gebracht. Es wird gepumpt. Morgen wird der deutsche Dichtungsfachmann Dr. Donel hier sein und dann werden die Abdichtungsmaßnahmen gesetzt. Wir haben auch mit der Firma Reininghaus Kontakt aufgenommen. Wenn diese Maßnahmen gesetzt sind, werden wir die Öffentlichkeit über den weiteren Verlauf unterrichten. Wir hoffen alle sehr, daß es gelingt, diese Schwierigkeit technisch in den Griff zu bekommen.

So sehr man sagen muß, daß sich keiner eine solche Situation wünschen kann, ist sie andererseits die Gelegenheit, an diesem System auch die Möglichkeiten der Abdichtung nicht nur zu studieren, sondern sie auch durchzuführen und vorzunehmen. Ich werde gerne dem Landtag in der weiteren Folge zu dieser Frage berichten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren!

Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag des Herrn Abgeordneten Laurich zustimmen, bitte ich um ein Händezeichen.

Der Antrag ist angenommen.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien beantrage ich, gemäß § 18 Absatz 1 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 die Herbsttagung 1977/78 zu schließen und die Landtags-Ausschüsse zu beauftragen, die Beratungen während der tagungsfreien Zeit über die offenen Regierungsvorlagen fortzusetzen. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Anträgen zustimmen, um ein Händezeichen.

Die Anträge sind angenommen.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die heutige Sitzung und die Herbsttagung sind somit geschlossen.

(Ende der Sitzung: 15.10 Uhr.)